Dienstag, 19. März 1985 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 66 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bundesausgaben: Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen hat im abgelaufenen Haushaltsjahr weitere Fortschritte gemacht. Die Ausgaben des Bundes stiegen nur um 2,0 Prozent und blieben damit – wie schon 1983 – erheblich unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts zurück.

Beziehungen: Für abwegig hält es Bundesaußenminister Genscher, daß die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen – wie vom neuen Parteichef Gorbatschow angedeutet – von einem Wohlverhalten Bonns in Sicherheitsfragen abhängig gemacht werden könnte. (S. 10)

Kooperation: Nach langer Unterbrechung nimmt Bonn die offizielle wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen wieder auf. Am Donnerstag tagt in Warschau erstmals seit 1979 wieder die gemeinsame Wirtschaftskommission.

Einladung nach Kuba: Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Auswärtige Beziehungen, Marx (CDU), reist Ende des Jahres nach Havana.

Extremismus: Knapp zwei Tage nach seiner Verurteilung zu 14 Jahren Haft hat sich der Rechtsextremist Walter Kexel in der Frankfurter Justizvollzugsanstalt das Leben genommen. Er war an Sprengstoffanschlägen auf Fahrzeuge von US-Soldaten beteiligt.

Israel: Als „ausgezeichnet" charakterisiert Botschafter Ben-Ari die Beziehungen zur Bundesrepublik. Das Verhältnis zwischen beiden Staaten werde jedoch „noch lange" durch die NS-Zeit belastet sein. (S. 4)

Teilzeit-Pfarrer: In der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau wird es ab 1986 wegen der Theologen-Arbeitslosigkeit auch Teilzeit-Pfarrer geben, beschloß die Frühjahrs-Synode.

Brasilien: Der Gesundheitszustand des neuen Präsidenten Neves hat sich offenbar verschlechtert. Nach einer Darm-Operation hat sich der Präsident eine Lungenentzündung zugezogen.

Kriegsrecht gelockert: Erstmals seit dem Militärputsch von 1980 steht der größte Teil der Türkei ab heute nicht mehr unter Kriegsrecht. Für elf weitere der insgesamt 67 Provinzen wurde das Kriegsrecht aufgehoben. Damit sind die Bürgerrechte in 44 Provinzen wiederhergestellt.

Rüstung: Zweifel an Präsident Reagans Konzept der „strategischen Verteidigungsinitiative" äußerte der britische Außenminister Howe. Er verglich das Projekt mit einer „neuen Maginot-Linie des 21. Jahrhunderts", die durch vergleichsweise einfache Gegenmaßnahmen unterlaufen werden könnte. (S. 10)

ZITAT DES TAGES



„Wir werden das alles entscheidende Problem der Arbeitslosigkeit nur in den Griff bekommen, wenn wir jetzt nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern die erfolgreich eingeleitete Wiederbelebung der Marktkräfte entschlossen vorantreiben."

Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Unternehmer zu Neueinstellungen aufforderte FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Im Gegensatz zur Bundesregierung erwartet das Kieler Institut für Weltwirtschaft in diesem Jahr keinen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Hauptgrund: die Lohnpolitik. (S. 11)

Salzgitter: Der bundeseigene Konzern arbeitet sich aus den roten Zahlen heraus. Dieses Jahr dürfte der Verlust weniger als 100 Millionen DM betragen. (S. 13)

Bauwirtschaft: Philipp Holzmann, Branchenerster in der Bundesrepublik, weist für das vergangene Geschäftsjahr einen Überschuß von 49,6 (56) Millionen DM aus. Die ungünstige Inlandskonjunktur konnte teilweise im Ausland wettgemacht werden. (S. 12)

Berlin-Engagement: Siemens baut eine vierte Produktionsstätte in Berlin. Mit einem Aufwand von rund 80 Millionen DM für die erste Baustufe wird in Siemensstadt ein Werk für elektronische Steuerungssysteme der Automatisierungstechnik errichtet.

Börse: Trotz fehlender Auslandsorders war die inländische Anlagebereitschaft groß genug, um Rückschläge an den Aktienmärkten zu verhindern. Der Rentenmarkt war etwas freundlicher. WELT-Aktienindex 178,0 (177,5). BHF-Rentenindex 100,223 (100,177). Performance Index 98,952 (98,878). Dollarmittelkurs 3,3756 (3,4015) Mark. Goldpreis 289,85 (289,90) Dollar.

KULTUR

Louvre: Proteste aus aller Welt hat sich Frankreichs Kulturminister Lang mit dem Projekt „Grand Louvre" eingehandelt. Er will das unorganisierteste unter den großen Museen des Landes mit einem neuen zentralen Eingang und darüber einer riesigen gläsernen Pyramide ausstatten. (S. 17)

Kulturtage: Mit Aufführungen französischer Bühnen sind in Karlsruhe die „Europäischen Kulturtage" eröffnet worden. Bis zum 30. März gastieren in beiden Theaterhäusern Bühnen aus Zagreb, Krakau, Madrid, London, Florenz und das polnische Pantomimentheater Tomaszewski Wroclaw.

SPORT

Fußball: Helmut Benthaus, der seinen Trainer-Vertrag beim Bundesligaklub VfB Stuttgart am Saisonende nicht verlängern wird, kehrt zum FC Basel zurück.

Ski Alpin: Die Münchnerin Marina Kiehl gewann den Weltcup im Riesenslalom. Beim letzten Rennen in Waterville Valley (USA) reichte ihr ein achter Platz. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Galapagos-Inseln: Wegen eines Großbrands ist der Notstand ausgerufen worden. Wenn nicht bald Hilfe kommt, droht die Zerstörung des Naturreservats. (S. 18)

Aids: Ein spektakulärer Fall beschäftigt die Justizbehörden in Flensburg. Weil er glaubte, sich mit Aids infiziert und auch seine Familie angesteckt zu haben, brachte ein Medizinstudent Mutter und Bruder um. (S. 18)

Wetter: Bewölkt mit Schneefall. Null bis drei Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Ende der Wende? – Leitartikel von Manfred Schell zum CDU-Parteitag S. 2

Ausstellung: „Warum kommen die Leute alle angezogen hierher?" – Von Peter Schmalz S. 3

Rheinland-Pfalz: Vogel widerstand dem Druck der Mosel-Winzer – Landesbericht S. 4

Belgien: Stürzt die Regierung? – Martens knüpft Nachrüstungsentscheid an Vertrauensvotum S. 5

Btx: Nur ein reichhaltigeres Angebot kann dem Bildschirmtext zum Durchbruch verhelfen S. 7

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Fernsehen: Hörspiele aus Afrika – Eine Initiative des WDR und der Deutschen Welle S. 9

Sport: Eishockey – Die Rosenheimer fühlen sich noch nicht ganz sicher S. 9

Sparer-Schutzgemeinschaft: Schützenhilfe für Bonns reservierte Haltung zum Ecu S. 11

Aus aller Welt: Die Ölinseln im Ekofisk-Feld sind teilweise ohne Versicherungsschutz S. 18

Kirchenwort „Zum Frieden" tangiert die deutsche Frage

Evangelische Erklärung gegen „Wiederherstellung früherer Verhältnisse"

GERNOT FACIUS, **Bonn**

In die Diskussion über die Bedeutung des 8. Mai 1945 hat die evangelische Kirche mit einem „Wort zum Frieden" eingegriffen, das so verstanden werden kann, als ob der Rat der EKD und die Leitung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der „DDR" die deutsche Frage für abgeschlossen halten. Das von Landesbischof Eduard Lohse (Hannover) und Landesbischof Johannes Hempel (Dresden) unterzeichnete Papier vermeidet zwar eine solche wörtliche Festlegung, die ja auch im Widerspruch zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes stünde; aber es finden sich Formulierungen wie diese: „Auf deutschem Boden bestehen zwei deutsche Staaten, deren Grenze zugleich die Grenze zwischen Ost und West geworden ist ... Es wurde uns schwer, die Realität zweier deutscher Staaten anzunehmen. Aber wir haben erkannt: Die Erhaltung des Friedens hat den Vorrang vor allem anderen." Und an anderer Stelle: „Wir bitten die Menschen, die durch den Krieg, durch seine Folgen und durch die späteren politischen Gegensätze besonderes Leid erfahren haben, nicht bitter zu werden und nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist." Die Deutschen werden aufgefordert, die heutigen Belastungen vor allem als Folge des Zweiten Weltkrieges zu begreifen und „als Folgen unserer Schuld zu bedenken".

Die gemeinsame Erklärung steht in der Tradition der umstrittenen Ostdenkschrift aus dem Jahre 1965, in

SEITE 10
Auszüge aus der Erklärung

der für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie plädiert worden war. Sie knüpft aber auch an an die Stuttgarter Schulderklärung des Rates der EKD vom Oktober 1945 und an die 1968 veröffentlichte gesamtdeutsche Kirchenstudie. 1968 war der Frieden als zentraler Grundwert der Nation definiert worden, an dem sich alles zu orientieren habe. Es fällt auf, daß das jetzt herausgegebene „Wort" Begriffe der aktuellen Politik übernimmt, etwa wenn verlangt wird, der Einsicht zu folgen, daß Sicherheit heute nur noch „in gemeinsamer Sicherheit liegen kann". Und: „Als Kirchen in beiden deutschen Staaten treten wir gemeinsam dafür ein, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Gemeinsam fordern wir, daß der Rüstungswettlauf beendet wird. Gemeinsam sind wir überzeugt, daß das System der nuklearen Abschreckung kein dauerhafter Weg zur Friedenssicherung sein kann, sondern unbedingt überwunden werden muß."

Wenn dieser Text die Absage an ein Offenhalten der deutschen Frage meint, dann dürfte er erhebliche Diskussionen heraufbeschwören. Erster Widerspruch regte sich in der Stellungnahme des Präsidenten des Bundes der Vertrieben, Herbert Czaja. In der Politik und der Geschichte, so Czaja, gebe es keine prophetischen Voraussagen. Zwar sei er kein Befürworter einer restaurativen Lösung, die deutsche Frage müsse aber offengehalten werden. Als Gegner der These von einer Kollektivschuld frage er die evangelischen Kirchen auch, was mit dem Satz gemeint sei, die Deutschen sollten die heutigen Belastungen als „Folgen unserer Schuld" bedenken, sagte Czaja dem Informationsdienst idea.

Flüge nach Iran und Irak eingestellt

Drohende Eskalation im Luftkrieg / Mubarak und Hussein reisten nach Bagdad

Co./DW. **Bonn/Teheran**

Die Lufthansa, die gestern ihren Flugverkehr nach Teheran eingestellt hat, wird möglicherweise heute mit einem Sonderflug noch alle jene Deutschen aus Teheran ausfliegen, die angesichts der angedrohten irakischen Bombenangriffe nicht in Iran bleiben wollen. Schon am Sonntag waren 300 Deutsche, vor allem Frauen und Kinder, von der Lufthansa aus Teheran nach Deutschland gebracht worden.

Wie aus dem Auswärtigen Amt dazu bekannt wurde, hat die Bundesregierung, um Panik zu vermeiden, niemanden zum Verlassen Irans aufgefordert. Alle dort lebenden Bürger der Bundesrepublik Deutschland stünden jedoch mit der deutschen Botschaft in Verbindung; sie seien über die Sicherheitslage sowie darüber informiert, daß sie bis heute die Möglichkeit zum Flug in die Heimat hätten. In Teheran selbst befinden sich kaum noch deutsche Frauen und Kinder. An eine „Verdünnung" der Botschaft Bonns ist gegenwärtig nicht gedacht.

Angesichts der bedrohlichen Entwicklung im Golfkrieg hatten gestern neben der Lufthansa auch andere internationale Fluggesellschaften, so die Swissair, Britisch Airways und Alitalia, ihre Linienflüge nach Teheran und Bagdad vorerst eingestellt. Die Fluggesellschaften von Frankreich (Air France) und Österreich (AUA) wollten dagegen noch keine Entscheidung treffen. Der Irak hatte am Sonntag den iranischen Luftraum zum Kriegsgebiet erklärt und die internationale Luftfahrt davor gewarnt, von Dienstag 18.00 Uhr (MEZ) an dieses Gebiet zu überfliegen.

Ägyptens Präsident Hosni Mubarak und König Hussein von Jordanien sind gestern überraschend zu Gesprächen mit dem irakischen Präsident Saddam Hussein nach Bagdad geflogen, wo sie mit ihm über die Kriegslage beraten wollen. Bei den arabischen Verbündeten Bagdads ist die Sorge über mögliche irakische Rückschläge an der Front sichtlich gewachsen. Sie befürchten bei einem Sieg Teherans eine Gefahr für die Stabilität der gesamten Golfregion.

Der seit zwei Wochen andauernde Luftkrieg zwischen Irak und Iran hielt gestern unvermindert an. Bagdad meldete, seine Luftwaffe habe neue Angriffe gegen fünf iranische Städte geflogen. Zugleich berichtete die iranische Nachrichten Irna von einem weiteren Raketenangriff auf Bagdad.

Widersprüchliche Angaben wurden über die seit einer Woche umkämpften Gebiete an der Südfront gemeldet. Dort waren die Iraner am Wochenende 30 Kilometer in irakisches Gebiet eingebrochen. Während Teheran meldete, die iranischen Streitkräfte hätten nun das Gebiet bis zum Ostufer des Tigris erobert, versicherte Bagdad, seine Armee hätte die Schlacht gegen die acht eingefallenen iranischen Divisionen gewonnen und 15 000 iranische Soldaten getötet.

Seite 2: Mit Terror und Raketen

Berliner FDP läßt Oxfort fallen

Arbeitsbereich von Frau Laurien wird beschnitten / Mehr Gewicht für Pieroth

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Eine Woche nach ihrem hohen 8,4-Prozent-Wahlerfolg sieht sich die Berliner FDP in Personalquerelen verstrickt: Auf dem Höhepunkt der Koalitionsverhandlungen mit der CDU wählte die mehrheitlich zur linken Mitte zählende neue Fraktion den bisherigen FDP-Spitzenmann im Senat, Hermann Oxfort (Justiz) mit 8:4 Stimmen ab. Die Freien Demokraten verzichteten bei den Gesprächen mit der CDU zugunsten eines dritten Ressorts auf das versprochene Bürgermeisteramt. Die FDP schickt mindestens zwei Neulinge in den Senat. Auf CDU-Seite bleibt das Team von Eberhard Diepgen unverändert. Die Personalprobleme der FDP bleiben zunächst ungelöst.

In mehreren Nachtsitzungen, die über das Wochenende anhielten, setzte die FDP ein drittes Ressort für sich durch: Es soll „Jugend und Familie" heißen und Teile von Verwaltungen aufnehmen, denen bisher Hanna-Renate Laurien (CDU) und ihr Kollege Ulf Fink (Soziales) vorstanden. Die FDP wollte für diese Aufgabe eine Frau gewinnen, besaß jedoch bis zum Montag noch keinen festen Vorschlag. Zu den dabei gehandelten Namen zählte auch die Münchener FDP-Fraktionschefin Cornelia Schmalz-Jacobsen.

1.75 Als Berliner Anwärterin Nr. 1 auf dieses Ressort galt gestern die zum rechten FDP-Flügel zählende Abgeordnete Erika Schmid-Petry, Expertin im Bundeskartellamt. Sie weist

SEITE 3
Goliath unter Davids

auch ein Pädagogik-Studium auf. Ihr Ehemann Hermann ist Senatsrat (Staatssekretär) beim Berliner Bundessenator. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang die kürzlich bestellte Frauenbeauftragte des Senats, die ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Carola von Braun, genannt.

Als neuer Finanzsenator und Nachfolger von Gerhard Kunz (CDU) ist der Kanzler der Technischen Universität, Michael Höbich, vorgesehen. Er fungiert als FDP-Schatzmeister, besitzt jedoch keine Erfahrung in der politischen Exekutive. Die CDU lehnte es ab, auf diesem Posten den Stellvertreter von Wirtschaftssenator Elmar Pieroth, Senatsdirektor und FDP-Vizechef Günter Rexrodt, zu akzeptieren. Rexrodt besitzt einen Vertrag für die Übernahme des Chefpostens in der für Berlin wichtigen „Wirtschaftsförderungsgesellschaft" im kommenden Frühsommer.

Während sich die FDP vergebens bemühte, das von der CDU „mit Klauen und Zähnen" verteidigte Kulturressort zu erhalten, bleibt das Ressort „Umweltschutz/Stadtentwicklung" in FDP-Hand. Amtsinhaber Horst Vetter war innerparteilich, von der CDU und in der Öffentlichkeit mehrfach Inkompetenz vorgeworfen worden.

Im CDU-Bereich ändert sich vom 18. April an – dann wird der neue Senat gewählt – wenig: Der gesamte Bereich „Arbeit" geht zu Pieroth, Bundessenator Scholz verwaltet zusätzlich das Justizressort.

Ausländern in West-Beirut droht der Tod

PETER M. RANKE, **Athen**

Die schiitischen Fanatiker von der Terror-Gruppe „Islamischer Heiliger Krieg" haben allen ausländischen „Agenten" der CIA und westlicher Geheimdienste im moslemischen West-Beirut mit Entführung oder Tod gedroht. Das betrifft, wie die Terror-Organisation betont, auch alle als „Agenten" getarnte Journalisten, Techniker, Wirtschaftler oder Professoren, praktisch also alle westlichen Ausländer. In den Augen der Fanatiker sind alle Ungläubigen „Agenten".

Die Gruppe bekannte sich zu zahlreichen blutigen Bomben-Attentaten und übernahm auch die Verantwortung für die jüngsten Entführungen in West-Beirut. Deshalb hat eine regelrechte Flucht von Ausländern in den sicheren christlichen Ostteil der Stadt oder nach Übersee eingesetzt. Sowohl die amerikanische wie die britische Botschaft haben ihre Staatsangehörigen aufgefordert, das moslemische West-Beirut umgehend zu verlassen, wenn sie dort nicht dringend gebraucht werden. Die Amerikaner evakuierten vorige Woche schon 18 Botschaftsangehörige mit Hubschraubern nach Zypern.

Da der in der vorigen Woche gekidnappte Amerikaner Terry Anderson (37) Korrespondent der amerikanischen Nachrichtenagentur Associadd Presse war, verlassen nun die meisten Journalisten das Commodore-Hotel in West-Beirut und siedeln in den Ost-Teil der Stadt über. Ihnen folgen ausländische Professoren der Amerikanischen Universität von Beirut, die ihren Lehrbetrieb wohl kaum fortsetzen kann. Alle Bars mußten schließen, und die Restaurants schenken nicht einmal mehr Bier aus. Im Universitäts-Viertel an der Rue Bliss tauchen immer mehr Khomeini-Plakate auf. Die libanesische Polizei ist so hilflos wie die Regierung und rührt keinen Finger.

Auch der britische Wissenschaftler Geoffrey Nash und der britische Geschäftsmann Brian Levick, Direktor der „Coral Oil", wurden von Schiiten entführt. In der Gewalt der Terror-Organisation in West-Beirut oder in der syrisch besetzten Bekaa-Ebene befinden sich außerdem der US-Diplomat William Buckley, der katholische Geistliche Martin Jenco, der Presbyterianer-Pfarrer Benjamin Weir und der Bibliothekar Peter Kilburn von der Amerikanischen Universität. All diesen Amerikanern will die Terror-Organisation den „Prozeß" machen.

Nur dem amerikanischen Korrespondenten Jeremy Levin gelang bisher die Flucht. Mitte Februar entkam er aus einem Gefängnis in der Bekaa-Ebene, wo die schiitischen Terror-Gruppen ihre Hauptquartiere haben. Sie operieren, wie westliche Diplomaten in Beirut vermuten, mit Wissen der syrischen Besatzungsarmee, von der sie Ausrüstung und Waffen beziehen. Der gesamte Nachschub für die schiitischen Terroristen im Libanon kommt über Damaskus.

(SAD)

DER KOMMENTAR

Wort-Brücke – wohin?

ENNO v. LOEWENSTERN

Das „Wort zum Frieden" der Evangelischen Kirchen ist schwunglos ausgefallen – vom Typus her keine Verkündigung, sondern ein Ausschußbericht, der einen Kompromiß zwischen verschiedenen Meinungen herstellt. Welche hier vor allem geschont werden sollten, das ergibt sich schon daraus, daß beide Kirchen diesseits und jenseits der Elbe eine gemeinsame Erklärung versuchten. So wurden schließlich mühsam die gängigen Redensarten zusammengefaßt: Von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen; die Strategie der Abschreckung müsse überwunden werden (soll das etwa ein Indossament der Reaganschen Weltraum-Verteidigung sein?); man erinnert an die „Verantwortung der Industrienationen für ein menschenwürdiges Leben in den Ländern der Dritten Welt".

Und wie ist es, fragt der christliche – und christlicher Lehre verpflichtete – Leser, mit dem menschenwürdigen Leben in der Zweiten Welt?

Das „Wort", das eingangs an die Konzentrationslager und Massenmorde erinnert, mit denen es 1945 ein Ende nahm, enthält nicht ein einziges Wort über die Konzentrationslager und Morde, die heute noch weitergehen. „Es wurde uns schwer, die organisatorische Einheit der deutschen evangelischen Kirchen aufzugeben", heißt es da, als seien Organisationsfragen wichtiger, als seien sie allein wichtig gegenüber geistlicher Not – und weltlicher Not.

Kein Wort über die Unterdrückung unserer Landsleute, kein Wort über das Elend der übrigen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang. Kein Wort über die Weltbedrohung, die von dort ausgeht, sondern nur der säuberlich ausgewogene, äquidistante Hinweis auf „zwei mächtige Militärbündnisse mit unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen". Und dann eine Aussage, als wollte man den Unterdrückten die letzte Hoffnung nehmen: „Wir bitten die Menschen, ... nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben sind." Schier als wollte man das, was jetzt dort geschieht, auch im Namen von Deutschen, verewigen.

Ist es unrealistisch, darauf hinzuweisen, muß man den „Zwang zum Kompromiß" respektieren? „Wir wollen", heißt es zum Abschluß der gemeinsamen Erklärung, „in unserem Alltag Boten des Friedens Gottes sein." Der Friede Gottes ist unteilbar. Er beginnt in den Hütten. Eure Rede sei ja, ja, nein, nein. Das mag unrealistisch sein, aber es ist nun einmal das Gebot des Herrn. Es verträgt sich selten mit dem Gebot des kleinsten gemeinsamen Nenners.

USA besorgt wegen neuer Sowjet-Raketen

wth/DW. **Washington**

Die in der Sowjetunion geplante Stationierung von mobilen Interkontinentalraketen des Typs SS-24 könnte nach Ansicht von US-Außenminister George Shultz das amerikanisch-sowjetische SALT-2-Abkommen in Frage stellen. Shultz erklärte im Fernsehen, die Aufstellung von Interkontinentalraketen ohne festen und bekannten Standort werfe die „sehr bedeutende Frage" der Kontrollverfahren auf. Washington lehne jegliches Abrüstungsabkommen ab, dessen Durchführung nicht „genauestens nachprüfbar" sei. In der gleichen Sendung bestritt Stanislaw Menschikow, Berater beim Zentralkomitee der KPdSU, daß die Stationierung von SS-24-Raketen gegen die Bestimmungen des SALT-2-Abkommens verstoße. Er betonte, Moskau tue alles, um dieses Abkommen einzuhalten.

Shultz räumte ein, daß die Vereinigten Staaten vor dem gleichen Problem der im SALT-2-Vertrag festgelegten Beschränkungen stehen werden, wenn im Herbst das mit 24 Raketen ausgerüstete U-Boot „Alaska" der Trident-Klasse in Betrieb genommen wird. Washington werde dann entscheiden, welche Haltung in dieser Frage einzunehmen sei. Der amerikanische Außenminister hob hervor, die geplante Stationierung der SS-24 mit jeweils zehn Sprengköpfen sei ein Beweis für die ständige Modernisierung der landgestützten sowjetischen Waffensysteme. Mit ihrer Entwicklung werde ein wirksames Abwehrsystem noch wichtiger, da sie nicht an einem „festen bekannten Standort" stationiert würden.

Rechte gewann Frankreichs Kantonalwahlen

v. K. **Paris**

Die französischen Rechtsparteien gehen als einwandfreie Sieger aus den Kantonalwahlen hervor, bei denen am 10. und 17. März etwa 18 Millionen Franzosen (die Hälfte der Wählerschaft) zur Erneuerung der Generalräte (Provinzparlamente) in den 100 kontinentalen und überseeischen Departements des Landes zur Stimmabgabe aufgerufen waren. Die Oppositionsparteien konnten 53,78 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen gegenüber 46,18 Prozent für die Kandidaten von Kommunisten, Sozialisten und linken Radikalen.

Im zweiten Wahlgang am vergangenen Sonntag fielen zehn bisher von der Linken gehaltene Departements der Rechten zu, die jetzt 69 der 95 Departements des Mutterlandes verwaltet. Insgesamt verloren die Linksparteien 235 Sitze, während Gaullisten, Giscardisten und Altkonservative 381 hinzugewinnen konnten. Die als „rechtsextrem" eingestufte „Nationale Front" des Europa-Abgeordneten Jean-Marie Le Pen konnte nur einen Sitz (in Marseille) erobern. Unter den von den Bürgerlichen zurückeroberten Departements befinden sich einige, die zum Teil seit Jahrzehnten Hochburgen der Linken waren. Am Mittwoch müssen die neubestellten Generalräte nun noch ihre Vorsitzenden wählen, was hier und da zu „Überraschungen" führen kann. Die Opposition kann nun mit guten Siegesaussichten in den voll entbrannten Wahlkampf für die Parlamentswahlen des nächsten Jahres ziehen.

Seite 5: Neue Überlegungen
Seite 2: Kein Mitterloo

Warschauer Experte dringt auf schnelle Wirtschaftsreform

These vom Aufschwung widersprochen / Studenten im Hungerstreik

DW. **Warschau**

Der dem polnischen Regime nahestehende Wirtschaftswissenschaftler Josef Kaleta hat die Thesen der Warschauer Regierung über einen angeblichen leichten wirtschaftlichen Aufschwung zurückgewiesen. Trotz der optimistischen Darstellungen in den offiziellen Medien sei sich die polnische Gesellschaft bewußt, daß in den vergangenen Jahren eine geringe Erhöhung des Bruttosozialprodukts nur auf Kosten der Zerstörung des Produktionspotentials und der Umwelt sowie der Nichtzurückzahlung der auf insgesamt 28 Milliarden Dollar geschätzten Auslandsschulden erzielt worden sei. Hierfür werde Polen bald eine hohe Rechnung zahlen. Kaleta hat die polnische Regierung in einer Studie, die in der jüngsten Ausgabe der regimetreuen Wochenzeitschrift „Odrodzenie" veröffentlicht wurde, zu einer umfassenden Reform ihrer Wirtschaftspolitik aufgerufen, deren „primitive Methoden" zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme des Landes völlig ungeeignet seien. Die zentralistische und auf Unterdrückung jeglicher Kritik ausgerichtete Politik werde Polen „teuer zu stehen kommen" und könne schwere politische und soziale Krisen wie in den Jahren 1956, 1970 und 1980 auslösen. Die jüngsten Erhöhungen der Lebensmittelpreise kritisierte der Wissenschaftler indirekt, indem er erklärte, Preis- und Steuererhöhungen seien überholte Methoden zur Gesundung des Marktes.

In einer katholische Kirche in der Nähe von Warschau sind am Sonntag 13 Studenten in einen einwöchigen Hungerstreik getreten. Sie verlasen eine Erklärung, in der sie die Freilassung ihres Stettiner Kommilitonen Marek Adamkiewicz verlangten. Adamkiewicz war im Dezember 1984 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er die Ableistung des militärischen Diensteids verweigert hatte. Die Studenten teilten mit, sie wollten während ihres Hungerstreiks Überlegungen anstellen, ob man eine regimeunabhängige polnische Friedensbewegung ins Leben rufen solle.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein Mitterloo

Von August Graf Kageneck

Frankreichs bürgerliche Parteien haben die Kantonswahlen letztlich nach Punkten gewonnen, aber ein KO-Sieg blieb aus. Die Linke gibt es noch. Sie konnte ihre Wähler stärker mobilisieren, als ihre Gegner dies vermochten. Linkswähler, vor allem Kommunisten, wählten so diszipliniert wie eh und je den sozialistischen Kandidaten, als sei der Zusammenbruch der Volksfront spurlos an ihnen vorübergegangen.

So wurden alle sozialistischen Minister, die sich um einen Sitz im Generalrat ihres Departements beworben hatten, ohne Ausnahme gewählt. Gäbe es, wie die Opposition behauptet, wirklich eine landesweite Ablehnung der sozialistischen Politik, hätte so mancher Portefeuilleträger dran glauben müssen.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß in Frankreich zur Zeit nur 46 Prozent der Wähler links wählen und die bürgerliche Opposition somit die absolute Mehrheit innehat. Das entrricht den Meinungsumfragen. Auch schwingen die Bürgerlichen heute in 69 von 95 Departements des kontinentalen Frankreich das Zepter und können, da die Lokalparlamente im Zuge der Dezentralisierung inzwischen fast ebenso viel Macht haben wie ein deutsches Landesparlament, die Politik der Pariser Zentrale ganz erfolgreich konterkarieren. Premierminister Fabius regiert ein Land, das in den Tiefen von seinen Gegnern kommandiert wird.

Der Versuchung, die Momentaufnahme des 17. März auf die Parlamentswahlen in einem Jahr zu übertragen, muß jedoch aus zwei Gründen widerstanden werden. Fabius' Politik könnte weitere Früchte an der wirtschaftlichen Front tragen, die er dann an der politischen pflücken würde. Und was wird, wenn Präsident Mitterrand, wie ihm das verfassungsgemäß zusteht, das Verhältniswahlrecht einführt?

Dann würden Sozialisten und Kommunisten ebensoviele Stimmen bekommen wie Gaullisten und Giscardisten. Zünglein an der Waage wären die Kleinen, allen voran der Fallschirmjäger Jean-Marie Le Pen. Das aber wäre nicht mehr das Frankreich, das man seit 1958 kennt. Alle Karten müßten neu verteilt werden.

Was zu lernen

Von Carl Gustaf Ströhm

Der deutsche Gewerkschaftsfunktionär Detlef Hensche hat dieser Tage den Thorner Prozeß gegen die Popieluszko-Mörder als geradezu vorbildlich gepriesen und die Justiz der Bundesrepublik kritisiert: „Hätten wir nicht ... Grund, von den Richtern in Thorn zu lernen?" Wie es nun das Schicksal oder der Zufall will, kommt fast gleichzeitig die Nachricht aus Polen, wonach dort ein französischer Staatsbürger, der Schriften der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" bei sich hatte, von der Polizei festgenommen und verhört wurde.

Danach, so hört man, haben die polnischen Sicherheitsbehörden – vorbildlich rechtsstaatlich – den Mann freigelassen. Als er auf freien Fuß war, zerrten ihn einige unbekannte Männer in Zivil in ein Auto und mißhandelten ihn unter anderem dadurch, daß sie brennende Zigaretten auf seiner nackten Brust ausdrückten. Dann ließen sie den derart Zugerichteten wieder laufen.

Das Ausdrücken von glühenden Zigaretten auf der Haut von Gefangenen wurde zu Stalins Zeiten von gewissen kommunistischen Sicherheitsapparaten ausgiebig praktiziert. Sogar hohe kommunistische Führer, die heute noch oder wieder im Amt sind – etwa in Ungarn –, fielen solchen Praktiken zum Opfer. Natürlich werden die polnischen Sicherheitsbehörden jegliche Verbindung zu solchen „Zigarettendrückern" leugnen. Und beweisen läßt sich nichts, denn der Franzose ist zwar wesentlich besser dran als Popieluszko, weil er immerhin noch lebt. Aber er hat keinen Zeugen, keinen Fahrer, der die unbekannten Zigarettendrücker identifizieren könnte.

Daß der polnische Sicherheitsdienst in seinen Methoden weder besonders elegant und wählerisch, noch gar sehr zimperlich ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Zumindest die Vermutung liegt nahe, daß da wiederum einige unternehmungslustige Hauptleute und Majore am Werk gewesen sein könnten, von deren Übereifer die Vorgesetzten natürlich nicht wissen können. Ein westlicher Rechtsstaat mag unvollkommen sein. Aber Zigarettendrücker dieser Art gibt es in ihm ebensowenig wie einen Richter, der wie jener von Thorn seine Direktiven direkt aus dem Warschauer Zentralkomitee erhält.

Die große Schande

Von Günter Friedländer

Siebenhunderttausend kolumbianische Freiwillige haben sich organisiert, um erwachsene Mitbürger Lesen und Schreiben zu lehren. Präsident Betancur eröffnet den gigantischen Alphabetisierungsfeldzug mit einem Aufruf, in dem er das Analphabetentum Kolumbiens „große Schande" nannte.

Die Weltverbesserer, die in den lateinamerikanischen Revolutionen den einzigen Weg zur Lösung der sozialen Probleme dieses Teils der Welt glauben, vergesssen gern, daß die Zwangsrekrutierung Minderjähriger für die Guerrilla und Unterbrechungen des Schuljahres, die Bürgerkriege mit sich bringen, neue Analphabeten schaffen und die Schande verlängern.

Statistiken sind in Lateinamerika nicht immer sehr zuverlässig und sollen oft Mißstände übertünchen helfen. Kolumbiens Analphabeten werden mit 19 Prozent der Erwachsenen angegeben. Auch in anderen Ländern sind die Zahlen eindrucksvoll: Bolivien gibt 32,3, Brasilien 31,3, Peru 18, Paraguay 15 und Ekuador 14,4 Prozent zu. Mexiko zählt nach mehr als einem halben Jahrhundert Revolutionsregierungen immer noch 12,1 Prozent Analphabeten, das reiche Venezuela 11,9 Prozent. Besser sieht es nur in Argentinien (5,8), Chile (4,4) und Uruguay (3,7 Prozent) aus.

In Mittelamerika geben Guatemala 43,4, Honduras 40,5, El Salvador 29, Nicaragua 12,1, Panama 11,9 und Costa Rica, die „mittelamerikanische Schweiz", 10,2 Prozent Analpahbeten zu. Den Rekord der westlichen Hemisphäre hält Haiti, wo 63,1 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben können.

Zum Analphabetentum trägt bei, daß viele Regierungen ihre Gegenwart in ländlichen Zonen nicht fühlbar machen konnten, aber auch, daß die Mittel fehlen, jedes Jahr genug neue Schulen zu bauen und Lehrer auszubilden und zu bezahlen, um mit dem hohen Bevölkerungszuwachs Schritt zu halten.

Die „große Schande" des Analphabetentums fällt aber auch auf diejenigen, die in den vielen internationalen Organisationen Pläne für die Zukunft der Dritten Welt entwerfen. Wenn man dort von der notwendigen Infrastruktur für den Fortschritt spricht, vergißt mann allzuoft, daß Schulen das vielleicht wichtigste Element dieser Infrastruktur sind.



„Aber bitte – rechts ist noch Platz!" KLAUS BÖHLE

Ende der Wende?

Von Manfred Schell

Für Helmut Kohl und die Kanzlerpartei CDU steht in dieser Woche viel auf dem Spiel. Nicht in dem Sinne, daß es auf dem Parteitag in Essen zu Diskussionen über den Kanzler kommen könnte. Kohl ist unangefochten. Er hat ein hartes und überzeugendes Stück Arbeit geleistet. Seine Bilanz kann sich sehen lassen.

Entscheidend ist Essen deshalb, weil die Weichen für die zweite Hälfte der Legislaturperiode gestellt werden müssen. Die Zeit eilt davon. Die Rückschläge bei den Wahlen im Saarland und in Hessen müssen verarbeitet werden. In Berlin hat die CDU gut abgeschnitten; aber das kann nur ein Trostpflaster sein, zumal da sich Unbehagen über die bevorstehende Wahl an Rhein und Ruhr ausbreitet. Worms ist kein Mann, der mitreißt, eher ein biederer und fleißiger Mann wie Zeyer, der seine Pflicht tut. Der Trost, mit Hilfe einer wiederbelebten FDP werde man es bei der Bundestagswahl 1987 schon schaffen, wäre kleinmütig. Berlin hat der CDU gezeigt, daß sie selbst um den Sieg kämpfen muß, um dann bei den Gewinnern zu sein.

Die Bürger erwarten vom CDU-Parteitag Orientierung. Prioritäten sind gefragt, kein weitschweifiges Theoretisieren über Wunschkataloge von ausgewählten Gruppen (diesmal sollen es die Frauen sein). Gefordert ist eine überzeugende politische Gesamtschau. Nur Geist und Willen können die Schubkraft freisetzen, welche – Landtagswahlen hin oder her – die Regierungsmacht in Bonn festigt. Der Versuchung, einzelne Wählergruppen mit „sozialem Klimbim" (Müller Armack) ködern zu wollen, darf die CDU nicht erliegen.

Ordnungspolitiker werden in Essen keinen leichten Stand haben. Einige in der Partei, allen voran Geißler, sind schon eifrig dabei, die Früchte der finanziellen Konsolidierungspolitik zu verschenken. Die Inflationsrate ist spürbar reduziert, den Wirtschaftsaufschwung kann niemand ernsthaft leugnen. Statt auf diesem Wege konsequent voranzuschreiten und die Fundamente für einen langfristigen Auftrieb der Wirtschaft auszubauen, spricht Geißler von „neuen Handlungsspielräumen" für die Sozialpolitik. Das erinnert fatal an frühere Aussagen, die Union müsse sich „öffnen", um entschwundene Wechselwähler zu gewinnen. Wieder wird ein wolkiges soziales Wohlbefinden als Ziel der Marktwirtschaft ausgegeben, obwohl sich der Sozialstaat nach dem Übereifer der letzten anderthalb Jahrzehnte selbst in Frage gestellt hat. Die Hoffnung, die Geißler antreibt, ist offenkundig: Erziehungsgeld, Mutterschaftsurlaub und Arbeitsplatzgarantie – das sind die Elemente des Familienprogramms der CDU – sollen hauptsächlich die jungen Frauen ermutigen, CDU zu wählen.

Ob die Rechnung aufgehen wird, ist mehr als fraglich. Es rührt sich der Widerstand bei den Koalitionspartnern FDP und CSU und auch innerhalb der CDU. Die Sozialausschüsse sprechen von einem merkwürdigen „Rollengequatsche", das sich breit mache. Sie fragen, was eigentlich mit der jungen Frau sei, die „nur" Mutter sein wolle? Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist seit 36 Jahren im Grundgesetz verankert. Zu ihrer Verwirklichung ist vieles getan worden. Das Geschrei von Berufsfeministinnen nimmt davon nichts weg. Die Gleichberechtigung kann auch nicht per Parteitagsbeschluß verordnet werden.

Die CDU muß aufpassen, daß sie den Erfolg ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht eigenhändig demontiert. Ihr Familienprogramm steht im Widerspruch zur Konsolidierungspolitik, ohne die unser Land nicht nach vorne kommen kann. Das Programm belastet die Unternehmen. FDP-Politiker haben errechnet, daß es pro Jahr rund drei Milliarden Mark kosten dürfte. Aber unabhängig davon, ob dieses Programm einmal realisiert werden wird, so braucht sich die Union, was ihr Engagement für die Familien betrifft, kein schlechtes Gewissen einreden zu lassen. Sie hat eine Steuerreform verabschiedet, die vor allem kinderreiche Familien um Milliardenbeträge entlastet.



Prioritäten sind gefragt: Kohl FOTO: DPA

Die Regierung Kohl wird – auch mit Blick auf das Jahr 1987 – die im Aufschwung erwirtschafteten Steuergelder brauchen, um zwei wahlentscheidende Aufgaben zu bewältigen. Wie muß die Rentenversicherung aussehen, wenn der Generationenvertrag trotz Geburtenrückgang und Überalterung halten soll? Die bisherigen Antworten sind unbefriedigend: Kurzatmigkeit, Notoperationen, salbungsvolle Erklärungen. So schafft man kein Vertrauen in die Zukunft.

Die zweite Aufgabe, an der die Regierung Kohl gemessen wird, ist das Eindämmen der Arbeitslosigkeit. Ernsthaft gibt es nur ein Rezept: Die Leistungskraft der Unternehmen muß weiter gestärkt werden. Nur Investitionen schaffen neue Arbeitsplätze. Zusätzliche Belastungen gefährden diesen Prozeß. Allein die Dynamik kann einen positiven Saldo herbeiführen. Staatliche Programme, das ist erwiesen, sind nicht nur sündhaft teuer, sondern auch fast ohne Nutzen.

Die Union muß sich in Essen entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Konsolidierung, wie sie Stoltenberg gestern wieder gefordert hat, ist das Gegenteil von freigiebiger Umverteilung. Das opulente Familienprogramm Geißlers paßt nicht zu Stoltenbergs Kurs.

Ohnehin muß sich die CDU eingestehen, daß der Glanz ihrer Leistungen eher matt geblieben ist. Das hängt mit der Medienlandschaft zusammen, aber nicht nur mit ihr. Die Regierung muß ihre Politik plausibler machen, sie muß begreifen, daß Sprache nicht nur ein Mittel der Kommunikation, sondern auch der Strategie ist. Sie muß den Mut haben, auch in der Politik deutsch zu sprechen. Wer unklar spricht, hat entweder nichts zu sagen oder etwas zu verbergen. So denkt das Volk. Konrad Adenauer hatte eine einfache Sprache. Manche haben sich darüber mokiert. In Wirklichkeit waren sie verzweifelt, weil Adenauer sie nicht als Übersetzer brauchte.

IM GESPRÄCH Richard Gephardt

Hoffnung nach Mondale

Von Fritz Wirth

Unter den Demokraten, die heute noch die Wunden der Wahlniederlage des 6. November lecken und auch sonst gebeugt und gedemütigt in Sack und Asche gehen, ragt seit einigen Wochen wie ein Turm der Hoffnung und des Optimismus ein junger rothaariger Mann heraus, an dem sich die Partei aufzurichten versucht. Er heißt Richard Gephardt, kommt aus Missouri und ist am Tage der Niederlage praktisch aus der Rolle des ewigen Jungtürken der Partei geschlüpft.

Er ist statt dessen der unaufhaltsam aufsteigende neue Stern der Partei. Kein jugendlicher Held mehr, sondern ein seriöser, scharfkantiger Politiker. Die demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses wählten ihn vor ein paar Monaten zu ihrem neuen Fraktionschef, womit er immerhin bereits an vierter Stelle in der Hierarchie ihrer Partei rangiert.

Seine Bewunderer sagen, er sei aus dem Stoff, aus dem Präsidenten gemacht werden, doch selbst weniger enthusiastische Beobachter räumen ein, daß sein Weg nach oben noch nicht beendet ist. Sie geben ihm zumindest Chancen, den Platz von „Tip" O'Neill als Sprecher des Repräsentantenhauses zu füllen, obwohl Jim Wright mit einem Präventivschlag vor wenigen Wochen bereits versucht hat, die Weichen, die auf dieses Amt hinführen, zu seinen Gunsten zu stellen.

Was für Gephardt spricht: Er ist ein Mann jener Generation, die den Demokraten bei der letzten Wahl davongelaufen ist, die der jungen dynamischen Aufsteiger, die des „high tech"-Zeitalters. So gesehen, ist er ein Antipode zum wuchtigen und immer unbeweglicher werdenden O'Neill und sogar zu Walter Mondale, der seine Niederlage ja so gern seinem gestörten Verhältnis zum Medium des Fernsehens anlastet.

Gephardt ist ein Kind der Fernseh-Aera und ein Star auf dem Bildschirm, gelassen, fair, brillant argumentierend und durch und durch ein netter junger Mann, den man verstehen und begreifen kann, weil er ohne ideologische Scheuklappen antritt. Er ist mit diesem Image ein Champion der amerikanischen Mittelklassen, die die Demokraten nun so krampfhaft zurückzuerobern versuchen.



Macher mit guten Manieren: Demokraten-Star Gephardt FOTO: AP

Gephardt sieht die siegreichen Republikaner deshalb nicht nur als Gegner, sondern als Rivalen, von denen sich lernen läßt. So rief er seine Fraktion beispielsweise zu einer dreitägigen Strategie-Klausur in ein mondänes, exklusives Hotel in Virginia zusammen, das so luxuriös und gediegen war, daß Beobachter glaubten, sie hätten sich auf eine Versammlung der Republikaner verirrt.

Auch sonst scheut er sich nicht, ins republikanische Programmheft zu schauen: Er ist gegen den Schwangerschaftsabbruch, für die Todesstrafe und gegen weitere verschärfte Kontrollen und Restriktionen beim Erwerb von Schußwaffen.

Vor wenigen Jahren noch, so räumen gestandene Demokraten ein, hätte er mit diesem Programm in der Partei keine Zukunft gehabt. Die schlimme Wahlniederlage des letzten Jahres jedoch hat bei den Demokraten verkrustete Ideologien aufgebrochen. Gephardt sieht das alles sehr undramatisch: „Das ist nicht das Ergebnis politischer Seelenforschung und es sind keine Hilfeschreie aus der politischen Wüste", sagte er. „Es ist das Ergebnis von Denkprozessen, die sich am Machbaren orientieren."

Der 44jährige Macher aus Missouri mit den guten Manieren ist bei den Demokraten der Mann der Stunde. Die Frage ist nur, ob die Partei wagt, die Vergangenheit so radikal hinter sich zu lassen und Männern wie Gephardt eine Chance zu geben, wenn die Stunde der Wahrheit kommt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Sie bemerkt einen Stimmungswandel in der nordrhein-westfälischen FDP:

So schnellebig geht es zu in der Politik. So rasch wechseln die Stimmungen. Da schwebt eine Partei wie die nordrhein-westfälische FDP eben noch in lauter Selbstzweifeln und argen Ängsten – doch plötzlich ist der Himmel strahlend blau, sind die düsteren Wolken wie fortgewischt. Die Wahlergebnisse von Berlin und vom Saarland haben mit einem Schlag eine völlig andere FDP auch in NRW zurückgelassen. So munter war die Partei seit langem nicht mehr, so gelöst übermütig schon. Angesichts der allgemeinen Euphorie sah sich Spitzenkandidat Rohde auf dem Landesparteitag zu Recht veranlaßt, vor dem Schluß zu warnen, der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde sei kein Problem mehr ... Worms wurde ungeniert zu einem tumben, tapsigen „Obelix", auf den Rohde als „tapferer Krieger Asterix" achten müsse, damit ihm kein Leid geschehe.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt beobachtet die Grünen:

Für die „Grünen" gibt es offensichtlich kein wichtigeres Thema als die Frage, ob und unter welchen Bedingungen sie zu geruhen denken, die SPD zu tolerieren, mit ihr zu regieren oder sich ihr zu verweigern – eine gleich dreifache Anmaßung ... Kein Wort über Probleme vor Ort, über Arbeit und Finanzen, über Kohle und Stahl, über die Landwirtschaft und über die Ausbildung, aber quälend-peinliche Beratungen, ob Kinder sexuelle Lustobjekte sein sollen und die Sozialdemokratie bereit sei, sich in Grundfragen ihres Selbstverständnisses testen zu lassen.

Badische Zeitung

Das Freiburger Blatt meint zur Eskalation im Golf-Krieg:

Die Iraker haben sich bisher vor allem durch Angriffe auf jene Tanker gewehrt, die iranische Häfen ansteuerten, um so den Ayatollahs das Auffüllen der Kriegskasse mit Hilfe der Ölexporte möglichst schwer zu machen. Daß sie nun auch die Luftverkehrswege in den Iran zu unterbrechen versuchen, zeigt, wie sehr sie sich in die Enge getrieben fühlen ... Die Welt sieht ratlos und nahezu untätig zu. Wie lange kann sie sich das noch leisten? Gelingt den Iranern der Durchbruch bei Basra, dann sind auch Kuwait und die anderen arabischen Golf-Staaten in Gefahr.

Mit Terror und Raketen wird der Golfkrieg immer totaler

Angriffe gegen Zivilbevölkerung – Iranischer Vorstoß gestoppt / Von Peter M. Ranke

Das Heulen der Luftalarm-Sirenen gehört jetzt zum täglichen Leben in Bagdad und Teheran. Durch Luftangriffe und Raketeneinschläge sind die beiden Hauptstädte zu Zielen im Golfkrieg geworden, der nach vier Jahren immer totaler wird und weit ins Hinterland ausgreift. Erst am Montag schlug wieder eine schwere Bodenrakete aus Iran in der irakischen Hauptstadt Bagdad ein, die dritte nach iranischer Darstellung.

Die irakische Regierung gibt den Raketenbeschuß auf Bagdad bisher nicht zu, sondern spricht von Bomben schiitischer Selbstmordkommandos. Tatsächlich setzen die Iraner die schweren, wenn auch überholten sowjetischen Scud- und Frog-Raketen ein, die ihnen von den Syrern überlassen wurden. Die syrische Luftbrücke nach Teheran ist ununterbrochen in Betrieb und schafft auch aus Libyen sowjetisches Material heran.

Offensichtlich hat das irakische Oberkommando unter Verteidigungsminister General Adnan Khairallah die Kampfkraft der Iraner wieder einmal unterschätzt. Sonst hätte Irak vor drei Wochen vielleicht doch nicht mit der neuen Luftoffensive gegen militärische und zivile Ziele begonnen. Fast täglich setzt Bagdad nun die aus Frankreich und der Sowjetunion gelieferten modernen Kampfflugzeuge gegen iranische Städte ein. Teheran, Täbris, Isfahan, Rascht am Kaspischen Meer, Ilam und Kermanschah (heute Bakhtaran) und andere Orte werden von jeweils drei bis fünf Maschinen bombardiert, wobei man allerdings nicht an die Wirkung der Flächenbombardements des Zweiten Weltkriegs denken darf. Immerhin: Teheran meldet seit 5. März dreihundertfünfzig Tote und mehr als dreitausend Verwundete durch Bombenangriffe.

Die Militärs sprechen von „Abnutzungskrieg" und meinen nach den Tankern seien nun auf beiden Seiten die Städte dran. Dabei scheint es den Irakern vor allem darum zu gehen, die iranische Bevölkerung gegen das Mullah-Regime aufzubringen, zumal der große Frühlings-Feiertag am 21. März bevorsteht. Doch das dürfte, wie auch die Bombenangriffe während des Zweiten Weltkrieges lehren, eine Fehlkalkulation sein. Die iranische Bevölkerung erträgt Leiden als Geschick Allahs, so daß der stellvertretende Außenminister Javad Mansouri gerade erst in Ankara erklären konnte: „Wir nehmen keine Vermittlung an, weil unsere gerechten Forderungen gegen Irak nicht erfüllt wurden."

Zu den „gerechten Forderungen" zählt der Sturz des „Teufels" Saddam Hussein, des irakischen Präsidenten und Oberbefehlshabers. Mit einer neuen Offensive in dem südirakischen Marschland der Howeizah versuchten die iranischen Sturmtruppen diesem Ziel militärisch näherzukommen, bisher allerdings vergeblich. Immerhin erreichten sie mit Booten und Hubschraubern fast die große Straße Bagdad–Basra und den Tigris-Fluß südöstlich von Amara. Aber das Übersetzen über den Strom mißlang. Die Iraker stoppten nach sechs Tagen den Vorstoß und sprechen seit Montag von der „großen Niederlage" der Iraner im Golfkrieg mit hohen Verlusten.

Mit derartigen Wertungen gilt es allerdings vorsichtig zu sein. Denn die irakische Tigris-Armee ist seit einem guten halben Jahr auf eine „endgültige Offensive" der rund fünfhunderttausend Mann starken iranischen Truppen an diesem gefährlichen Abschnitt vorbereitet. Gefährlich, weil hier die Millionenstadt Basra abgeschnitten werden kann und der Weg zur Grenze nach Kuwait und den südirakischen Ölfeldern offen läge. Immerhin konnte die irakische Verteidigung die anstürmenden Perser zunächst nicht aufhalten, und es gelang ihr auch nicht, die ölreiche Halbinsel Madschnun in den Sümpfen zurückzuerobern, obwohl die irakische Luftwaffe dort den Himmel beherrscht. Neu gegrabene Kanäle und weite Überschwemmungsgebiete behindern die Iraker ebenso wie die iranischen Soldaten.

Teheran erneuert die Vorwürfe, die Iraker hätten in ihren Verteidigungsnöten wieder Giftgas eingesetzt, und zwar zweimal in der vorigen Woche, was die Iraner zweihundert Verwundete gekostet habe. Bewiesen ist das bisher nicht, aber auch nicht unglaubwürdig.

Nachdem sich Bagdad vergeblich um einen Austausch der Kriegsgefangenen bemüht hatte, weil Teheran in Umerziehungslagern die irakischen Schiiten zum Kampf gegen Saddam Hussein indoktriniert, haben neue Vermittlungsbemühungen der UNO und des arabischen Golfrats weiterhin wenig Aussichten. Der Golfkrieg und der irakische Bundesgenosse sind den arabischen Ölstaaten längst zu teuer geworden, sie müssen ihre Dollarreserven strecken und zahlen heute schon lieber mit Erdöl anstatt mit Dollar. Das gibt den Mullahs und Ayatollah Khomeini wieder Hoffnung, den Tag des Sieges in ihrem Glaubenskrieg doch noch erleben zu können. Eher will der „Alte von Qom" nicht sterben.

„Warum kommen die Leute alle angezogen hierher?"

Die Ausstellung „Das Aktfoto" in München hat zur Halbzeit bereits einen überwältigenden Publikums-Erfolg. Und dazu trägt vor allem das Interesse der Jugend bei. Steckt mehr dahinter als ein bißchen Voyeurismus?

Von PETER SCHMALZ

Sind das denn immer soviel Leut wie heut?" fragt fröstelnd der Jungbart im schneekalten Hof des Münchner Stadtmuseums, gut eine halbe Wartestunde entfernt von der Kasse, wo das Billett fünf Mark kostet und den Eintritt freimacht zu einer Ausstellung, die eigentlich nichts anderes zeigt als das, was jedes Pärchen daheim ohne Kleider und kostenlos im Spiegel betrachten könnte: den nackten Menschen, dargestellt auf mehr als 1500 Fotos.

„Ein wahnsinniges Besucher-Interesse", registriert Christoph Stölzl, der Leiter des Museums, das unter dem Titel „Das Aktfoto" Ablichtungen des nackten und zumeist weiblichen Körpers zwischen Kunst und Pornographie der öffentlichen Beschau überläßt. Die Ausstellung, das ist schon zur Halbzeit sicher, wird – gemessen an der Zahl der verkauften Eintrittskarten – die erfolgreichste, die dieses städtische Museum jemals organisierte. Knapp 80 000 defilierten an bisher 36 Ausstellungstagen an künstlerisch verfremdeten oder offensichtlich eindeutigen Akten vorbei, 11 000 kauften für 36 Mark den eineinhalb Kilo schweren Katalog, der bereits in der dritten Auflage nachgedruckt wurde und der 390 Seiten neben tiefsinnigen Essays über die „Ansichten vom Körper im fotografischen Zeitalter" vor allem das zeigt, was offensichtlich doch mehr Reiz ausübt als die wohlbekleidete Schönheiten-Galerie im Nymphenburger Schloß: die getreue, möglichst feinkörnige Widergabe der nackten Haut vom Scheitel bis zur Sohle und mit allem zwischendrin.

So ganz wohl war Stölzl nicht in seiner Haut, als er das Projekt zu planen begann. „Ehrlich gesagt, wir hatten befürchtet, damit vor allem alte Spanner anzulocken." Von der möglichen Erregung der Öffentlichkeit und der ihr stets auf dem Fuße folgenden Schelte der sich entrüstenden Politiker will der Museumsleiter erst gar nicht sprechen.

Was dann aber geschah, hat seine düsteren Ahnungen verjagt und die kühnsten Hoffnungen übertroffen: Die Jugend stürmt das Haus nahe dem Münchner Viktualien-Markt, ältere Besucher zählen zur Ausnahme.

Sollte eine Stecknadel wagen, auf den Parkettboden zu fallen, wäre ihr Aufschlag zu hören. Langsam und leise schieben die Besucher von Bild zu Bild, neigen sich vor zu der Stereodaguerreotypie von 1850, auf der eine lockend blickende Frau das präsentiert, was in Oberbayern „Holz vor der Hütt'n" genannt wird; gehen ein wenig schneller bei den entkleideten Kolonialmädchen, deren Akte unter dem Deckmantel der Völkerkunde einst auch weniger wissenschaftliche Gedanken ermöglichten; werden eine Nuance unruhiger in der Abteilung FKK. Ein junges Mädchen, Anfang zwanzig, kichert vor der Postkarte aus dem Jahr 1930, auf der drei athletische Männer in angestrengt würdiger Dreier-Figur zeigen, was den Mann vom Weibe unterscheidet. Die komischen Kunstposen der Lichthemd-Träger reizen nach hundertfach ernsthafter Nackheit die Lachmuskeln.

Angesichts der Tausende, die sommers hüllenlos am Isar-Strand oder im Englischen Garten bräunen, schrieb eine Münchner Zeitung: „Nackheit ist nichts Besonderes mehr." Und mehr als zwei Millionen Deutsche, so ermittelte der Studienkreis für Tourismus, verbringen ihren Sommerurlaub textilfrei. Die gemischten Saunabäder sind nicht selten überfüllt. Was kann diese Jugend noch verlockend finden am platten Abbild dessen, was voll prallem Leben vielerorts live zu betrachten ist?

Stölzl, vom Andrang der Jugend überrascht, zimmerte sich dafür flugs eine passende Erklärung. „Zu uns kommt das junge Publikum, das man auf Skipisten, in den Saunas und in den Bodybuilding-Studios findet", sagt er. „Das ist eine junge Generation, die sich des Körpers erfreut, die ein starkes, aber entkrampftes Verhältnis zum Körper entwickelt." Er vermutet darin den Ausdruck einer soziologisch bemerkenswerten Abwendung der jungen Leute von gesellschaftspolitischen Themen und den Rückzug ins private Leben, der konsequenterweise zu einem neuen Egoismus führt: „Man liebt seinen Körper."



Ansturm auf mehr als 1500 Aktfotos: Zur Halbzeit sahen schon 80 000 die Ausstellung in München FOTO: AMW

Das klingt wunderbar und ist vielleicht auch nicht ganz falsch. Und für den Museumsleiter sicherlich eine angenehmere Interpretation des Besucher-Ansturms, als würde er sagen: Wir zeigen unter dem geduldigen Zeichen der Kunst die größte voyeuristische Okkasion, die für nur fünf Mark auch noch spottbillig ist.

Einblick in die Gedanken des schweigenden Defilees vor den nackt behängten Stellwänden geben die Besucherbücher, von denen schon drei gefüllt sind und die zu Kugelschreiber-Dialogen geführt haben. Glaubt einer, den Erfolg der Schau mit dem Gedanken erfaßt zu haben, die Leute seien nur da, „weil, da haben sie was zu gaffen", dann schreibt ein anderer die unbestreitbare Tatsache dazu: „Du warst doch auch da."

Ein anderer, den angesichts der Aktbilder das viele Textil der Zuschauer störte, bekam auf seine Frage „Warum kommen die Leute alle angezogen hierher?" die Antwort „Weil's so kalt ist" und auch noch die Gegenfrage „Warst Du nackt hier?". Diese Frage könnte die 21jährige Münchner Zahnarzthelferin Christine Herrnekker bisher als einzige Besucherin bejahen: Für einen Fotografen ließ sie im überfüllten Haus alle Hüllen fallen und posierte 20 Minuten unter dem Beifall der Zuschauer: „Endlich mal eine echte Nackerte in dem sterilen Laden."

Der Gleichberechtigung zuliebe ließ auch noch der Knipser die Kleidung fallen – und gab der umstehenden Weiblichkeit Gelegenheit, die Wahrheit des Satzes zu überprüfen, der in einem Besucherbuch auf die Kritik einer Besucherin, es seien zuviele Frauen- und zuwenig Männerakte zu sehen, zu lesen ist: „Ganz einfach: nackte Frauen sind ästhetischer als nackte Männer!"

Ein Publikums-Magnet aber können auch sie sein, wie es derzeit die Städtische Galerie in Ingolstadt erfährt, die mit den Männer-Akten der Fotografin Herlinde Koelbl neuen Besucher-Rekorden entgegensieht. „Schauen wir ihn uns an, den Mann", heißt es im Katalog. „Kreisen wir unser Begehren ein, nehmen wir uns, was begehrenswert erscheint. Den Luxus können wir uns leisten." Dem Können scheint sich das Wollen beigesellt zu haben, die Ausstellung mußte bereits zweimal verlängert werden, und eine vom Gesehenen offenbar begeisterte Besucherin schrieb ins dortige Buch: „Endlich mal jede Menge schöner nackter Männer."

In München aber spürt mancher den Unterschied zwischen einem Gourmet und einem Gourmand. Ein, zwei Dutzend Entkleidete, womöglich noch verstreut über den Kiesstrand der Isar, mögen noch konsumierbar sein, bei eineinhalbtausend jedoch bedrängt das Gefühl der Überfütterung den Betrachter: „Das ist keine Ausstellung für den Feinschmecker, sondern für den Vielfraß." Und ein anderer faßt in drei Worte den Mangel des abgelichteten Naturkörpers im Vergleich zu dem vom Künstlerauge verfeinerten Bildnis: „Michelangelo ist besser."

Hermann Oxfort – ein Goliath unter vielen Davids

Auf dem Weg zum Platz „links von der CDU", so Parteichef Walter Rasch, haben die Berliner Liberalen ihre Leit- und Vaterfigur geopfert. Die Mehrheit der neuen FDP-Fraktion versagte Hermann Oxfort eine neue Senats-Kandidatur.

Von H. R. KARUTZ

Dieser Sonntagabend im menschenleeren Rathaus Schöneberg war – acht Tage nach dem FDP-Wahltriumph – die schlimmste Nacht des Hermann Oxfort seit dem 7. Juli 1976: Damals flohen vier Terroristinnen, zum Teil heute noch in Freiheit, aus ihrer Zelle. Der damalige Justizsenator und Bürgermeister im Kabinett von Klaus Schütz (SPD) tat, was seiner Art entspricht: Er zog die Konsequenzen und nahm seinen Hut.

Damals wie an diesem Sonntagabend blieb sich Oxfort selbst treu: Als von der kräftig nach links verschobenen neuen 12köpfigen FDP-Fraktion in geheimer Wahl nur vier Kreuze für Oxfort, aber acht gegen ihn gemalt wurden, ließ er sich nicht auf Debatten ein. Er ging.

Er tat dies, um auch nach außen hin zu signalisieren, daß er einer innerparteilichen Kampagne zum Opfer gefallen war, die seit Monaten auf immer dieselben Argumente hinauslief: Oxfort habe sich politisch „überlebt", sei fürs „Freiburger Programm" und „Liberale Manifest" von Saarbrücken nicht liberal genug – kurzum, ein Fossil auf dem Weg zu einer „neuen Mitte", nicht Windkanal-geschmeidig genug.

Der Mann aus Thüringen, politischer Ziehvater und Förderer eben des Walter Rasch, der den geheimen Stimmzettel-Verschwörern am Ende auch nicht mehr in den Arm fallen mochte, war nicht bereit, auf dem politischen Verschiebe-Bahnhof nach der Wahl noch nach einer Billig-Fahrkarte anzustehen. Als man ihm im Vorfeld der Abstimmung ein anderes Ressort als Justiz anbot, auch noch mit dem zweiten FDP-Bundestagsticket für 1987 winkte, schlug er alle Ersatzlösungen aus.

Oxfort stand am Ende einer Strömung im Wege, die sich seit der unter Schweiß- und Blutvergießen 1983 auch in der Berliner FDP durchgesetzten „Wende" abzeichnete: Die Partei-Rechten, einschließlich vieler Neulinge aus Bau- und Bankbranchen, verstehen sich als „neue Mitte". Sie soll den alten rechten Flügel repräsentieren, ohne den alten Links-Block gänzlich zu verprellen.

Was Hans-Dietrich Genscher, Martin Bangemann und Helmut Haussmann am Rhein versuchen, nämlich die neuen Aufsteiger aus dem Hochschul- und Wirtschaftsleben und die Frauen zu gewinnen, das will diese Gruppierung auch an der Spree versuchen. Dieser kaum definierbaren, weil programmatisch unscharfen „neuen Mitte" sitzt bereits die Gefahr von 1989 im Nacken: die FDP werde wegen der Schwäche der SPD und einer an die Grenzen gestoßenen AL nicht mehr gebraucht.

Die Standortbestimmung von Walter Rasch, die Liberalen stünden „links von der CDU", war wenige Stunden zuvor von Hermann Oxfort eben mit einer eigenen, wohldurchdachten Sicht der Dinge konterkariert worden. Er sah die Liberalen eben „rechts" von einer Union, die in Berlin notgedrungen mehr in linke angestammte SPD-Bereiche driften müsse, um ihren Erfolg auf Dauer zu stabilisieren.

Oxfort paßte mit seiner Gradlinigkeit, seiner Abneigung gegen Kompromißlerei nicht mehr in diese FDP, die sich von der Morgenröte eines jungfräulichen „Neubeginns" bestrahlen läßt. Oxfort – ein liberaler Goliath unter vielen Davids, die nach eigenem Verständnis den CDU-„Elefanten" antreiben, korrigieren und zügeln wollen ...

Oxforts Schicksal war auch deshalb besiegelt, weil selbst sonst vernünftige Rechte in einer Partei mit mehr als 100 000 Wählerstimmen – darunter viele aus dem CDU-Sympathisantenfeld – der Verwirrung der Begriffe zum Opfer fielen. Ein Beispiel dafür:

Ein führender Mann aus der Wählerinitiative „Bürger für Berlin", die



Ein Liberaler: Hermann Oxfort FOTO: STECHE/VISUM

der FDP über den Fünf-Prozent-Oxer half, philosophierte gegenüber einem FDP-Abgeordneten: „Nichts gegen Oxfort als Persönlichkeit und gegen seine Sachkompetenz. Aber was wir brauchen, ist eben so etwas wie einen Otto Schily der Liberalen – wenn Sie verstehen, was ich meine!?"

Hermann Oxfort deutete diese Winke mit den Zaunpfählen schon richtig: „Ich habe geahnt, was da auf mich zukommt." Er und andere wußten, daß auch bei der ehemaligen linken FDP-Mehrheit in Berlin noch viele Rechnungen offen waren: beispielsweise die von Oxforts Nachfolger im Bürgermeisteramt Wolfgang Lüder, der seinen als Folge der Garski-Affäre im Januar 1981 herbeigeführten Sturz durch die damalige FDP-Fraktion nie verwunden hat und in Oxfort den Hauptschuldigen sah und sieht.

Als guter demokratischer Verlierer wird sich Oxfort – als angesehener Anwalt und Notar in der Berliner höheren Society verankert – an Ränkespielen nicht beteiligen. Allerdings wird er auch in einer Fraktion, die mindestens zur Hälfte linksbestimmt ist, seinen Part als alt-liberales Gewissen der Partei und Anwalt Berlins dienen.

Bei Oxfort laufen die großen Linien der Berliner Nachkriegsgeschichte zusammen: die Bewährung bei und nach der Blockade, die Nach-Mauerzeit, die Mitformulierung einer neuen Vertragspolitik, die den Berlinern das Leben erleichterte. Seinem politischen Glaubensartikel „Freiheit als Ordnungsprinzip" wird Hermann Oxfort treu bleiben.

„Suum cuique", lautet sein Lieblingsspruch. Jedem das Seine. Für Oxfort heißt dies Liberalität und nicht Libertinage einer je nach politischer Beliebigkeit handelnden Stromlinien-FDP.

Eine Reise in die gastfreundliche Heimat der Väter

Was empfinden junge Leute, Kinder von Vertriebenen, wenn sie die Heimat ihrer Eltern jenseits von Oder und Neiße besuchen?

Von EBERHARD NITSCHKE

Man kann unbelastet vor einem Hause stehen und denken, was man will, bloß nicht, daß einem das mal gehört hat", sagt der 22jährige Kai Ingo Weule. Er engagiert sich im Vorstand der „Schlesischen Jugend", denn seine Mutter stammt aus Schlesien, sein Vater aus Westdeutschland. Befragt, was ihn denn zu solchen Fahrten veranlaßt, meint er: „Wir reisen dahin, damit man weiß, worüber man spricht. Für uns steht dabei die Menschenrechtsarbeit im Vordergrund. Hier wohnen viele tausend Deutsche, denen Menschenrechte vorenthalten werden."

Die „Schlesische Jugend" und ihr Bundesvorsitzender Hartmut Koschyk sind in der Debatte um das umstrittene Motto zum bevorstehenden Schlesier-Treffen 1985 in Hannover (Erstfassung: „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser") durch ihr von der Vertriebenen-Organisationsspitze abweichendes Votum aufgefallen. Koschyk hatte ein Motto verlangt, „das jedes Mißverständnis ausschließt". Das Leitwort des deutschlandpolitischen Kongresses der „Schlesischen Jugend" zum Treffen in Hannover lautet darum: „40 Jahre Vertreibung, 40 Jahre Teilung Deutschlands."

Was die Nachgeborenen in den Vertriebenen-Familien von manchen Älteren dort unterscheidet, ist möglicherweise die kühle Objektivität der Reise-Eindrücke von „drüben". Weule: „Ich hatte immer gehört: ‚Land der dunklen Wälder'. Daß das eine ungeheure Weite ist, wenn man da reinkommt, wußte ich nicht. Im landwirtschaftlichen Bereich ist das alles intakt, da unterscheiden sich die Bauernhöfe wohl nicht so sehr von denen hier bei uns. Die technische Ausstattung fehlt eben. Kraß ist es nur in den Städten."

Was Weule in Schlesien interessierte, war die Frage, warum sich selbst in Orten, wo die Deutschstämmigen bis zu 90 Prozent der Einwohnerschaft ausmachen, kein „Verband der Deutschen" gründen darf. Und warum, so ein anderer Reise-Eindruck, geht es der in diesen Gebieten lebenden Minderheit der Ukrainer ähnlich, die sich deshalb mit den Deutschen verbunden fühlt?

Diese Frage stellt Jochen Kiefer, 26 Jahre alt, Jurastudent nach einer Laufbahn als Rechtspfleger und aktiv in der „Gemeinschaft junges Ostpreußen". Dort kommt seine Mutter her, Kiefers Vater ist aus dem Westen. Jochen Kiefers erster Eindruck in Ostpreußen: „Eine heile Welt. Ich hatte immer gehört, die fahren da nur auf Schotterstraßen und alles ist kaputt. Die Straßen sind in überraschend gutem Zustand, landschaftlich ist es ganz toll, daß es da noch die alten Allee-Bäume gibt. Polnischer Chauvinismus? Ja, manchmal, aber dann kommt man wieder in ein Dorf, wo auf dem Marktplatz noch das Kriegerdenkmal von 1914–18 steht, mit deutscher Aufschrift."

Jochen Kiefer war auch schon in Schlesien. Typisch für seine Generation ist der Versuch, der Feststellung gewisser äußerer Unterschiede zwischen polnisch und deutsch bewohnten Häusern sofort auch eine Erklärung anzuschließen: „Klar doch, die Deutschen können ja im öffentlichen Leben nichts machen, sie dürfen nicht in die Partei und nicht zum Militär. Sie bleiben eben viel zu Hause und machen viel an Haus und Garten rum."

Außerdem schließt er seiner Beobachtung im Gespräch sogleich die Bitte an: „Das dürfen Sie aber nicht abwertend auslegen", oder später: „Wenn man das so sagt, könnte der Eindruck entstehen, daß wir ein Vorurteil haben. Es ist aber nur so, daß die Polen eben eine andere Mentalität haben." Auf der gleichen Schiene werden von den jungen Leuten mißliche Zustände in einem polnischen Hotel mit dem Hinweis aufs Ideologische von Personen getrennt: „Das ist eben das Problem des Sozialismus, daß sich keiner für so was verantwortlich fühlt."

Tränen. Bücherwünsche, Probleme bei Deutschen, die man traf, aber auch andere Beispiele, wie das von einem deutschen Automechaniker in Ostpreußen, bei dem Jochen Kiefer „enormen Wohlstand" feststellte. Der Mann, sagt er, läßt sich Werkzeug aus der Bundesrepublik Deutschland schicken und bringt Schrottautos wieder auf die Straße. Er gehört zu der Kategorie Deutscher, „die sich mit dem Regime arrangieren, weil die sagen: Sonst gibt's Chaos".

Friederike Beck ist 22 Jahre alt und studiert Slawistik. Sie hat sich auf das Reise-Angebot der Vertriebenen-Jugend hin gemeldet und ist mit in Masuren gewesen, obwohl ihre Eltern keine Vertriebenen sind. Ausdrücklich hat sie auf bequeme Reisemittel verzichtet und ist mit dem Fahrrad unterwegs gewesen. Wichtigste Erkenntnis nach 14 Tagen: „Man hat nicht den Eindruck, in einem kommunistischen Staat zu sein. Keine Parteiparolen, allenfalls Papstbilder und tolle, unberührte Natur."

Man hat sich in der Gruppe, mit der sie unterwegs war, Gedanken darüber gemacht, wie sich die Gegend hl verändert hätte, wenn alles so wie früher geblieben wäre. „Man kann von den jungen Leuten hier nicht erwarten, daß sie wissen, daß hier früher einmal die Deutschen wohnten", meint Friedrike Beck. „Das einzige, was die erfahren, ist, daß die Deutschen im Zweiten Weltkrieg kamen und dann rausgeschmissen wurden. Und in den Museen fehlen die deutschen Jahrhunderte einfach. Da steht dann zum Beispiel, daß der ‚europäische Architekt Schinkel' das eine oder andere Gebäude hier errichtet hat."

Manchmal allerdings, wenn man sich ein altes Haus betrachtet, „da kommen dann die Bewohner raus und fragen, ob man vielleicht früher hier gewohnt hätte. Da ist man dann richtig peinlich berührt."

Jochen Kiefer ergänzt: „Die können ja auch nichts dafür, daß sie da drinsitzen, die sind ja meist aus Ostpolen hierhin umgesiedelt worden." Und sie seien, egal wo man anklopft, „von überschäumender Gastfreundschaft".

Vogel bietet Berliner SPD Bonner Hilfe an

Oppositionsführer verteidigt Apel auf Landesparteitag

PETER PHILIPPS, Bonn

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel, als Berliner Bundestagsabgeordneter zusätzlich prädestiniert, versuchte gestern abend auf dem Landesparteitag die Berliner Genossen nach der vernichtenden Wahlniederlage vom 10. März wieder aufzurichten. Er analysierte, mahnte, streichelte die geschundenen Seelen – vor allem aber versuchte er Perspektiven aufzuzeigen.

Ganz vorsichtig, um bei der durch die Wahlniederlage verstärkten Empfindlichkeit gegenüber Bonner Ratschlägen und „Kinderlandverschikkungen" (Glotz) nicht Kontraproduktives zu fördern, deutete Vogel seine Vorschläge an: Die „Gesamtpartei" sei „bereit, zu helfen".

Immer wieder schränkte er ein: „Wenn Ihr das wollt", bevor er seine Ideen anbot. Dann schlug er eine „gemeinsame Arbeitsgruppe" vor, bot an, die „Berlin-Präsenz" der Spitzengenossen aus dem Bund und anderen Ländern zu „verstärken". Außer seinem eigenen Namen nannte Vogel vor allem Johannes Rau, Hans Koschnick und Oskar Lafontaine, die sich ihm gegenüber bereits für solche Aktivitäten in Berlin bereit erklärt hätten. Außerdem sprach Vogel von „Partnerschaften" zwischen Parteigliederungen in Berlin und dem übrigen Bundesgebiet, die „verstärkt" werden könnten.

Auf jeden Fall, daraus machte der Bonner Oppositionsführer kein Hehl, müsse sich die einst auf den Berliner Senat abonnierte Parteigliederung auf einen längeren Zeitraum fern der Regierungsmacht einrichten, ehe es wieder „bergauf geht". Aber, so versuchte er Mut zu machen, „wir sind keine Eintagsfliege. Wir sind die älteste Partei. Wir sind schon mit anderen Niederlagen fertig geworden".

Nachdem vor ihm bereits der nur noch bis zum Juni amtierende Landesvorsitzende Peter Ulrich und der nach der Niederlage wieder abgereiste Ex-Spitzenkandidat Hans Apel mit ihren schlechten Bilanzen auf der Rednerliste gestanden hatten, verteidigte Vogel vor den Delegierten noch einmal den Bonner Export: Der habe sich „nicht gedrängt, er ist mit klarer Mehrheit nominiert worden". Selbstkritisch räumte er nun ein, daß „wir alle die Hypothek unterschätzt haben, die für Hans Apel der Weggang von Richard von Weizsäcker und mein Übergang vom Abgeordnetenhaus in den Bundestag bedeutet hat". Unbequem erinnerte er zugleich die Berliner Genossen daran, daß der 10. März „nicht die Niederlage einer Person, sondern die Niederlage einer Gemeinschaft" gebracht habe.

Für eine „gründliche Analyse" des Desasters sei es zwar noch zu früh, sagte der Wahl-Berliner, aber es müsse doch „spezifische Gründe geben". Er nannte zwar in diesem Zusammenhang weder den Namen von Hans Apel, noch den seines Wahlkampf-Leiters Klaus Bölling, noch den der Berliner Parteiführer, aber jeder im Palais am Funkturm verstand ihn, als er sagte: „Eine erste Folgerung, die ich daraus ziehe, ist, daß die Bundespolitik als Ursache für die Niederlage ausscheidet. Diepgen hat nicht wegen Kohl, sondern trotz Kohl gewonnen." Genau in die andere Richtung hatte die Apel-Wahlkampfplanung aber gezielt: Über bundespolitische Argumentationen sollte der Erfolg geschafft werden.

In dem Saal, in dem die Partei 1977 nach dem Senatsrücktritt von Klaus Schütz schon einmal – damals mit Dietrich Stobbe – den Neuanfang versucht hatte, wurde Vogel noch deutlicher: Es habe „keine eindeutige Meinungsführerschaft für Berliner Themen" gegeben und „keine überzeugende Antwort auf die Frage, was wir bei unklaren Mehrheitsverhältnissen eigentlich tun würden".

Seine vorsichtigen Zukunftsüberlegungen halfen, daß der im Vorfeld des Parteitages intern geäußerte Ärger ihm gegenüber an diesem Abend nicht allzu laut wurde: Landeschef Peter Ulrich hatte erhebliche Kritik einstecken müssen, weil „man nicht einmal jetzt unter sich diskutieren kann". Nicht gegen Vogel in Person richtete sich der Unmut, sondern gegen die „Optik", daß die Berliner nicht in der Lage seien, allein die eigenen Probleme zu lösen.

„Mehrheit nutzt Chance flexibler Arbeitszeit"

dpa, Köln

Etwa zwei Drittel aller Arbeitnehmer in der Metallindustrie werden nach den Feststellungen des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall vom 1. April an nicht innerhalb starrer Arbeitszeiten arbeiten. Der entsprechende Anteil von Betrieben nutze die Möglichkeiten des Tarifvertrages über die 38,5-Stunden-Woche zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeiten, sagte Friedrich Wilhelm Siebel, Leiter der Tarifabteilung bei Gesamtmetall gestern in Köln vor Journalisten.

Rund 80 Prozent dieser Arbeitnehmer, so schätzt Siebel, werden 38,5 Stunden arbeiten, der Rest dann vorwiegend 40 und 37 Stunden. Eine abschließende Bilanz sei jedoch nicht möglich. Viele Gespräche über die notwendigen Betriebsvereinbarungen seien noch in vollem Gange. Es werde wohl auch Übergangsregelungen geben. In der „weit überwiegenden Mehrzahl" hätten sich bisher Arbeitgeber und Betriebsräte einvernehmlich geeinigt. Ihm seien nur zehn bis 15 – allerdings spektakuläre – Verfahren vor den Einigungsstellen bekannt, sagte Siebel. Alle bisherigen derartigen Verfahren haben nach seinen Angaben flexible Arbeitszeiten zugelassen.

Keine bemerkenswerten Unterschiede gibt es nach den Worten von Siebel bei den neuen Arbeitszeitregelungen zwischen großen und kleinen Betrieben. Die Betriebe verwirklichen nach Siebels Darstellung flexible Arbeitszeiten vor allem in drei Varianten. Sie machen einerseits von der Möglichkeit des Tarifvertrags Gebrauch, die individuelle regelmäßige Wochenarbeitszeit unterschiedlich für Arbeitnehmergruppen zwischen 37 und 40 Stunden festzusetzen. In anderen Fällen nutzen sie den Tarifvertrag, um die Arbeitszeit ungleichmäßig zu verteilen, um das Arbeitsvolumen an den schwankenden Arbeitsanfall anzupassen oder einen „verbesserten" Schichtplan zu erreichen. Schließlich behalten andere Betriebe ihre Betriebszeit unverändert bei und vereinbaren freie Tage, die oft zu zusammenhängender Freizeit für die Arbeitnehmer führen.

Zwielichtige Geschäfte in NRW mit landeseigenen Wohnungen

Der Bauskandal, der Justizminister Haak zum Rücktritt zwang, weitet sich aus

WILM HERLYN, Düsseldorf

„Dies alles ist geschehen, bevor ich als aufsichtsführender Minister für die landeseigene Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) zuständig war", sagt der nordrhein-westfälische Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD). Mit „dies alles" beschreibt er einen Tatbestand, den die Staatsanwaltschaft für Schwerpunktkriminalität in Bochum schlicht „Vorteilsnahme und Beihilfe zum fortgesetzten Betrug" nennt.

Die Akteure in dem undurchsichtigen Geflecht, bei dem es um den Ankauf und Verkauf von Wohnungen in Millionenhöhe geht, sind zum Teil so zwielichtig wie ihre Geschäfte selbst. Inhaftiert sind der Unnaer Architekt Heinrich Theissen, ein Sachbearbeiter bei der WFA und der Hagener Rechtsanwalt und Notar Friedrich Grawert. Zumindest Grawert ist kein Unbekannter, denn über den Hagener Bauskandal stürzte im Januar der Justizminister Dieter Haak, den mit dem Rechtsanwalt eine Bürogemeinschaft verband. Alle drei beteuern ihre Unschuld.



Städtebauminister Christian Zöpel
FOTO: J. PEPERHÖWE

Anfang 1979 hatte – so die Staatsanwälte – der Sachbearbeiter bei der WFA dem Architekten Theissen den heißen Tip gegeben – angeblich sogar in Schreiben mit WFA-Briefkopf. Die internen Informationen handelten von Objekten, die die WFA veräußern wollte. So ausgestattet trat Theissen am 10. April 1979 an die WFA heran und ließ sich für 105 Wohnungseinheiten in Monheim bei Düsseldorf ein Angebot machen, das der Notar Grawert dann beurkundete. Wenig später teilte Grawert der WFA mit, die Bonner Firma Interbau habe bereits einem Kaufvertrag über die landeseigenen Wohnungen zugestimmt.

Bei der Bonitätsprüfung der Interbau durch die WFA erklärte die Bonner Firma, sie habe aus größeren Grundstücksverkäufen „Anlagebedarf unter Ausnutzung der Vergünstigungen nach Paragraph 6b des EStG". So begannen die für alle Seiten gedeihlichen Geschäfte, die sich von 1979 und 1981 – wie jetzt festgestellt wurde – in Höhe von 71 Millionen Mark bewegten. Als Vermittler trat Theissen auf. Der ungetreue WFA-Sachbearbeiter soll, so ermittelt die Staatsanwaltschaft, dem Architekten dabei schriftlich ein um zehn Millionen Mark überhöhtes Angebot gemacht haben, nach dem sich dann die Provision für Theissen errechnete.

Zöpel erklärte dazu, er habe erst durch die staatsanwaltschaftlichen Erforschungen Kenntnis davon erhalten, daß es zwischen der Interbau und Theissen eine Vereinbarung gegeben habe, nach der sich die Höhe der von der Interbau zu zahlenden Provision nach der Höhe des WFA-Angebots richte. Er sagte: „Davon wußte bei der WFA weder ein Beamter noch ein Sachbearbeiter. Allein die Tatsache einer solchen Abmachung ist für mich unvorstellbar." Die Summe, die Theissen von der Interbau durch das hochgeschwindelte Angebot zuviel erhalten habe, betrage nach Zöpels Rechnung mehr als zwei Millionen Mark.

Der WFA-Angestellte soll sich für die schriftlichen Verkaufsangebote an den Architekten die notwendige zweite Unterschrift von einem offenbar ahnungslosen anderen Kollegen „besorgt" haben. Für seine Dienste soll er, nach Angaben der Staatsanwaltschaft „wirtschaftliche Vorteile" erhalten haben. Unklar scheint aber auch zu sein, warum Zöpel die Gesellschaft für Wirtschaftsprüfer „Deutsche Baurevision" nach dem Aufkommen der ersten Gerüchte über Schwindeleien beauftragte, den Sachverhalt zu prüfen. Denn die „Baurevision" prüft ohnehin schon seit Jahren die WFA und bescheinigte ihr regelmäßig ein solides Geschäftsgebahren.

Bei der Vorstellung des Prüfungsergebnisses betonten Zöpel und der Vorsitzende der WFA, Eberhard Ulrich (CDU), uni sono, alle Verkäufe von Mietobjekten seien „nach kaufmännischen Gesichtspunkten" erfolgt und „wirtschaftlich nicht in Frage zu stellen". Provisionen seien nicht an Dritte gezahlt.

Nach Informationen der WELT allerdings steht in dem Prüfbericht der „Baurevision", daß Provisionszahlungen zumindest „in Ausnahmefällen bei kleineren, schwierig zu verwertenden Objekten geleistet worden" seien. An anderer Stelle heißt es, „ob die Konditionen der Kaufverträge den damaligen Marktverhältnissen entsprachen, läßt sich nicht eindeutig beurteilen".

Auch dieser Dissens zwischen der Aussage Zöpels und dem Prüfbericht veranlaßt nun die CDU, eine parlamentarische Behandlung des Skandals zu erwägen. Bernhard Worms, der Oppositionschef, zweifelt daran, daß die Informationspolitik Zöpels „vollständig" sei. Außerdem müsse ein „neutrales Institut" die WFA prüfen. Immerhin war der „Baurevision" weder bei der Jahresprüfung noch bei der Sonderprüfung die überhöhten Kaufpreisangebote aufgefallen.

Lafontaine hat nur eine Stimme mehr

dpa, Saarbrücken

Die SPD wird im Saarland nur mit einer Mehrheit von einem Abgeordneten im Landtag regieren können. Der Landeswahlausschuß korrigierte mit Stimmenmehrheit die vorläufige Sitzverteilung nach der Landtagswahl vom 10. März, die für die SPD noch eine Mehrheit von drei Sitzen vorsah. Nach der neuen Berechnung wird die SPD 26 der 51 Mandate erhalten. Auf die CDU entfallen 20 Sitze, einer mehr als zu Anfang ausgerechnet. Die FDP ist mit fünf Abgeordneten im Landtag vertreten.

Lambsdorff lehnt Aussage ab

dpa, Mainz

Der frühere Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat sein Erscheinen als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß „Parteispenden" des Rheinland-Pfälzischen Landtags zum zweitenmal abgesagt. Über einen Anwalt berief sich der FDP-Politiker auf sein Aussageverweigerungsrecht.

Der auf Antrag der SPD-Opposition eingesetzte Ausschuß soll Vorwürfe untersuchen, nach denen das Bundesland in den 60er und 70er Jahren eine „Steuer-Oase" für verdeckte Parteispenden gewesen sei.

Zentralrat der Juden warnt vor „Gezänk"

DW. Berlin

Der Verwaltungsrat des Zentralrats der Juden in Deutschland hat die Absicht der Fraktionen des Deutschen Bundestages begrüßt, „die Auseinandersetzung über eine strafrechtliche Behandlung zur Bekämpfung der Leugnung schwerer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen nicht zu einem parteipolitischen Gezänk werden zu lassen". In einer Stellungnahme zur sogenannten „Auschwitzlüge" begrüßte der Vorsitzende Werner Nachmann, daß die jetzige Vorlage einer gesetzlichen Regelung noch mit dem Zentralrat besprochen werden solle und eine zügige Behandlung sowie Verabschiedung mit einer überzeugenden Mehrheit im Parlament in Aussicht stehe.

Ben-Ari sieht gestiegenes Vertrauen

AP, Köln

Als „ausgezeichnet" hat der israelische Botschafter in Bonn, Ben-Ari, die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet, gleichzeitig aber die Auffassung vertreten, daß das Verhältnis „noch lange" durch die NS-Vergangenheit belastet sein werde. Aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 20 Jahren sagte Ben-Ari, „unser Verhältnis ist von einem wachsenden Vertrauen zueinander geprägt". Es gebe heute nur noch sehr wenige Menschen sowohl in Israel als auch in Deutschland, die an der Richtigkeit und Weisheit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor zwei Jahrzehnten zweifelten. Der „moralische und historische Hintergrund" dafür werde aber noch lange bestehen bleiben.

FDP: SPD ist ein „rot-grünes Bündnis"

hey. Bonn

Mit Blick auf die zukünftige saarländische Regierung unter Führung Oskar Lafontaines hat das FDP-Präsidium betont, die SPD sei mittlerweile zu einem „rot-grünen Bündnis in sich selbst" geworden. Unter Hinweis auf die anstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai meinte das Präsidium, selbst wenn die SPD nicht mit den Grünen zusammenginge, werde sie zu einer Korrektur ihrer Politik nicht in der Lage sein. An Rhein und Ruhr habe sie in den fünf Jahren ihrer Alleinherrschaft „die Zeit verschlafen" und Zukunftsinvestitionen „in den Süden abwandern lassen".

„Republikaner" wollen Gruppenstatus

AP, Bremen

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen innerhalb der CDU Bremerhavens haben der kürzlich aus der Partei ausgeschlossene Bürgerschafts-Abgeordnete Thorolf Oeing und der am Wochenende aus der CDU ausgetretene CDU-Landtagsabgeordnete Rudolf Polley den Parlamentspräsidenten Dieter Klink gebeten, sie als parlamentarische Gruppe unter der Bezeichnung „Die Republikaner" anzuerkennen. Hierzu bedarf es eines Beschlusses der Bremer Bürgerschaft. Sie kündigten an, in Kürze einen Landesverband zu gründen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Vogel widerstand dem Druck der Mosel-Winzer

Von JOACHIM NEANDER

Wenn der rheinland-pfälzische Regierungschef Bernhard Vogel (CDU) früher neue Minister oder Staatssekretäre in sein Kabinett berief, kamen regelmäßig Gerüchte auf, wer oder welche Parteigruppierung ihm wohl die eine oder andere Personalentscheidung abgerungen und am Brei mitgerührt habe. Die jüngste Kabinettsumbildung hat solche etwas hämischen Spekulationen erst gar nicht aufkommen lassen. Diesmal hat der Chef selbst und allein gekocht.

In der CDU mischen sich Respekt, Verblüffung und – in Teilbereichen – leichte Besorgnis. Die Opposition hat es – sieht man von der weithin unbekannten neuen Sozial- und Familienministerin Ursula Hansen aus Prüm in der Eifel ab – sichtlich nicht leicht, offenkundig berechtigte Kritik anzumelden. Mit Wirtschaftsminister

Landesbericht Rheinland-Pfalz

Holkenbrink und Landwirtschaftsminister Meyer scheiden Mitte Mai die letzten beiden Minister aus der Ära Helmut Kohl aus. Ihre Nachfolger, der bisherige Sozial- und Umweltminister Rudi Geil bzw. der pfälzische Winzer Dieter Ziegler aus Maikammer und auch der neue Umweltminister Professor Klaus Töpfer, genießen Ansehen auch außerhalb ihrer Partei.

Die Berufung Zieglers – und nicht des Trierer Bundestagsabgeordneten und Moselwein-Präsidenten Günter Schatz – zum neuen, für den Weinbau zuständigen Ressortchef stößt außerhalb der Mosel auf Hochachtung. Vogel, so heißt es, habe damit dem offen auf ihn ausgeübten Druck aus der Moselregion widerstanden.

Daß Schartz nicht Minister geworden ist, hängt weniger mit seiner Person oder seinem unbestrittenen politischen Geschick zusammen als vielmehr mit seinem sehr einseitig auf seine Heimatregion ausgerichteten Interessen-Engagement als Verbandsfunktionär. Um glaubwürdig Weinbaupolitik für das ganze Bundesland Rheinland-Pfalz machen zu können, hätte er von wesentlichen Forderungen abrücken müssen, die er als Präsident der Mosel bisher bis hin zu radikalen Tönen mitvertreten oder zumindest gutgeheißen hat.

Ziegler, früher Mitglied der CDU-Landtagsfraktion, später Bürgermeister seines Heimatorts, wird jetzt natürlich von der Mosel her ein ziemlich eisiger Wind ins Gesicht wehen. Daß er in der eigenen Fraktion für seine Berufung zum Minister intern nur 40 von 57 Stimmen bekam, spiegelt dies schon wider. Da spielt auch die Sorge mit, bis zur nächsten Landtagswahl 1987 könnte an der Mosel eine regelrechte Anti-CDU-Stimmung wachsen, die Vogel am Ende entscheidende Wählerstimmen kostet.

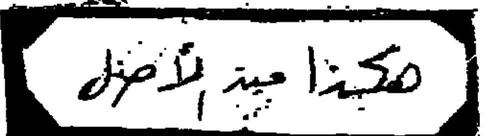
Kenner des Landes trösten sich freilich. Der Zorn gegen die Landeshauptstadt Mainz und die CDU führt an der Mosel allenfalls zum Abwandern zur FDP oder zur Wahlenthaltung. Die SPD hat dort einen Acker ungefähr wie in Niederbayern.

Ziegler selbst ist ein Mann des Ausgleichs. Als Vizepräsident des pfälzischen Weinbauverbandes hat er schon vor Jahren Goodwill-Fahrten pfälzischer Weinbauern an die Mosel organisiert, damit man gegenseitig seine Probleme kennenlerne und Verständnis füreinander wecke. Viel genützt scheint es nicht zu haben. Erinnerungen sogar an Gewaltakte an der Mosel werden jetzt wieder wach, zumal die Situation der Winzer dort wieder kritisch und ohne schmerzhafte Maßnahmen kaum zu verbessern ist. Aber auch dafür scheint der neue Mann gerüstet. Er ist groß und kräftig. Ihn die Treppe herunterzustürzen (wie in den 60er Jahren einmal einen Verbandspräsidenten in Cröv, wo sie den berühmten „Cröver Nacktarsch" anbauen), dürfte nicht so leicht sein.

So zielstrebig und schlüssig Bernhard Vogel dieses Revirement auch geplant und durchgesetzt haben mag – an eins scheint er noch nicht gedacht zu haben: daß er in zwei Jahren auf die FDP angewiesen sein könnte. Denn deren Landesvorsitzender Rainer Brüderle würde im Falle einer Koalition zweifellos das Wirtschaftsressort ansteuern, aus dem dann der eben erst eingewechselte Rudi Geil (CDU) erneut weichen müßte.

Die Freien Demokraten zögern denn auch nicht, ihren überraschenden Wahlerfolg in Berlin, im Saarland und teilweise in Hessen nun auch in Rheinland-Pfalz in gesteigertes Selbstbewußtsein umzusetzen. Sie üben offene Kritik nicht nur an der „politisch unerfahrenen" neuen Sozial- und Familienministerin. Darüber hinaus versuchen sie offenbar auch, die CDU mit der Nase auf ein Problem zu stoßen, das die Regierungspartei selber offenbar nicht mehr so recht ernst zu nehmen scheint – den Konfessionsproporz.

In der Tat haben sich im Kabinett Vogel die Gewichte allmählich stark verschoben. Sieben Katholiken stehen inzwischen nur noch zwei Protestanten gegenüber: Kultusminister Georg Gölter und der neue Bundesratsminister Albrecht Martin. Zudem ist mit Ministerin Ursula Hansen, der Vizepräsidentin des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, eine höchst prominente Vertreterin eines entschiedenen Katholizismus hinzugekommen. – Noch hat Vogel eine Chance, dieses Ungleichgewicht zu mildern: In den nächsten Wochen wird die Staatssekretärs-Riege hinter den Ministern neu geordnet.



Brasilien mit neuem „Sparkommissar“

DW. Rio de Janeiro

In Brasiliens „Neuer Republik“, die Präsident Tancredo Neves am Sonntag zur Sparsamkeit aufgerufen hat, fällt dem 50jährigen Finanzminister Francisco Dornelles eine Schlüsselrolle zu. Der bisherige Chef der brasilianischen Steuerbehörden und Neffe des Staatspräsidenten ist der künftige Gesprächspartner der Gläubiger des mit mehr als 100 Milliarden Dollar weltweit höchstverschuldeten Landes und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Dornelles erhält Machtbefugnisse, wie sie in der letzten Militärregierung von General Joao Figueiredo der Planungsminister Antonio Delfim Netto ausgeübt hatte. Neves hat die Drosselung der dreistelligen Inflationsrate – knapp 224 Prozent im vergangenen Jahr – zum vorrangigen Ziel der Regierung erklärt und die Preiskontrolle, für die bisher das Planungsministerium zuständig war, dem Finanzminister übertragen.

Die Hauptrolle im Kabinett bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms und der Sanierung der Staatsfinanzen fällt Dornelles zu. Bevor Neves dessen Ernennung zum Finanzminister bestätigte, hatte er Widerstand beim linken Flügel der Parteienkoalition zu überwinden, die dem Präsidenten zum Sieg verholfen hatte, denn der Minister gilt Brasiliens Linken als „Symbol für die Kontinuität“ mit dem vorausgegangenen Militärregime. „Ich bin nicht als Kandidat der Illusionen gewählt worden“, betonte Neves in einer Botschaft, die Vize-Präsident José Sarney anstelle des erkrankten Staatschefs vor dem Kabinett verlas.

In den Jahren zwischen 1961 und 1962 war Dornelles der Privatsekretär Neves' in den neun Monaten seiner Amtszeit als Regierungschef von Staatspräsident Joao Goulart gewesen. Nach einem Jura-Studium hatte er sich als Experte für Finanzfragen mit Diplomen in Harvard und an der französischen Universität Nancy ausgebildet. Neves bezeichnete seinen Neffen jüngst als „äußerst kompetent und loyal“, um Kritikern seiner Wahl entgegenzutreten. Der bisherige Finanzminister Mario Henrique Simonsen, der Dornelles die Leitung der Steuerbehörden übertragen hatte, nannte ihn eine „Maschine der Kompetenz und Effizienz“.

Kantonalswahlen: Neue Überlegungen in Paris

Stimmendisziplin in beiden Lagern / Giscard enttäuscht

A. GRAF KAGENECK, Paris

Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs der französischen Kantonswahlen hat das gute Abschneiden der bürgerlichen Opposition vom ersten Wahlgang am 10. März bestätigt. In der Stichwahl votierten am Sonntag knapp 51 Prozent (gegen 57 Prozent im ersten Wahlgang) für die Kandidaten der vier Rechtsparteien einschließlich der Nationlen Front Jean Marie Le Pens. Die beiden Linksparteien konnten zwar 1,5 Prozent im Vergleich zum ersten Wahlgang zulegen. Aber der Sieg des bürgerlichen Lagers steht außer Zweifel, betrachtet man die Neuverteilung der Vorsitze in den 95 Generalräten des kontinentalen Frankreich. 69 von ihnen werden jetzt von der Opposition inne gehalten gegenüber 58 vor den Wahlen. Das „tiefe“ Frankreich, so genannt weil man darunter die Lokalparlamente in den Departements versteht, wird also mehrheitlich heute von der Rechten regiert, während die politische Macht an der Spitze – noch – in Händen der Linken bleibt.

Unter den elf Departements, die der Linken verloren gingen, befinden sich ausgesprochene Hochburgen wie die Gironde, wo Jacques Chaban-Delmas' Parteifreund Vallade seinen sozialistischen Gegner schlagen konnte, die obere Provence, die seit 1945 von den Sozialisten regiert wurde, die Oise im Norden von Paris und der Var am Mittelmeer; beide Departements seit Jahrzehnten links, oder die Isère zwischen Alpen und Grenoble, wo der dritte Mann im Staate, Parlamentspräsident Louis Mermaz seinen Generalratsvorsitz an einen Giscardisten abgeben mußte.

Die Linke schaffte es, sich in sieben Departements zu behaupten, in denen ihre Ausgangsposition vor der Stichwahl nahezu verzweifelt war. Auch kann sie sich glücklich schätzen alle Mitglieder des Kabinetts gewählt zu sehen, die sich um einen Sitz im heimatlichen Generalrat beworben hatten. Dagegen hatten 22 ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung das Nachsehen.

Auf der Gegenseite gab es eine herbe Enttäuschung für den ehemaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing, der im ersten Wahlgang direkt gewählt worden war. Sein Heimatdepartement Puy de Dôme blieb sozialistisch, was seine Hoffnungen, sich als Vorsitzender des Generalrats noch mehr profilieren zu können, zunichte macht.

Der Stimmentransfer klappte in beiden Lagern nahezu vollkommen. Bei der Linken waren kommunistische Wähler gefügsamer als ihre sozialistischen Gesinnungsgenossen, wenn sie für einen Mann der anderen Partei stimmen mußten, was von KP-Chef Marchais nicht ohne Vorwurf für die weniger diszipliniert stimmenden Sozialisten hervorgehoben wurde. Jedenfalls zeigte sich, daß die Linkswähler aus dem Bruch der Linksunion im vergangenen Sommer und den äußerst polemischen Ausfällen der KPF gegen die Regierung Fabius keine Konsequenzen für ihr Wahlverhalten gezogen haben. Dies wurde von der früheren Europa-Präsidentin Simone Veil mit Recht als ein Zeichen dafür kritisiert, daß die Sozialisten trotz aller „sozialdemokratischen“ Bekenntnisse nach wie vor treue Anhänger der Koalition mit den Kommunisten sind.

Bei den bürgerlichen Parteien bewirkte die eisern aufrecht erhaltene Union zwischen Giscardisten und Gaullisten gegenüber der Nationalen Front, daß deren Chef Jean Marie Le Pen nur einen einzigen Kandidaten – in Marseille gegen einen Gaullisten – durchbekommen konnte. Die meisten Le Pen-Wähler übertrugen ihre Stimmen diszipliniert im zweiten Wahlgang auf die „parlamentarische“ Opposition.

Die gute Stimmendisziplin des vor allem linken Wählercorps wird Präsident Mitterrand nun vor neue Zweifel in der Frage stellen, ob er zur Rettung seines Regimes bei den Parlamentswahlen des kommenden Jahres das Verhältniswahlrecht anwenden oder es beim bisherigen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen belassen soll. Konnte er bisher annehmen, daß der Bruch der Koalition mit den Kommunisten der gesamten Linken schwere Stimmeneinbußen bringen könnten die nur noch durch eine Dosis Verhältniswahl wiedergutgemacht werden können, so zeigt das Ergebnis der Kantonswahlen, daß die Linkswähler „unitärer“ sind als die Parteivorstände. Das Resultat der neuen Überlegungen soll Premier Fabius diese Woche bekanntgeben.

Stürzt die Regierung in Belgien?

Martens knüpft Nachrüstungsentscheid an Vertrauensvotum / Gegner in eigenen Reihen

HELMUT HETZEL, Brüssel

Das Schicksal der belgischen Mitte-Rechts-Regierung unter Premierminister Martens hängt an einem seidenen Faden. Nur wenige Tage nachdem der Premier am vergangenen Freitag die Entscheidung seines Kabinetts, die 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen vom Typ „Cruise Missile“ wie im NATO-Nachrüstungsbeschluß vorgesehen auf dem Militärstützpunkt im wallonischen Florennes aufzustellen, bekanntgegeben hatte, ist Martens unter schweren innenpolitischen Druck geraten. Die Situation kann durchaus in eine Regierungskrise führen und mit dem Sturz des christdemokratischen Premiers enden. Die Frage ist: Wird Martens bei der für heute angesetzten Vertrauensfrage im Parlament die nötige Mehrheit bekommen oder von seinen eigenen Parteifreunden aus der Sozialchristlichen Partei (CVP) im Stich gelassen?

Auf vollen Touren

Den neuerlichen Auftakt der Auseinandersetzungen um die inzwischen bereits auf vollen Touren laufende Stationierung bildete am Sonntag ein Protestmarsch von mehreren zehntausend Menschen durch die historische Brüsseler Innenstadt. Auffallend dabei war nicht nur der hohe Anteil der Flamen unter den Demonstranten, sondern auch die Teilnahme von zahlreichen und einflußreichen Christdemokraten.

Die Protestkundgebung und die Demonstranten aus der eigenen Partei dürften Martens in diesem kritischen Moment weniger zu schaffen machen, als die am Samstag bereits bekannt gewordene Tatsache, daß nur wenige Stunden, nachdem der Regierungschef die Öffentlichkeit persönlich über den Stationierungsbeschluß informiert hatte, bereits die ersten amerikanischen Großraumtransporter in Florennes landeten und die Bauteile der „Cruise Missiles“ ausgeladen wurden. Diese Tatsache, die impliziert, daß Martens zuerst Washington und nicht, wie er angekündigt hatte, das Parlament von seiner Entscheidung in Kenntnis setzte, könnte dem belgischen Premier heute, wenn er im Parlament die Vertrauensfrage stellt, den Kopf kosten. Denn dieser Vorgang, von manchen als taktisch ungeschickt beurteilt, hat selbst Martens-Anhänger inzwischen gegen ihn aufgebracht.

Martens Vier-Parteien-Koalition hat eine Mehrheit von sechs Stimmen im Parlament. Während die Koalitionspartner treu zum Regierungsbeschluß halten, steht nicht fest, wieviele Christdemokraten bereit sind, den Sturz ihres Premiers und Parteifreundes wegen der Nachrüstung zu wagen. Sind es zwei oder fünf? Das Zahlenpoker hatte in Brüssel gestern Hochkonjunktur. Sicher scheint zu sein, daß der Antwerpener Abgeordnete Boudewijn mit „Nein“ gegen Martens stimmen wird. Gleiches gilt für den Limburger Dhoore. Offen aber ist noch, wie sich der entscheidende Mann, CVP-Fraktionschef Luc van den Brande, heute verhalten wird. Aus der Tatsache, daß sich der Fraktionsvorsitzende gestern während der Haushaltsdebatte überzeugend für seine Partei schlug, schließen politische Beobachter, daß die Parteiraison überwiegt und seine Zweifel einem „Ja“ gewichen sind.

Mindestens fünf

Dennoch: In Kreisen der flämischen Christdemokraten wird die Zahl von mindestens fünf Abweichlern gehandelt, eine Zahl, die Martens und sein Kabinett gerade noch verkraften könnten. Sollten allerdings noch zwei „Neinsager“ hinzukommen, risse der seidene Faden, an dem das Schicksal der Regierung hängt. Es liegt Krisenstimmung über Brüssel. Sie breitet sich wie ein bleierner Schleier aus und wird wohl erst wieder verflogen sein, wenn alle Stimmzettel ausgezählt sind und Martens vor der Frage steht, abzutreten oder aber mit einem erleichterten Seufzer durchatmen und weiterregieren kann.

Rückkehrer in die „DDR“ stoßen auf Ablehnung

epd, Berlin

Den rückkehrwilligen ehemaligen „DDR“-Bewohnern schlage eine „Stimmung der Ablehnung“ entgegen. Diese Ansicht äußerte der Chefredakteur der in Weimar erscheinenden evangelischen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“, Gottfried Müller, zu der von der „DDR“ entfachten Diskussion über den Wunsch ehemaliger Bewohner der „DDR“ nach Rückkehr in ihre Heimat. Die Ausreise-Anträge entsprängen jedoch „nur im Ausnahmefall einem sorgfältigen Abwägen zwischen sozialistischem und kapitalistischem System“. In der Regel gebe vielmehr die Frage den Ausschlag, „wie sich das Verhältnis zu den Mitmenschen konkret darstellt“.

Müller hebt weiter hervor, daß von den „DDR“-Kirchen „dringend“ dazu aufgerufen werde, „die Heimat nicht zu verlassen“. Daraus erwachse für die Kirchen aber die Pflicht, für die Lösung menschlicher Probleme, die mit der Existenz von Systemgrenzen in Europa zusammenhingen, einzutreten und Reisemöglichkeiten zu fordern.

Frühwarnsystem gegen Hungersnot

AP, Rom

Der Generalsekretär der UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), Edouard Saouma, hat die Bauern in den Entwicklungsländern zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion aufgerufen. Die Landwirtschaft liege überwiegend in den Händen der Kleinbauern. „Angemessene Nahrungsmittelversorgung und damit politische Stabilität sind nur zu erreichen, wenn wir den ärmsten Erzeugern helfen, wirksam Zugang zu den Produktionsfaktoren und einen gerechten Anteil an ihrem Ertrag zu erhalten.“ Saouma sprach sich dafür aus, das weltweite Informationssystem der FAO zur Früherkennung von Hungerkatastrophen auszubauen.

Jüdischer Appell an Gorbatschow

lav./rtr, Jerusalem

Sowjetische Juden in Israel haben gestern an den neuen sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow appelliert, ausreisewilligen Juden das Verlassen der UdSSR zu gestatten. Zugleich äußerte sich der früher in der Sowjetunion inhaftierte Vorsitzende des „Informationszentrums der Sowjetischen Juden“, Josef Mendelevitch, kritisch über den westlichen Optimismus im Zusammenhang mit dem neuen Kreml-Chef. Unter dem Deckmantel der „– leider grundlosen – optimistischen Erwartungen“ setze das KGB seine Unterdrückungskampagne gegen die Juden fort, die auswandern wollen, sagte Mendelevitch, der Gorbatschow als einen „Parteibürokraten“ einschätzt.

Keine Gespräche China–Vietnam?

AFP, Peking

Sowohl Peking als auch Hanoi haben Meldungen angeblicher Geheimverhandlungen über Grenzkonflikte dementiert. Vietnamesische Diplomaten in Peking bezeichneten derartige Gespräche als „ausgeschlossen“. Das chinesische Außenministerium nannte die Meldungen über Geheimgespräche „reine Gerüchte“.

Eine Hongkonger Zeitung hatte unter Berufung auf gut informierte Quellen am Samstag berichtet, Vietnam habe China den Vorschlag zu Gesprächen gemacht. Diese Initiative würde von China aufmerksam geprüft. Westliche Diplomaten in Peking schlossen die Möglichkeit von geheimen Gesprächen trotz der Dementis nicht aus.

Der Phantasie sind beim Thema Bildschirmtext, kurz Btx genannt, keine Grenzen gesetzt. Hier harmoniert das so ungleiche Zwillingspaar – Telefon und Bildschirm sind gemeint – recht gut miteinander. Doch Btx erreicht bis heute nur wenige Interessenten: Elektronische Spielerei nennen es die einen, Vielzweckinstrument mit einer großen Zahl Anwendungs- und Nutzungsmöglichkeiten die anderen. Kaum jemand indes weiß so recht, was das Medium Bildschirmtext alles kann; die Informationslücken sind groß.

Nur ein reichhaltigeres Angebot kann dem Bildschirmtext zum Durchbruch verhelfen

Von ADALBERT ROHLOFF

Gemessen an den ursprünglich sehr optimistischen Prognosen über die bevorstehende Entwicklung von Bildschirmtext ist die tatsächliche Situation äußerst unbefriedigend. Die Post hatte zunächst bereits für das Jahr 1984 mit 150 000 Teilnehmern gerechnet und im Jahre 1986 mit rund 1 Million. Tatsächlich gibt es gegenwärtig nur rund 25 000 Bildschirmtext-Anschlüsse, aber immerhin 3500 Anbieter und 75 externe Rechner sowie 560 000 Bildschirmtext-Seiten im System.

Ist Bildschirmtext nun ein Flop? – Davon kann im Ernst nicht die Rede sein. Nicht das System hat versagt, die Prognostiker waren zu optimistisch. Es gibt plausible Gründe dafür, warum die tatsächliche Entwicklung um rund zwei Jahre hinter den Prognosen zurückbleibt. Es gibt aber auch viele gute Gründe, warum Bildschirmtext sich langfristig nicht nur im gewerblichen, sondern auch im privaten Bereich in sehr großem Umfang durchsetzen wird.

Man sollte deshalb das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Bildschirmtext kommt, aber viel langsamer als erwartet, gewissermaßen als eine Art Spätzünder. Der Hauptfehler fast aller Prognosen liegt darin, daß die relativ langsame Durchsetzungsgeschwindigkeit komplizierter neuer Techniken verkannt wurde. Diese Techniken haben bisher meist viele Jahre gebraucht, ehe sie sich in größerem Umfang durchgesetzt haben. Das galt ursprünglich einmal beim efon, später beim Fernsehen und dann bei Telefax und Teletex. Während es sich dabei um relativ einfache Techniken mit einem klar zu bestimmenden Nutzen für die Teilnehmer handelt, ist Btx ein viel komplizierteres Gesamtsystem mit einem nicht so eindeutig bestimmbaren Nutzen.

Der Vorteil von Bildschirmtext liegt vielmehr gerade darin, daß über die gleiche Infrastruktur ganz unterschiedliche Nutzungen möglich sind. Bildschirmtext ist gewissermaßen ein Vielzweckinstrument, das vielen etwas und jedem das Seine bietet.

Die Post hat ganz erhebliche technische Vorleistungen und Investitionen erbracht, um die Bildschirmtext-Technik funktionsfähig und flächendeckend verfügbar zu machen, und zwar zwei Jahre früher als ursprünglich geplant. Sie hat aber versäumt, das vielschichtige Produkt Btx gleichzeitig richtig zu vermarkten.

Für den zeitlichen Verzug sind zunächst die Schwierigkeiten mit der Umstellung auf den neuen Standard und die Ausstattung der Zentrale verantwortlich. Das neue IBM-System, das inzwischen insgesamt sehr gut funktioniert, kam wegen seiner Kompliziertheit viel später als geplant. Gleichzeitig wurde die Norm auf einen ausdrucksstärkeren, aber auch erheblich komplizierteren Standard umgestellt.

Der Hauptgrund für die nur sehr schleppende Verbreitung von Bildschirmtext liegt aber zweifellos in der Endgeräte-Problematik. Es gab zunächst nur ganz wenige und viel zu teure Endgeräte mit dem neuen Decoder. Die Endgeräteindustrie hat sehr lange auf den preiswerten Eurom-Decoder gewartet, noch immer gibt es zu wenige Endgeräte, und die sind – vor allem für private Nutzer – viel zu teuer. Die Situation könnte sich zwar im Herbst dieses Jahres vom Endgeräte-Angebot her bessern, einen wirklichen Durchbruch im privaten Bereich kann Bildschirmtext jedoch erst erzielen, wenn nicht nur Geräte überhaupt, sondern sehr preiswerte Geräte, in großem Umfang verfügbar sind.

Schon heute werden im wirtschaftlichen Bereich immer mehr interessante und zukunftsträchtige Anwendungen von Bildschirmtext eingeführt. Es zeigte sich bei der Tourismusbörse in Berlin, daß Bildschirmtext im Fremdenverkehrsgewerbe immer größere Bedeutung gewinnt, und zwar auch in Kombination mit der Bildplatte und im Rechnerverbund als Informations- und Reservierungssystem gerade für kleinere und mittlere Reisebüros.

Besondere Chancen bietet Bildschirmtext vor allem mittelständischen Gewerbetreibenden und Selbständigen, z. B. in Kombination mit einem Personalcomputer, denn Bildschirmtext ist für diese Gruppen ein sehr preiswertes Informationssystem sowie Datenfernverarbeitungs-Instrument und zwar zum Nahtarif.

Der private Bereich wird sich sicherlich langsamer als der gewerbliche Sektor entwickeln und erst später größere Bedeutung gewinnen. Aber auch die ersten gewerblichen Nutzer sind in vielen Fällen gleichzeitig private Mitnutzer des Systems. Sie rufen bei Bedarf aktuelle Informationen ab, und zwar nicht nur Fachinformationen. Dies ist bei entsprechenden Angeboten eine Chance für Datenbanken und Verlage. Aber auch Home-Banking sowie Bestellungen beim Versandhandel und Reservierungen bei Fluggesellschaften sowie Reisebüros gehören zu ihrer sowohl kommerziellen als auch privaten Anwendungspalette.

Die Anbieter sind schlecht beraten, wenn sie ihr Bildschirmtext-Engagement auf Sparflamme fahren und auf größere Teilnehmerzahlen warten. Nur attraktive Angebote werden neben preiswerten Geräten auch schnell zu größeren Teilnehmerzahlen führen. Vor allem bedarf es gemeinsamer Marketing-Anstrengungen von Post, Geräteindustrie und Anbietern, um dem System schneller zum Durchbruch zu verhelfen und die Durststrecke zu verkürzen.

Das gemeinsame Engagement dieser Gruppen entscheidet darüber, ob Bildschirmtext noch in den 80er Jahren oder erst in den 90er Jahren ein Massendienst mit Millionen von Teilnehmern wird.

Komplett ausgerüsteter Bildschirmtext-Arbeitsplatz FOTO: SVEN SIMON

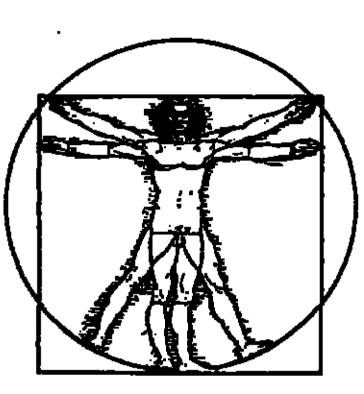
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zusatzstudien in Hagen

Hagen (DW.) – Mit Beginn des Wintersemesters 1985/86 werden an der Fernuniversität Hagen Zusatzstudien eingeführt. Dies hat jetzt das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium genehmigt. Studenten können in folgende Studiengänge eingeschrieben werden: BWL (Betriebswirtschaftslehre) oder VWL (Volkswirtschaftslehre) für Juristen; BWL oder VWL für Diplom-Mathematiker, Diplom-Ingenieure, Naturwissenschaftler mit Diplom und Absolventen von Diplom-Studiengängen in vergleichbaren Fächern. Die Regelstudiendauer beträgt vier Semester.

Ursprung der Sterne

Frankfurt (DW.) – Etwa 250 Wissenschaftler aus acht Ländern treffen sich vom 26. bis 29. 3. in Frankfurt zu einer wissenschaftlichen astronomischen Tagung mit dem Thema: „Interstellare Materie". Die Tagung wird von der Astronomischen Gesellschaft gemeinsam mit dem Institut für Theoretische Physik der Universität Frankfurt durchgeführt. Das Thema der Tagung behandelt u. a. das Problem der Sternentwicklung sowie die Struktur und die langfristige Entwicklung unserer Milchstraße als Ganzes.



Pflanzen im Weltall

Bonn (uls) – Zu einem etwa achttägigen Flug startet Spacelab D1, das erste überwiegend mit deutschen Experimenten ausgestattete Weltraumlabor, am 17. Oktober ins All. Eines des vorgesehenen Experimente ist von dem Freiburger Biologen Professor Dieter Marmé konzipiert worden und soll einen Beitrag zur Lösung der Frage liefern, warum die Sprossen der Pflanzen gegen die Schwerkraft himmelwärts wachsen. Eine wesentliche Rolle dabei spielt das Pflanzenhormon Indolessigsäure, das von der Spitze der Pflanze in Richtung Wurzel strömt. Jede Ablenkung des gleichmäßigen Hormonstroms, beispielsweise durch Veränderung der Lage, bewirkt ungleichmäßiges Wachstum.

Smog-Draht lief heiß

Düsseldorf (DW.) – Während der vergangenen Smog-Periode hat sich die Zahl der Anrufe beim Fernsprechansagedienst des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums fast verfünffacht. Wie aus Düsseldorf verlautete, haben im Januar 58 663 Bürger die aktuellen Gesundheitstips telefonisch abgerufen. Das waren über 46 000 Anrufe mehr als im Vormonat.

Im Gefieder spiegelt sich die Umwelt

Saarbrücker Forscher nutzen Vogelfedern als Indikatoren zur Schwermetallbelastung

Von WILHELM IRSCH

Im Körper aller Lebewesen speichern sich Umweltgifte. Das seit 1972 in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Anwendungsverbot belegte Insektenvernichtungsmittel DDT findet sich in den Eiern einheimischer Vögel ebenso wie im Fettgewebe von Pinguinen der Antarktis.

Umweltwissenschaftler suchen ständig nach geeigneten Tieren und Pflanzen, die durch ihre Speicherfähigkeit für Umweltgifte Rückschlüsse auf die Schadstoffbelastungen ihres Lebensraumes zulassen. Jetzt sind auch Vogelfedern als mögliche Bioindikatoren für Schadstoffe im Gespräch.

Eine Forschergruppe unter Leitung des Saarbrücker Biogeographen Paul Müller hat diese Zusammenhänge im Rahmen eines Forschungsprojektes näher untersucht. Flügel und Schwanzfedern verschiedener Vogelarten wurden durch Atomabsorptionsspektrometrie auf die Konzentration ausgewählter Schwermetalle untersucht. Dabei zeigte sich, daß bei verschiedenen Vogelarten auch bei unterschiedlichem Mauserzyklus die Blei- und Cadmiumgehalte in den einzelnen Federn erheblich schwankten.

Sogar bei einem über drei Jahre in einem Käfig gehaltenen und nur mit Eintagsküken gefütterten Turmfalken waren Cadmium- und Bleiwerte in den Federn Schwankungen unterworfen, was die Wissenschaftler in Erstaunen versetzte, da diese ja nicht auf die Nahrung zurückzuführen waren. Bei den Sperlingsvögeln – überprüft wurden Elster, Eichelhäher und Amsel – zeigten sich ebenfalls hohe Schwankungen der Schwermetallgehalte in den Mauserfedern, was auch hier nicht durch den Mauserrhythmus erklärbar war, ebenso bei der Ringeltaube.

Offenbar, so vermuten die Wissenschaftler, würden die Schadstoff-Ansammlungsmuster in Flügeln nicht nur vom ortsabhängigen Mauserrhythmus und den Beutetieren geprägt, sondern auch von physiologischen Vorgängen beeinflußt. So dürften sich in gering belasteten Beständen den Steuerungsmechanismen der Vögel in den Rückstandswerten deutlicher widerspiegeln als in stark belasteten.

Anders als bei den Flügeln ist die Situation bei den Schwanzfedern. Sie zeigen eine kleinere Schwankungsbreite der Schwermetallbelastung und sind deshalb schon eher als Bioindikatoren geeignet, wie sich bei Habicht, Mäusebussard, Turmfalke, Fasan, Ringeltaube, Eichelhäher, Elster, Stockente, Brandente und auch beim Haushuhn herausstellte. Altvögel wiesen gegenüber Jungtieren vom selben Standort etwa zehnfach höhere Blei- und fünffach höhere Cadmiummengen auf. Die Schwermetallgehalte der inneren und äußeren Schwanzfedern derselben Einzeltiere sind für Blei deutlicher umweltbezogen als für Cadmium.

Bei noch laufenden Untersuchungen zeigte sich auch, daß die Schwermetalle in den einzelnen Federn unterschiedlich verteilt sind, was sogar vom Farbmuster abhängig sein kann. Diese Farbmuster zeichnen sich jedoch neben unterschiedlichen Farbsubstanzen auch durch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Aminosäuren aus.

London will Gemeinden auf Sparkurs bringen

REINER GATERMANN, London

Etliche linksradikale Lokalpolitiker der Labour Party sahen schon eine neue Möglichkeit, nach dem „verlorenen Bergleutestreik eine zweite Front" gegen die Regierung Thatcher auszubauen. Die von ihr für zahlreiche Gemeinden festgelegten Höchststeuersätze sollten einfach ignoriert werden. Aber wieder einmal wurde die Labour Party ein Opfer ihrer internen Zersplitterung.

Im Rat von Groß-London (GLC) zerfiel ihre Fraktion in nicht weniger als drei Gruppen, womit sie der auch in dieser Sache konsequent und stark auftretenden Regierung einen leichten Sieg bescherten. Aber was für die Stadtfinanz noch entscheidender sein dürfte, die Uneinigkeit verhinderte zudem die volle Ausnutzung der zulässigen Steuersätze.

Im Rahmen ihrer strikten Finanzpolitik will das konservative Kabinett auch die Gemeinden auf Sparkurs bringen. Das geht nur unter Drosselung deren einzigen größeren Einnahmequelle, die Haus- und Grundstückssteuer. Mit Hilfe eines kaum durchschaubaren und in seinen praktischen Auswirkungen mitunter kuriosen Systems hat der zuständige Umweltminister Patrick Jenkin Steuersätze festgelegt, die für ein paar Gemeinden sogar eine Senkung bedeuten.

Verstöße werden auf verschiedene Art geahndet: Zu hohe Sätze oder überhaupt keinen Bescheid können unter anderem zum Einsatz eines staatlichen Verwalters führen. Die Gemeinden dürfen allerdings auch keine neuen Schulden machen. Sonst streicht die Regierung ihre Zuschüsse noch drastischer.

Labour beugte sich

Das GLC benötigte nicht weniger als 13 Abstimmungen, bevor es sich nach fast 24stündigen Beratungen und nur neun Minuten vor Ablauf der Frist auf einen Steuersatz einigen konnte. Die Labour Party, die eigentlich die absolute Mehrheit hat, mußte sich zum Schluß aufgrund ihrer Zersplitterung einem Kompromißvorschlag der Konservativen beugen.

Von der Zuschauertribüne wurden die gemäßigten Labour-Abgeordneten als Verräter und Schufte beschimpft. Der Labour-Ratsvorsitzende Kenneth Livingstone, normalerweise als „Linker" eingestuft, war letztlich doch nicht bereit, das Gesetz zu brechen, wie er zunächst selbst verordnet hatte. Inwieweit dieser Umschwung seine Position in der Partei schadet, werden schon bald die Nominierungen der Kandidaten für die nächste Parlamentswahl zeigen.

Ähnlich turbulent wie beim GLC ging es in Liverpool zu, wo der sozialistische Fraktionsvorsitzende John Hamilton seufzte: „Diese Stadt könnte ein zweites Nordirland werden." Auch wenn er die Regierung scharf verurteilt, sieht er dennoch keine andere Möglichkeit, als innerhalb des Gesetzesrahmens zu bleiben. Alles andere würde die prekäre Finanzlage der Stadt nur noch verschlimmern.

Aber der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Derek Hatton schrie auf einer Demonstration: „Halten wir zusammen, zwingen wir Frau Thatcher in die Knie." Diese kontert: „Die Linke in den Rathäusern muß besiegt werden."

Gründe aufgezählt

Ihr Staatssekretär für Gemeindeangelegenheiten, Kenneth Baker, hält mit: „Sie mißbrauchen das Parlament als Waffe gegen die Regierung." Auch Neal Kinnock, Vorsitzender der Labour Party, stört die Aggressivität der Linksradikalen. Nach dem Londoner Debakel kritisierte er deren „selbstzufriedene Haltung", die dafür gesorgt habe, daß der höchste Steuersatz nicht ausgenutzt werden kann.

Zu den Städten, die der Regierung trotzen, zählt auch Edinburgh, das seine Gemeindesteuer um nicht weniger als 79 Prozent anheben will. Wie alle anderen Verfechter höherer Abgaben begründet Ratsvorsitzender Alex Wood (Labour) dies mit den finanziellen Anforderungen, die vor allem Arbeitslosigkeit und Gesundheitswesen stellen.

In der Hauptstadt konnte die auf Herzoperationen spezialisierte Abteilung im Guy's Hospital nur durch die Ein-Millionen-Mark-Spende einer Privatperson vor einer viermonatigen Schließung bewahrt werden. Der bei einem Überfall schwerverletzte Polizist George Hammond mußte nach 43 Tagen zähen Kampfes um sein Leben unter schwierigen Bedinungen von einer städtischen in eine Privatklinik gebracht werden, weil die öffentliche Krankenanstalt kein Geld für einen Computertomograph hat, der nach Ansicht eines Facharztes „selbstverständlich" sein sollte.

Addis Abeba sucht neue Kooperation mit Bonn

Wiedereröffnung der deutschen Schule als „Gegenangebot"

WALTER H. RUEB, Bonn

Der äthiopische Außenminister Goshu Wolde kommt möglicherweise noch in diesem Monat der Einladung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach Bonn nach. Bis er eintrifft, hat die Bundesrepublik Zeit, sich mit seinen in einem Gespräch mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Hans Stercken und deutschen Journalisten erhobenen Forderungen auseinanderzusetzen: Goshu forderte Bonn zur Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Gewährung von Entwicklungshilfe auf.

Der ehemalige Oberst der äthiopischen Armee und gewiefte Taktiker, Nr. 31 im ZK seines Landes, brachte gleich ein Angebot ins Spiel, das die Deutschen geneigter machen sollte, die Forderungen zu erfüllen. Äthiopien sei bereit, den Streit um die deutsche Schule in Addis Abeba zu vergessen und seine Regierung werde sogar eine neue, größere und modernere eröffnen.

Derjenige, der den Wert des Angebots und die Tragweite der Forderungen besser als irgendwer zu beurteilen vermag, ist der deutsche Botschafter in Addis Abeba, Bernd Oldenkott. „Ehe sich das Verhältnis zwischen Bonn und Addis Abeba normalisiert, was ich hoffe und woran ich auch glaube, müssen alle noch unerledigten Fragen bereinigt werden", sagte der Diplomat. „Doch alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Äthiopien bestrebt ist, ein neues Kapitel der Beziehungen zu unserem Land zu beginnen."

Bisher nur Schenkung

Die Unterzeichnung des Vertrags zur Fortführung eines Wassergewinnungsprojekts in zwölf Provinzen Äthiopiens in der vergangenen Woche möchte der Vertreter Bonns in Addis Abeba als Zeichen des guten Willens seines Landes verstanden wissen, den Status quo zu überwinden und zu besseren, wenigstens normalen Beziehungen überzugehen. Oldenkott: „Bisher habe ich hier nur Schenkungsabkommen unterzeichnet. Jetzt erstmals einen Vertrag ... Bonn verpflichtet sich darin zu einer finanziellen Beteiligung in Höhe von 9,9 Millionen Mark an dem Projekt."

Der 59jährige Botschafter, seit Oktober 1984 am Horn von Afrika auf Posten, dort aber bereits am vierten Tag von Staatschef Mengistu zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen, weist darauf hin, daß außer der Frage der deutschen Schule noch andere Angelegenheiten anhängig seien.

„1977 wurde von den Äthiopiern nicht nur die deutsche Schule übernommen – ich sage ausdrücklich übernommen –, sondern es wurde auch deutsches Privateigentum beschlagnahmt. Die Regierung in Bonn wird zu prüfen haben, ob sie mit dem Geld des Steuerzahlers Entwicklungshilfe leistet, wenn von der anderen Seite keine Entschädigung für beschlagnahmtes deutsches Eigentum erfolgt."

Somalia irritierte

Oldenkott hatte sich beim Wechsel von der nigerianischen Hauptstadt Lagos nach Äthiopien vor Langeweile gefürchtet. Jetzt sieht er sich im Brennpunkt des Weltinteresses durch Bürgerkrieg und Hungerkatastrophe mit Bergen von Problemen und Arbeit konfrontiert.

Dabei gibt es in Äthiopien nur 400 Landsleute, doch zur Zeit fast ebenso viele deutsche Helfer humanitärer Organisationen, ganz zu schweigen von der Bundesluftwaffe mit zwei Transall-Transportflugzeugen, deren Hilfsflüge ihn seit Wochen in Atem halten und ihm auch schon Kritik wegen der verzögerten Anlieferung von in der Heimat gesammelten Hilfsgütern einbrachten. „Über die Verteilung der Hilfsgüter entscheidet allein die äthiopische Regierung", wehrte sich Oldenkott. „Wir haben darauf nicht den geringsten Einfluß."

Oldenkott kann jetzt bei der Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu dem Land mitwirken, das 1977 seine Beziehungen zu Bonn einfror, nachdem sich die Bundesrepublik im Nachbarland Somalia zu stark engagierte. Oldenkott: „Die guten Beziehungen wurden in gewisser Weise zerstört durch die Vorkommnisse in Mogadischu. Addis Abeba hatte kein Verständnis für Bonns Dankbarkeit in Form von Finanzhilfe für das feindliche Nachbarland. Bonn aber fühlte sich Somalia verpflichtet, nachdem die dortige Regierung die Befreiung der Lufthansa-Maschine durch die GSG 9 erlaubt hatte."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Krankenkassenkrankheit

„Blüm droht mit Eingriffen des Staates"; WELT vom 7. März

Mit schöner Regelmäßigkeit läßt das Bundesarbeitsministerium durch die jeweiligen Amtsinhaber verkünden, daß an der Misere der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einzig und allein drei böse Buben, nämlich Ärzte, Apotheker und die einschlägige Industrie (die Spitäler eingeschlossen) daran schuld seien. Dabei ist jedermann, der in seinem Leben schon einmal mit Gesundheitspolitik zu tun hatte, bekannt, daß die „Krankenkassenkrankheit" mit der Überfrachtung der Institution mit Nebenaufgaben zu tun hat.

Nicht zuletzt der bundesdeutsche Fiskus profitiert recht angenehm am Arzneimittelumsatz der GKV mit derzeit 14 % (1,70 Milliarden DM in 1983), während bis 1968 die GKV umsatzsteuerfrei abgerechnet hat.

Wenn der Minister jetzt empfindet, daß die Krankenhäuser nicht dreimal so gut seien wie 1972, obschon sie heute das Dreifache kosten, so sollte er dieselbe Elle an die Verwaltungskosten der GKV anlegen. Auch diese sind von 1,729 Milliarden DM in 1972 auf 4,689 Milliarden DM in 1983 angestiegen. Es ist eben alles inzwischen ein bißchen teurer geworden. Übrigens haben sich die Ausgaben der GKV an Arzneimitteln über Apotheken in Prozent der Gesamtausgaben von 16,5 % im Jahr 1973 auf 15,1 % in 1983 eingependelt. Die Zuwachsraten der Verwaltungsausgaben der GKV lagen zum Teil erheblich über denen der Apotheken, so 1982 bei + 9,8 % und bei Apotheken nur bei + 0,7 %.

Wer Restriktionen sagt, muß auch an Arbeitsplätze denken, die dabei meist verlorengehen. Zu denken wäre an ausschließlichen Import von Arzneimitteln aus Billiglohnländern, Bremsung von Forschung und Entwicklung, Zulassungsbefugnisse der GKV oder andere planwirtschaftliche Maßnahmen. Langfristige, vorsichtige Schätzungen rechnen hierbei mit einem Verlust von ca. 100 000 Arbeitsplätzen bei den Gesundheitsinstitutionen vorliegender Art, den Herstellern und der Zulieferindustrie. Hatte das im Programm der Regierung Kohl gestanden?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H. W. Mayer,
Mannheim 31

*

Sehr geehrte Herren,

wir Ärzte sind schon daran gewöhnt, als Watschenmänner der Nation herhalten zu müssen. Wenn aber Herr Minister Blüm glauben machen will, Ärzte, Zahnärzte und Pharmaindustrie seien allein schuld an dem „politischen Sprengstoff", der auf den Medizinbetrieb zurückschlage und die Notwendigkeit von Reformen offensichtlich mache, so zielt dieser Schlag unter die Gürtellinie.

Herr Minister Blüm vergißt nämlich, darauf hinzuweisen, daß ein großer Teil der Kostensteigerung vom Gesetzgeber selber zu verantworten ist. Durch den Gesetzgeber ist der in der GKV versicherte Personenkreis erweitert worden (freiwillige Versicherung der Höherverdienenden, Pflichtversicherung der Landwirte und Studenten). Durch ihn und durch die Rechtsprechung sind die Versicherungsleistungen vermehrt worden (Zahnersatz, Psychotherapie, Krebsvorsorge und Vorsorge im Kindesalter, Heilhilfsmaßnahme u. v. a. m.).

Ich kritisiere diese Maßnahmen nicht, aber sie stellen Mehrleistungen dar, die Mehrkosten verursachen. Der medizinische Fortschritt (Computertomographie, Lithotrypsie, Kernspintomographie, Herzchirurgie) kostet ebenfalls Geld. Hierdurch werden die Patienten zwar nicht gesünder, aber sie leben länger: Aufgrund der lebensrettenden Maßnahmen werden die Patienten älter und erleben ihre (kostenträchtigen) Alterskrankheiten; die Lebenserwartung in der Bundesrepublik ist auf 72 (m) bzw. 77 (w) Jahre angestiegen!

Wenn Herr Minister Blüm unzulässige Vergleiche zieht („Ausgabensteigerungen für die gesundheitliche Versorgung seien kein Beleg für eine Qualitätssteigerung, im Krankenhausbereich seien die Kosten innerhalb von nur zwölf Jahren von 9,4 auf 32 Mrd. Mark gestiegen, und niemand wird behaupten können, heute sei die Krankenhausversorgung dreimal so gut wie 1972"), so muß man ihm einen ähnlich unzulässigen Vergleich entgegenhalten: Der Verteidigungshaushalt hat seit 1972 um x Prozent zugenommen, aber die Sicherheit ist nicht x-mal sicherer geworden, oder die Ausgabensteigerung für unsere politischen Vertreter in Bonn ist kein Beleg für eine Qualitätssteigerung ihrer Leistungen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Gittermann,
Hamburg 90

Vergessenes Grenzland

„Signale"; WELT vom 5. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich gehe mit Peter Gillies einig, daß hinsichtlich einer Arbeitslosenzahl von 2,6 Millionen die Phantasie der Politiker gefordert ist. Seine Schlußfolgerung kann ich aber auf keinen Fall teilen.

Wer schreibt, ein Arbeitssuchender muß beweglich bleiben und die Arbeit suchen, dort wo es sie gibt, redet einer weiteren Entvölkerung des Grenzlandes das Wort. Unsere jungen Leute strömen jetzt schon ohnehin in die Ballungszentren München und Nürnberg.

Warum sollte denn die Arbeit nicht ins Grenzland gebracht werden. Bessere Standortbedingungen für die Industrie wären dazu die erste Voraussetzung. Aber wer geht schon in ein Gebiet, wo der nächste Autobahnanschluß 70 km entfernt ist. Unserer Bevölkerung mutet man dies schon seit Jahrzehnten zu. Jetzt soll in winzigen Teilstücken im nächsten Jahrzehnt ein wenig Autobahn gebaut werden. Warum könnte man hier der Bauindustrie, die ohnehin am Boden liegt, nicht mit einem großzügigen Auftrag helfen. Wir hätten dann bessere Standortbedingungen für Ansiedlungen.

Wer in Bonn sitzt und viele Autobahnen vor der Haustür hat, hat leicht reden. Es wäre schön, wenn man sich in Bonn einmal etwas einfallen ließe und uns im Grenzland mit den Problemen der Arbeitslosigkeit und der schlechten Verkehrsanbindung nicht allein ließe.

Mit freundlichen Grüßen,
Hellmut Grempel,
Oberbürgermeister der Stadt Neustadt b. Coburg

Unverständlich

„Für die Überlebenden ist ‚Das Boot' mehr als ein Film"; WELT vom 1. März

Auch nach 24 Jahren ständigem Kontakt mit Deutschen verstehe ich immer noch nicht, warum der deutsche Soldat des Zweiten Weltkrieges von ihnen so häufig beschimpft wird. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg haben die Soldaten auf beiden Seiten nur ihre Pflicht getan. Wenn jemand kritisiert werden sollte, dann sind es die damalige Regierung und ihre Diplomaten, die mehr hätten tun müssen, um einen Krieg zu vermeiden, und auch die üblen Typen der Gestapo und der KZ-Wächter. Aber wie unlängst einige der Streikposten in Großbritannien gezeigt haben, gibt es solche Typen überall – nicht nur in Deutschland.

In fünf Jahren Dienst im letzten Krieg habe ich nicht einmal erlebt, daß deutsche Seeleute sich ehrenrührig verhalten hätten. Im Gegenteil: Zwischen der Royal Navy und der Kriegsmarine herrschte gegenseitige Hochachtung. In englischen Zeitungen liest man jetzt öfters Artikel über die Fairness und Tapferkeit der deutschen Soldaten, auch der U-Boot-Fahrer. Als „Das Boot" im englischen Fernsehen gezeigt wurde, waren unsere Straßen leergefegt.

Wenn heute gefragt wird, wie der 8. Mai begangen werden soll, dann möchte ich vorschlagen, daß dies ein Anlaß sein sollte, daß sich das deutsche Volk mit seinen Soldaten des Zweiten Weltkrieges versöhnt und ihnen die gleiche Hochachtung zeigt, die es ihnen bestimmt entgegengebracht hätte, wenn Deutschland gesiegt hätte.

W. Grenfell,
Commander, Royal Navy (Rtd)
Taplow/Maidenhead

Reißerisch

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Buch „Das Boot" ist als Reißer geschrieben, ist für den Leser als Reißer kenntlich und ist bestimmt als Reißer honoriert worden. Der mehr realistische Film mildert diesen reißerischen Charakter. Hat dieses dem Autor so mißfallen, daß er nun nach Film und Fernsehen zum vierten Mal autreten mußte (und zum vierten Mal kassieren)?

Wenn es um seine Person geht, so mag das angehen. Wenn es auf Kosten der historischen Wahrheit geht, ist dem zu widersprechen. Herrn Buchheim ist offensichtlich nicht bekannt, daß nach dem Kriege, z. T. mit Wiederholungen, maßgebliche ehemalige Gegner der Ubootswaffe den Großadmiral in seinem Alterswohnsitz aufgesucht haben. War dieses nun Neugier oder Respekt?

Mit freundlichen Grüßen
F. W. Heyne,
Anmühle

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Wort des Tages

„Man liebt doch nur seine eigene Liebe und läuft sein ganzes Leben dieser Illusion nach."

Jean Anouilh; franz. Autor (geb. 1910)

Personalien

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Karl Christian Felmy** von der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf eine C-4-Professur für Geschichte und Theologie des Christlichen Ostens an der Universität Nürnberg-Erlangen erhalten.

GEBURTSTAG

Der Ordinarius für Kunstgeschichte an der Universität Würzburg und Vorstand des Martin-von-Wagner-Museums der Universität, Professor Dr. **Erich Hubala**, feiert am Sonntag seinen 65. Geburtstag. Hubala, in Kremsier in Mähren geboren, ist einer der bedeutendsten Kunstwissenschaftler Deutschlands. Der Schwerpunkt seiner Forschungsarbeit liegt auf dem Gebiet der Kunst der Renaissance und des Barocks. Die Leitung des Zentralinstituts für Kunstgeschichte in München lehnte er 1969 ab zugunsten universitären Wirkens, daß ihn auf die Ordinariate für Kunstgeschichte in Kiel, später (1974) in Würzburg führte. Er begründete unter anderem die Schriftenreihe „Beiträge zur Kunstgeschichte", deren 16. Band soeben in Berlin erschienen ist, und ist unter anderem auch Autor des 9. Bandes der bei Propyläen erschienenen Kunstgeschichte. Seine zahlreichen Publikationen in deutscher, italienischer und englischer Sprache befassen sich mit der Architekturgeschichte Italiens, der österreichischen und deutschen Barockkunst, der Kunstgeschichte Böhmen/Mährens und Venedigs, der Kunst Michelangelos und Peter Paul Rubens'. Hubala ist Schüler des Münchner Kunsthistorikers **H. Jantzen**, habilitierte sich bei **Hans Sedlmayr**, München, und wirkt in zahlreichen kunsthistorischen und historischen wissenschaftlichen Gremien, so im Collegium Carolinum und in der historischen Kommission der Sudetenländer.

AUSZEICHNUNGEN

Der Hermann-Ehlers-Preis 1985 wird dem früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. **Ernst Benda**, verliehen. Der Preis, zum Andenken an den 1954 verstorbenen ehemaligen Oldenburgischen Oberkirchenrat und Bundestagspräsidenten **Hermann Ehlers** (CDU), wird jährlich an verdiente Persönlichkeiten des kirchlichen und politischen Lebens verliehen. Die Auszeichnung soll am 11. Oktober an Professor Benda überreicht werden. Zu den bekanntesten Preisträgern gehören der evangelische Theologe Professor Dr. **Helmut Thielicke**, der frühere Militärbischof und Bonner EKD-Beauftragter **D. Hermann Kunst**, der ehemalige Außenminister **Gerhard Schröder** sowie der Leiter des Christlichen Jugenddorfwerkes, Professor **Arnold Dannenmann**.

*

Den Adolf-Kolping-Preis 1985 erhält der Initiator der überbetrieblichen Ausbildungsstätte in Kerpen-Horrem, der 64jährige frühere Bezirkssekretär der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, **Willi Kowalski**. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis wird am Sonntag, den 28. April, im Kerpener Rathaus überreicht. In der Horremer Ausbildungsstätte werden zur Zeit über 100 jugendliche Arbeitslose, davon knapp die Hälfte Türken, in den Bereichen Schlosserei, Metallbearbeitung und Schweißen ausgebildet. Im letzten Jahr war der Zentralpräses des brasilianischen Kolpingwerkes, Dr. **Paulo Link**, mit dem Kolpingpreis gewürdigt worden. Mit dem Preis sollen Personen und Institutionen gefördert werden, die sich auf sozialem Gebiet durch mitmenschliches Handeln hervortun.

*

Der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, **Johannes Rau**, und der Präsident der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern, **Franz Schalenberg**, haben gestern in der Staatskanzlei in Düsseldorf die Sieger im Landeswettbewerb für gewerblich-technische Berufe der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen geehrt. Insgesamt sind aus acht Ausbildungsbereichen 24 Preisträger ausgezeichnet worden.

WAHL

Der Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Münster, **Ludger Müer** (50), ist für drei Jahre zum Vorsitzenden der Konferenz der Caritas-Direktoren in der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Müer ist Nachfolger von Prälat **Ludwig Penzkofer**.

Hörspiele aus Afrika: Eine Initiative des WDR und der Deutschen Welle

Chancen, das Fremde hören zu lernen

Was in Frankreich, Holland und anderen Ländern mit kolonialer Vergangenheit längst geschieht, soll auch in der Bundesrepublik Deutschland Fuß fassen. Für einmal haben die beiden hochnäsigen Riesen, der WDR und die Deutsche Welle, unabhängig voneinander eine gute Idee – einen Hörspiel-Wettbewerb für afrikanische Länder auszuschreiben – und kooperieren dieserhalb miteinander. Am 26. März gehen die letzten beiden Hörspiele (21.00 Uhr im Dritten Programm des Westdeutschen Rundfunks), „Dilemma" und „Tzani" aus Kenia über den Sender. Eine kenianische Jury hat die Produktionen auf eine Ausschreibung des WDR hin unter 150 Einsendungen ausgewählt.

Angeregt durch diese Initiative des WDR, hat Radio Sansibar-Tansania die Gründung einer eigenen Hörspiel- und Fernsehabteilung angesagt. Auch der frühere Kultusminister von Zaire, amtierender Botschafter in Bonn, möchte das Modell für sein Land übernehmen. Sinn der Sache ist aus der Sicht des WDR und der Deutschen Welle nicht nur, die Sparte Hörspiel im international schärfer werdenden Wind der Konkurrenz zu stärken, sondern vor allem der Wunsch, den Informationsfluß von Süden nach Norden zu verbessern, mit authentischen Berichten einzelner Verständnis für die Gesamtsituation in afrikanischen Ländern zu wecken.

Ein erstes Autorenseminar des WDR in Nairobi vor einem Jahr hatte interessierte Autoren des Landes versammelt, um ihnen die spezifischen Möglichkeiten der künstlerischen Aussage durch das Medium Hörspiel aufzuzeigen. Hier wurden z. B. mögliche Textinhalte zur Diskussion gestellt, die der vielfältigen ethnischen und gesellschaftlichen Situation der Hörspiel-Produzenten gerecht werden können.

Die Deutsche Welle, die keine derartige Vorbereitung getroffen hat, sieht sich derzeit einer Flut von 900 Einsendungen gegenüber, die in fünf Sprachen aus allen Ländern südlich der Sahara gekommen sind. Eine Schwierigkeit bei der Bewertung hier ist unter anderem die Tatsache, daß bei vielen Einsendungen die traditionelle Form des Dankgebetes, der Klage um den Verstorbenen, sowie didaktische Anweisungen für die Erziehung der Jugend das erzählerische Moment überlagern – Erzählformen, für die der Zuhörer in unseren Breiten nicht unbedingt das notwendige Vorverständnis mitbringt. Dies hänge mit der sogenannten „oralen Literatur" in vielen afrikanischen Ländern zusammen, erklärt Herr Said M'see aus Sansibar, Literaturwissenschaftler für Suaheli-Sprachen und Mitglied der Auswahljury in Köln.

Joachim Burkhardt, Programmleiter im Fernsehbereich der Deutschen Welle und mit gleichem Engagement für die literarische Sache dabei wie seine Kollegin Angela Sussdorf vom WDR-Hörspiel, betont, wie wichtig es für Menschen in afrikanischen Ländern sei, sich wenigstens durch den Mund einzelner artikulieren zu können, ihre Qualen und ihre Freuden zum Ausdruck zu bringen. Die Authentizität und eruptive Kraft afrikanischer Erzählweise dürfte den Europäer nicht gleichgültig lassen – auch wenn er sich erst, mitunter vielleicht mühsam, in den exotischen Kulturkreis einhören muß. Auf jeden Fall hat er hier eine einmalige Chance, das Fremde hören zu lernen.

Das umfangreiche Material in beiden Sendern soll nach Kräften genutzt werden: einmal in Form von Hörspielen, die in die einsendenden Ländern zurückgespielt werden (Deutsche Welle) sowie als Stoff für mannigfaltige Sendungen zu den angeschnittenen Themenkreisen. Dazu gehört auch eine Diskussionsrunde, die am 26. März zusammen mit den Hörspielen im WDR gesendet wird.

INGRID ZAHN

KRITIK

Oscar Wilde für Wiener

Sie hätten Axel von Ambesser nicht nur die Rolle des alten Lord Caversham spielen lassen, sie hätten ihm auch die Regie übertragen sollen. Denn aufs Leichte, das meist das Schwerste ist, versteht er sich. **Ein idealer Gatte**, diese infame Erpressungs-Komödie von Oscar Wilde, hätte er jedenfalls weitaus besser angerichtet, als es Hans Jaray fürs ZDF tat. Die Nachspann-Musik verriet es spätestens: Jaray hat sich einen Salon in Wien vorgestellt. Aber in diesem Rahmen sind Wildes Dialoge nicht halb so geistreich, nicht annähernd so frivol, als wenn man sie in Old England serviert hätte.

Das wirkt natürlich auf die Darstellung zurück. Sowohl die Damen, etwa die leicht schusselige Lady Markby der Susanne von Almassy, als auch die Herren waren ausnahmslos Mitglieder der k.u.k. Gesellschaft und damit weit davon entfernt, die drohende Enthüllung des ehrenwerten Lord Chiltern für die Katastrophe zu halten, die sie auf der Insel tatsächlich gewesen wäre. Lediglich Klaus Wildbolz und die Gespräche zwischen Michael Heltau und Ambesser hatten jenes Funkeln, das ihr Autor gewiß im Sinn hatte.

Die ärgste Enttäuschung war allerdings Andrea Jonasson, die sich allein auf das Verruchte ihrer rauchigen Stimme verließ und wohl daher der Einfachheit halber keinen Versuch einer Rollengestaltung unternahm.

KATHRIN BERGMANN

Europas Einfluß schwindet

Streckenweise war es gewiß eine flotte Bildfolge über die rasante Wirtschaftsentwicklung in Südostasien – der zweite Teil der ARD-Reihe **Die pazifische Herausforderung**, diesmal mit dem Untertitel „Die Sonne geht im Osten auf". Allein der Boom in Südkorea, welcher sich zur größten Schiffswerft der Welt entwickelt hat, hätte genügend Stoff für die gesamte 45-Minuten-Sendung bieten können.

Leider warf sich ARD-Korrespondent Winfried Scharlau in die Pose eines zweitrangigen Volkshochschuldozenten. Neben einer lehrhaft-moralisierenden Verurteilung der früheren Kolonialmächte fehlte es nicht an Geschichtsklitterung. So erschienen selbst die militärische Erfolge Japans – wie im russisch-japanischen Krieg 1904/05 und selbst im Zweiten Weltkrieg – als Meilensteine asiatischer Emanzipation gegen die bösen und überheblichen Europäer.

In dieses historische Weltbild paßte weder die jahrzehntelange japanische Kolonialherrschaft in Korea noch das Bündnis Japans mit Großbritannien im Ersten Weltkrieg, um den deutschen Kolonialbesitz nördlich des Äquators kassieren zu können. Und wer halt – wie Scharlau – so strikt von einer angeblich historisch bedingten asiatisch-europäischen Antinomie ausgeht, der stellt gar nicht die Frage, ob sich nicht etwa die frühere japanische Kolonie und jetzige Wirtschaftsmacht Südkorea zum Konkurrenten für den Wirtschaftsgiganten Japan entwickeln könnte.

GISELHER SCHMIDT

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Sherlock Holmes und das Halsband des Todes
11.45 Umschau
12.10 Kontraste
Moderation: Jürgen Engert
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Gisela – Eine Schwabinger Legende
Film von Anna Dünnebier
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Werner und Zini
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Tiere vor der Kamera
Der schnelle Sommer der Eisfüchse
Ernst Arendt und Hans Schweiger beobachteten im nördlichsten Teil Alaskas Eisfüchse, jene frosterfahrenen Vierbeiner, deren Fell als Weiß- oder Blaufuchspelz weltweit im Handel angeboten wird.
21.00 Monitor
Wg. Kohl keine Steuerprüfung? / Heiner Geißler und die Frauen / Rasterfahndung: Sozialamtsdetektive ermitteln in Hannover
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Magnum
Die Maske fällt
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
23.45 ARD-Sport extra
Eishockey-Bundesliga
3. Play-off-Finalspiel
Die zwei Gewinner des Halbfinales ermitteln nun in fünf Spielen den Besten.
0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Eine Klasse für sich
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
19.00 heute
19.30 Der Stadtbrand
Dritter und letzter Teil der „Schwäbischen Trilogie" von Oliver Storz
21.15 WISO
Schon seit geraumer Zeit erfreuen sich Bayern und Baden-Württemberg einer besseren wirtschaftlichen Situation als Nordrhein-Westfalen und die norddeutschen Küstenländer. Friedheim Ost untersucht in der neuen Ausgabe unter anderem die Ursachen dieses wirtschaftlichen Süd-Nord-Gefälles.
21.45 heute-journal
22.05 Ernani
Oper von Giuseppe Verdi
Libretto nach Victor Hugo von Francesco Maria Piave
Mit Luciano Pavarotti, Leona Mitchell, Sherill Milnes, Ruggero Raimondi u. a.
Chor und Orchester des Metropolitan Opera House, New York
Musikalische Leitung: James Levine
0.25 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Die Waltons
Schlaflose Nächte
15.00 Indian River
15.30 Musicbox
16.30 Kum Kum
Die Hochzeit
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Zu wem gehört Cricket?
18.00 Hoppla Lucy
Hände weg von John Wayne
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Lumpazivagabundus
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Paul Hörbiger, Gunther Philipp, Joachim Fuchsberger, Hans Moser u. a.
Regie: Franz Antel
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Die Durchsichtigen
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Finsterer Stern
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Mit Brian Narelle, Dre Pahich u. a.
Regie: John Carpenter
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Thema: Schülerzeitungen
19.00 heute
19.30 Abgeordnete – Szenen deutscher Politik
1. Im Kampf um die Macht: 1847 und 1862
Dokumentation von Peter Claus Schmidt
Die Ursprünge der deutschen Demokratie reichen zurück bis weit vor 1949, dem Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland. Die vierteilige Sendereihe versucht, die historische Entwicklung des deutschen Parlamentarismus von 1847 bis 1933 nachzuzeichnen.
20.30 Die Pawlaks (5)
Eine Geschichte aus dem Ruhrgebiet
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Polen – ein Pferdeland
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Affengeil – Über das Jugendtheater Essen
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Für Frauen, mit Frauen, gegen Frauen?
Streitgespräch über Frauenpolitik mit Alice Schwarzer und Heiner Geißler
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Gitarrenwerkstatt
19.15 Rockpalast
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Johann Sebastian Bach (2)
Bist du bei mir
22.45 Ich und Du
Ehe- und Lebensfragen
Ich war ein unerwünschtes Kind
23.45 Offerte
0.00 Per Anhalter durch die Galaxis (5)
0.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Wovon wir leben (6)
Sahniges Gold
19.05 Formel Eins
20.00 Ein unbekannter Freund
Finnischer Kriminalfilm von Lars G. Thelestam
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.45 Hühner wie du und ich
Der Zeichner Peter Gaymann
23.05 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Forum Südwest
„Und jetzt auch noch Hormon im Fleisch"
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 St. Wendeler Land
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Point Blank
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Lee Marvin u. a.
22.45 Science Report
23.00 Sport im III extra
3. Spiel um die deutsche Eishokkey-Meisterschaft
SB Rosenheim – Mannheimer ERC
23.45 Nachrichten

BAYERN

18.15 BR-Fenster
18.45 Rundschau
19.00 Flash Gordon (5)
19.15 Z. E. N.
19.20 B III Sport aktuell
Eishockey Play-off
21.30 Rundschau
21.45 BR unterwegs
Gespräche mit dem Publikum
23.15 Rundschau

FUSSBALL-EUROPAPOKAL / Köln mit großen Sorgen – München reist mit Zuversicht nach Rom

● Der 1. FC Köln rechnet morgen gegen Inter Mailand mit einem nahezu ausverkauften Stadion (60 000 Zuschauer) und mit einer Brutto-Einnahme von rund zwei Millionen Mark. Da München beim Hinspiel gegen die Römer die gleiche Summe kassierte, will Manager Uli Hoeneß die Prämie um zweitausend auf zehntausend Mark erhöhen. Ebenso handeln die Kölner: Statt wie geplant 6000 soll es jetzt 8000 Mark pro Spieler geben.

● Die Italiener denken wirtschaftlich in ganz anderen Dimensionen. AS Rom lockt mit 20 000, Inter Mailand sogar mit 25 000 Mark. Rom kassiert wie zuvor schon Mailand rund drei Millionen Mark gegen die Kölner. In der Runde zuvor gegen Hamburg strich Inter schon 2,5 Millionen Mark ein. Beide Spiele werden vom Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) original übertragen: ab 14.55 Uhr Rom–München und ab 20.10 Uhr Köln–Mailand.

Karl-Heinz Rummenigge mit acht Stichen genäht, an seinem Einsatz gibt es dennoch keinen Zweifel

HEINZ REUDENBACH, **Köln**

„Ich bin sicher, die packen wir. Inter kriegt drei Stück im Rückspiel." So selbstbewußt tönte Hannes Löhr, Trainer des 1. FC Köln, nach der 0:1-Niederlage im Viertelfinal-Hinspiel bei Inter Mailand. 13 Tage später beziffert er die Chancen mit 50:50, wünscht sich „150 Prozent Einsatz" und setzt ebenso auf eine Trotzreaktion wie Harald Schumacher. Der Torwart sagt: „Weil uns keiner etwas zutraut, müssen wir jetzt zuschlagen. Ich hoffe auf ein 2:0, zumindest aber auf ein Elfmeterschießen."

Wetten nimmt der Torwart diesmal nicht an. Keine Frage: Fünf Niederlagen hintereinander und sieben Stunden ohne Torerfolg haben das Selbstvertrauen angeknackst. Die Nerven spielen eine Hauptrolle. Hat er Pech, steht der einstige Meisterschaftskandidat am Ende mit leeren Händen da. Dann geht er am Mittwoch k. o. und verpaßt sogar den nächsten UEFA-Wettbewerb. Löhr: „Soweit kommt es nicht. Mit dem wieder spielberechtigten Littbarski beenden wir die Talfahrt!" Sich selbst sieht der Trainer seit Dortmund als „Psychologe" („Die einen muß ich aufrichten, andere antreiben"), dessen Einfühlungsvermögen ähnlich wichtig ist wie die Arbeit von Arzt und Masseur.

Lehnhoff, Engels, Hartwig, Prestin sind angeschlagen; Allofs klagt noch über Schmerzen im Knie, Schumacher über welche im Kopf. Der Einsatz aller sechs gilt jedoch als wahrscheinlich; können sie spielen, soll Strack für Rückkehrer Littbarski wieder auf die Bank.

Die Mailänder, die gestern anreisten, haben sich weitgehend damit abgefunden, daß der neue italienische Meister Verona heißt. Um so größer ist ihr Ehrgeiz im UEFA-Cup: Trotz des eher enttäuschenden 2:2 im Lokalderby gegen den AC herrscht im Inter-Troß Optimismus. Liam Brady, der genesene irische Regisseur, beschreibt die Lage so: „Wir müssen am Sonntag nach Turin, und Verona hat mit dem Torverhältnis praktisch vier Punkte Vorsprung. Wir haben noch eine Chance von zehn Prozent und wollen in Köln unbedingt weiterkommen. Wir machen ein Tor und schaffen es."

Daß er ausgerechnet nach seinem Traumtor vom Sonntag mit einem dicken Verband nach Deutschland fliegen mußte, traf keinen mehr als Karl-Heinz Rummenigge. Eine Woche vor dem Malta-Spiel brennt der Nationalstürmer darauf, gerade im Vergleich mit Littbarski/Allofs in der Heimat gestiegene Form zu beweisen. Sein Traum: In Müngersdorf, wo ihm am 17. Oktober sein letzter Länderspieltreffer gelang, genau wie beim 2:1 in Hamburg ein Tor zu schießen.

Sein Handicap ist nun die tiefe Rißwunde am Schienbein, die er einem Tritt Franco Baresis kurz vor Schluß des Derbys verdankt. Als Rummenigge die Verletzung sah, war er zunächst genauso geschockt wie die Kollegen. „Vollbringen Sie ein Wunder, Doktor", bat er Mannschaftsarzt Colombo, der den Riß darauf mit acht Stichen in der Kabine nähte. Am Montag hatten die Schmerzen nachgelassen. Als die Kameraden am Morgen trainierten, weilte er mit Torwart Zenga (Adduktorenzerrung) zur Untersuchung in der Klinik. „Ich will in jedem Fall spielen", versicherte der DFB-Kapitän. Der Einsatz von Rummenigge und Zenga gilt aber als wahrscheinlich.

Da Castagner neben Brady auch Sabato wieder einbauen kann, muß sich ein Weltmeister von 1982 mit dem Gedanken an die Ersatzbank anfreunden. Spielt Rummenigge, dürfte es Marini oder aber den Torschützen des Hinspiels treffen: Franco Causio (36), der Baron, wie er in Mailand genannt wird, enttäuschte am Sonntag im Lokalderby. (dpa)

Im Lokalderby wird Rummenigge vom Platz getragen, später wird seine Verletzung mit acht Stichen genäht FOTO: AP

Bayern vertrauen mal wieder auf Dieter Hoeneß

dpa/sid, **München**

Die Warnung an den FC Bayern München kommt vor dem Europapokal-Rückspiel der Pokalsieger beim AS Rom aus berufenem Munde. Karl-Heinz Rummenigge, deutscher Nationalmannschaftskapitän, jetzt bei Inter Mailand, an seine alten Vereinskameraden: „Ich kann Euch nur warnen. Die Römer haben das fanatische Publikum in Italien. Noch schlimmer als unsere Fans in Mailand." Deshalb richtet Rummenigge vor allem den dringenden Rat an die jüngeren Bayern-Spieler: „Laßt Euch von den 85 000 Zuschauern nicht einschüchtern und das Herz in die Hose fallen. Nur so habt Ihr eine Chance, das Spiel heil zu überstehen."

Ähnlich sieht es auch Bayern-Trainer Udo Lattek: „Wir müssen in der ersten halben Stunde dem Druck der Römer standhalten, dann können wir das Halbfinale erreichen", ist die Devise des Fußball-Lehrers vor dem morgigen Spiel (15.00 Uhr). Dabei wollen sich die Münchner keineswegs auf dem 2:0-Polster aus dem Hinspiel von München ausruhen. „Wir müssen unsere ganze Kampfkraft – wie im Spiel gegen den VfB Stuttgart – einsetzen, dann ist mir um ein Weiterkommen nicht bange", meinte Nationalspieler Lothar Matthäus zu der schwierigen Aufgabe.

Libero Klaus Augenthaler, den Teamchef Franz Beckenbauer wieder in die Nationalmannschaft zurückholen will, gibt sich optimistisch. „Wenn wir genauso spielen wie in München, den Druck der Römer abfangen können und selber nach vorne spielen, dann sind wir im Halbfinale", ist seine Meinung.

Während bei den Münchnern noch Fragezeichen hinter dem grippekranken Mittelfeldspieler Norbert Nachtweih und dem an einem Knochenhautriß laborierenden Roland Wohlfarth stehen, stößt am Mittwoch Weltmeister Bruno Conti zum Team des AS Rom. Bayern-Trainer Lattek wird aber bis zum letzten Moment grübeln, wen er endgültig auf das Feld schickt. Vor allem wird er die letzte Nacht vor dem Spiel brauchen. Lattek: „Da kommen mir immer die besten Ideen."

Dieter Hoeneß, der schon 20 Treffer im Europapokal auf seinem Konto hat und wegen eines Muskelfaserrisses beim 3:2 gegen Stuttgart pausierte, wird auf jeden Fall wieder im Angriff spielen.

„Er ist seit Jahren unser Matchwinner im Europapokal", sagte Präsident Willi O. Hoffmann. Der 54 Jahre alte Steuerberater tritt trotz seiner privatgeschäftlichen Finanzprobleme die Reise in den kalten Süden an. Die italienische Hauptstadt meldete am Wochenende den ersten Schneefall seit 100 Jahren. Und gestern schneite es immer noch leicht.

Wegen der Münchner Neuschneemassen ließ Trainer Udo Lattek am Montagvormittag in der Halle trainieren, ehe es am späten Nachmittag mit einem Charterflugzeug nach Rom ging.

STAND ● PUNKT

Traurig

Am Ende der Basketball-Bundesliga-Saison 1984/85 steht eine Überraschung – in den Halbfinalspielen um die deutsche Meisterschaft setzten sich zwei Außenseiter durch: DTV Charlottenburg und TSV Bayer 04 Leverkusen heißen die beiden Endspielteilnehmer, die sich auch im zweiten von maximal drei Spielen gegen die Favoriten durchsetzen konnten. Charlottenburg bezwang den BSC Saturn Köln mit 69:68, Leverkusen blieb gegen den Pokalsieger und Titelverteidiger ASC Göttingen mit 63:62 siegreich. Dramatische und spannende Spiele – aber der Gesamteindruck dieser Saison ist ein anderer.

Spiele unter Protest, Gerichtsurteile, Spielpausen, zu guter Letzt ein Finalist Leverkusen, der aufgrund sich gegenseitig aufhebender Entscheidungen des Deutschen Basketball-Bundes (DBB) um die Meisterschaft mitspielen kann – dies alles prägt ein trauriges Bild.

„Im DBB weiß anscheinend eine Hand nicht, was die andere tut", meint enttäuscht Trainer Peter Krüssmann, dessen Klub SSV Hagen im Streit um die Spielberechtigung seines amerikanischen Spielers gegen den Leverkusener Protest unterlag und am grünen Tisch aus dem Meisterschafts-Rennen ausschied. „Göttingen hat gegen einen Klub verloren, der sportlich nicht qualifiziert war", sagt auch Kölns Trainer Ralph Klein, der gleichzeitig Bundestrainer ist. Die Meisterschaft behalte einen faden Beigeschmack.

„Der Basketball-Sport bei uns hat gelitten", sind sich viele der Beteiligten einig. Und dies im Jahr der Europameisterschaft im eigenen Lande – der großen Möglichkeit, Werbung für einen Sport zu betreiben, der gerade auf dem Wege war, hierzulande populär zu werden.

„Schlechte Werbung ist manchmal besser als gar keine", sagt Kölns Aufbauspieler Ulrich Peters, der in den USA das Basketball-Spiel erlernte – aber hier sei zu vieles zu oft falsch gelaufen. Der Verband ist gefordert, ein trauriges Bild rechtzeitig zu korrigieren.

JÖRG STRATMANN

EISHOCKEY

Die Rosenheimer fühlen sich noch nicht ganz sicher

W. NIERSBACH, **Düsseldorf**

Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Deshalb hütete sich der Sportbund Rosenheim, nach seinen zwei Finalsiegen (4:3 und 7:2) über den Mannheimer ERC zur großen Meisterschafts-Fete einzuladen. Lediglich zur „Saison-Abschlußfeier" wird auf stilvoll gedruckten Karten für heute abend in den „Nußdorfer Hof" geladen. Dort freilich wurde schon 1982 der Titel begossen. Ein gutes Omen also, und Nationalspieler Ernst Höfner sagt: „Wir sind noch nicht Meister, aber wir werden es."

Höfner gehört jedoch trotz seiner Zuversicht zu den Vertretern in der Mannschaft, die davor warnen, den entscheidenden dritten Sieg heute über den Mannheimer ERC fest einzuplanen. Der in Augsburg groß gewordene Mittelstürmer erinnert sich: „Der EV Landshut hatte im letzten Jahr auch schon eine große Feier organisiert und ist dann zu Hause gegen Köln aus allen Träumen gerissen worden." Auch Trainer Pavel Wohl tritt noch einmal kräftig auf die Euphorie-Bremse: „Das dritte Play-off-Spiel ist immer besonders schwer."

Nach der Gala-Vorstellung in Mannheim kann sich allerdings auch nicht Bundestrainer Xaver Unsinn vorstellen, daß dem Sportbund noch einmal die Felle davon schwimmen könnten. „Ich glaube nicht, daß noch etwas Sensationelles passiert", meinte Unsinn. Immerhin will der Meister von 1980 nichts unversucht lassen. Schon gestern bezog Trainer Ladislav Olejnik mit seinem Team ein Trainingslager in Bad Tölz, wobei die Anfahrt ins tief verschneite Bayern schon die Schwierigkeiten symbolisierte, die den MERC am Dienstag ab 19.30 Uhr erwarten. Nach den Eindrücken vom Sonntag fehlt die Kraft zur Wende, mehr aber noch scheinen Moral und Psyche angeknackst.

Die Mannheimer Zuschauer, die in Scharen vor der Schlußsirene abwanderten, wollten sich mit der klaren Niederlage nicht abfinden. Einmal mußte die Begegnung für zehn, dann sogar für 15 Minuten unterbrochen werden, weil Gegenstände, vorwiegend Papier-Schnipsel, aufs Eis geworfen wurden. (sid)

SPORT-NACHRICHTEN

Fußball: Heute Bundesliga

Bonn (DW) – In einem Nachholspiel der Fußball-Bundesliga stehen sich heute abend Borussia Mönchengladbach und der Hamburger SV gegenüber. Spielbeginn ist 20.00 Uhr.

Erfolg für Marina Kiehl

Waterville Valley (sid) – Eine Woche vor Abschluß der Weltcup-Saison sicherte sich Marina Kiehl den Riesenslalom-Weltcup der Damen. Der Münchnerin reichte im letzten Riesenslalom in Waterville Valley (USA) ein achter Platz, um vor ihrer Konkurrentin Michela Figini (Schweiz) zu sein.

Bremen mit Defizit

Bremen (sid) – Mit einem Minus von 72 000 Mark schloß der Fußball-Bundesligaklub Werder Bremen das Geschäftsjahr 1984 ab. Der Gesamtetat betrug 9,7 Millionen Mark.

0:1 nach Schuster-Foul

Alicante (dpa) – Durch einen von Bernd Schuster in der 88. Minute verursachten Foulelfmeter unterlag Spaniens Tabellenführer FC Barcelona bei Hercules Alicante mit 0:1. Ohne Uli Stielike (Gelbsucht) verlor Real Madrid in Osasuna ebenfalls 0:1.

Allgöwer zu Bayern?

Stuttgart (dpa) – Die Vertragsverhandlungen von Karl Allgöwer mit dem VfB Stuttgart zögern sich weiter hinaus. Der frühere Nationalspieler äußert jetzt, daß er sich auch einen Wechsel zum FC Bayern München vorstellen könne.

Stenzels Team erfolgreich

Zagreb (sid) – Als neuer Trainer des jugoslawischen Handball-Erstligaklubs Medveszak Zagreb feierte Ex-Bundestrainer Vlado Stenzel den zweiten Sieg. Sein Team besiegte Sloya Doboj mit 13:9.

Sperre für Jacobs

Frankfurt (sid) – Ditmar Jakobs, der am 9. März beim Fußball-Bundesligaspiel gegen Karlsruhe vom Platz gestellt wurde, erhielt wegen unsportlichen Verhaltens eine dreiwöchige Sperre (bis 30. März) und dazu eine Geldstrafe von 1000 Mark. Im Länderspiel gegen Malta am 27. März in Saarbrücken steht er dennoch zur Verfügung.

Saarbrücken will Nemens

Saarbrücken (sid) – Der ATSV Saarbrücken, Tabellenführer der Damen-Tischtennis-Bundesliga, bemüht sich um die Weltklasse-Spielerin Olga Nemes. Die 16 Jahre alte gebürtige Rumänin und ihr Vormund Rudi Stumper wollen in der nächsten Woche eine Entscheidung fällen.

Cindy Nelson hört auf

Waterville Valley (sid) – Die 28 Jahre alte amerikanische Skirennläuferin Cindy Nelson beendet nach 14 Jahren ihre Karriere. Keine andere Läuferin fuhr so lange Weltcuprennen wie die Amerikanerin.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Südamerika/Gruppe 2: Chile – Ecuador 6:2 (4:2).

EISHOCKEY

Zweites Endspiel um die deutsche Meisterschaft: Mannheim – Rosenheim 2:7 (1:3, 0:3, 1:1); Spiel um Platz drei: Köln – Kaufbeuren 10:2 (3:0, 5:1, 2:1), damit Köln Dritter.

TENNIS

Damen-Turnier in Dallas, Einzel, Finale: Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 6:3, 6:4.

VOLLEYBALL

Endrunde, Damen: Lohhof – Oythe 3:2, Augsburg – Münster 3:0. – **Endrunde,** Herren: Hamburg – Leverkusen 3:2, Berlin – Paderborn 2:3.

SKI ALPIN

Weltcup-Riesenslalom, Damen in Waterville Valley/USA (Abschluß): 1. Schneider (Schweiz) 2:08,11 Min., 2. Roffe (USA) 2:08,31, 3. Hächer 2:08,66, ... 8. Kiehl (beide Deutschland) 2:09,42. – Weltcup-Gesamtwertung: 1. Figini 259 Punkte, 2. Örtli 217, 3. Walliser (alle Schweiz) 197, 4. Kiehl 168. – Endstand im Weltcup-Riesenslalom: 1. Kiehl, 2. Figini (beide 110 Punkte (bessere sechste Plazierung ausschlaggebend). – **Weltcup-Riesenslalom,** Herren in Panorama/Kanada: 1. Zurbriggen (Schweiz) 1:47,10 Min., 2. Erlacher (Italien) 1:48,37, 3. Bürgler (Schweiz) 1:48,62, 4. Wasmaier (Deutschland) 1:48,76. – Endstand im Weltcup-Riesenslalom: 1. Girardelli (Luxemburg) 120 Punkte, 2. Zurbriggen 102, .. 9. Wasmaier 54. – Stand im Gesamtweltcup: 1. Girardelli 262, 2. Zurbriggen 232, ...10. Wasmaier 102.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 4, 7, 18, 24, 34, Zusatzzahl: 25. – **Rennquintett:** Rennen A: 14, 6, 3. – Rennen B: 26, 32, 34. (Ohne Gewähr).

„Gemeinschaft – aus Schuld geboren“

DW. Bonn

„Wort zum Frieden“ heißt die gemeinsame Erklärung, die vom Bund der Evangelischen Kirchen in der „DDR“ und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation gemeinsam ausgearbeitet und veröffentlicht worden ist. Auszüge aus dieser Erklärung veröffentlichen wir im Wortlaut:

Am 8. Mai ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Seine Zerstörungen traten vielen Menschen erst zu diesem Zeitpunkt in ihrem ganzen Ausmaß vor Augen: Mehr als 40 Millionen Tote, verwüstete Dörfer und Städte in den unmittelbar vom Krieg betroffenen Ländern, vor allem in der Sowjetunion, in Polen, in Frankreich und in Deutschland. Die erschreckenden Berichte über das, was in den Konzentrationslagern und in den besetzten Ländern im Namen der Deutschen geschehen war, zeigten jetzt unausweichlich jedem, welch verbrecherisches Regime in Deutschland diesen Krieg ausgelöst und unbarmherzig zu Ende geführt hatte. Entsetzt stand die Welt vor dem Judenmord.

Unter dem Wort Gottes erfuhren viele Christen als Gericht Gottes, was jetzt geschah: Deutschland wurde in Besatzungszonen geteilt. Ungezählte Soldaten gingen den Weg in die Gefangenschaft. Viele Flüchtlinge konnte nicht in ihre Heimat zurückkehren. Viele mußten erst jetzt die Heimat verlassen. Viele Fragen bedrängten die Menschen: Wie werden wir mit der Schuld der Vergangenheit fertig? Wo finden wir Orientierung?

Aus der Betroffenheit über die abgrundtiefe Schuld wuchs im Hören auf Gottes Verheißung der Dank für das Überleben in der Hölle der Vernichtung und die Gewißheit, das Leben von Gott neu geschenkt erhalten zu haben.

Wir können aber nicht die Augen davor verschließen, daß in diesen 40 Jahren der Friede bedroht geblieben ist. Die gequälte Menschheit hat nicht Genesung gefunden, wie es die Stuttgarter Erklärung von 1945 erhoffte. Auch die nicht mehr unmittelbar am Zweiten Weltkrieg beteiligten Generationen haben seine Folgen zu tragen. Noch schwelen Mißtrauen und Furcht der Nachbarvölker. Die Verbündeten von einst haben sich getrennt. Zwei mächtige Militärbündnisse mit unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen stehen sich hochgerüstet gegenüber. Auf deutschem Boden bestehen zwei deutsche Staaten, deren Grenze zugleich die Grenze zwischen Ost und West geworden ist. Sie sind fest innerhalb ihrer Bündnis- und Wirtschaftssysteme gebunden und gleichzeitig einbezogen in die Verantwortung für die Lösung der großen Weltprobleme: die Erhaltung des Friedens für alle Völker, das Ringen um Gerechtigkeit und die Beseitigung des Hungers.

Auch in den evangelischen Kirchen sind wir in den zurückliegenden vier Jahrzehnten Fehleinschätzungen erlegen. Wir haben nur schwer gelernt, zu erkennen, welcher Weg uns geboten war. Es wurde uns schwer, die Realität zweier deutscher Staaten anzunehmen. Aber wir haben erkannt: Die Erhaltung des Friedens hat den Vorrang vor allem anderen.

Es wurde uns schwer, die organisatorische Einheit der deutschen evangelischen Kirchen aufzugeben. Aber nur so war es möglich, unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen Zeugnis und Dienst eigenständig auszurichten. Wir haben lange gebraucht, Vorurteile und feindliche Einstellungen gegenüber den Siegermächten von 1945 zu überwinden und an Wegen zu neuem Vertrauen mitzubauen. Wir haben lange gebraucht, bis wir die besondere Herausforderung und Chance erkannt haben, die im gemeinsamen Zeugnis unserer Kirchen für den Frieden liegt.

Wir haben lange gebraucht, ehe in unseren Gemeinden die Einsicht wuchs, daß unser Streben nach Wohlstand seine Grenzen haben muß in der Not der Hungernden und Unterdrückten und in der Verantwortung, die wir für die Schöpfung tragen. Im Blick auf manche Entwicklungen in den letzten 40 Jahren werden wir wie die Väter in der Stuttgarter Erklärung zu sagen haben: „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Als Kirchen in beiden deutschen Staaten treten wir gemeinsam dafür ein, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. Gemeinsam fordern wir, daß der Rüstungswettlauf beendet wird. Gemeinsam sind wir überzeugt, daß das System der nuklearen Abschreckung kein dauerhafter Weg zur Friedenssicherung sein kann, sondern unbedingt überwunden werden muß. Gemeinsam treten wir für eine europäische Friedensordnung ein. Gemeinsam erinnern wir an die Verantwortung der Industrienationen für ein menschenwürdiges Leben in den Ländern der Dritten Welt.

Wir bitten alle Menschen in beiden deutschen Staaten: Bezeugen Sie durch Ihr Leben, wie Konflikte mit anderen Menschen friedlich überwunden werden können. Helfen Sie mit, unsere Jugend zum Frieden und nicht zum Haß zu erziehen. Wehren Sie dem Aufbau von Feindbildern. Wir bitten die Menschen, die durch den Krieg, durch seine Folgen und rrch die späteren politischen Gegensätze besonderes Leid erfahren haben, nicht bitter zu werden und nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist. Wir bitten die deutschen Menschen, die heutigen Belastungen vor allem als Folge des Zweiten Weltkrieges zu begreifen und als Folgen unserer Schuld zu bedenken.

So plädierte Gromyko für Gorbatschow

rtr, Moskau

Die gestern im sowjetischen Staatsverlag veröffentlichte Rede, in der Außenminister Gromyko dem Zentralkomitee der KPdSU Michail Gorbatschow zum neuen Generalsekretär vorgeschlagen hat, enthielt ungewöhnliches Lob der „brillanten“ Qualitäten des neuen Parteichefs. Entgegen den Gepflogenheiten hatte die amtliche Presse den Text nicht veröffentlicht.

Zwar sei die Entscheidung für Gorbatschow, der ungewöhnlich rasch – binnen fünf Stunden – zum Nachfolger des verstorbenen Tschernenko bestimmt worden war, nicht zweifelhaft gewesen, sagten Diplomaten. Doch habe Gromyko offenbar ein besonders engagiertes Plädoyer für notwendig gehalten. „Das ist alles andere als die übliche rituelle Rede ... Es sieht so aus als seien einige im Zentralkomitee nicht ganz glücklich gewesen, und als versuche er, sie zu überzeugen“, sagte ein westlicher Diplomat.

Ungewöhnlicherweise versuchte Gromyko auch, im Ausland kursierenden Vermutungen über etwaige Risse in der sowjetischen Führung direkt entgegenzutreten. Von derartigen Meinungsverschiedenheiten in ZK oder Politbüro, so der Minister, könne keine Rede sein. Der Text des Gromyko-Plädoyers enthält zugleich die erste offizielle Bestätigung, daß Gorbatschow zuletzt den kranken Tschernenko vertreten hatte. So habe er den Vorsitz im Politbüro und im Parteisekretariat geführt, teilte der Außenminister mit. Dabei habe er Intelligenz, Kenntnisreichtum, Erfahrung und die Fähigkeit zu gründlicher Analyse und brillianten Entscheidungen unter Beweis gestellt.

Howe bringt sich in Gegensatz zu Thatcher

Zweifel an Reagans SDI-Projekt / Verstimmung in Washington

SIEGFRIED HELM, London

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat Zweifel an Präsident Reagans Konzept der „strategischen Verteidigungsinitiative“ geäußert (WELT v. 16./17. März). Im Blick auf das SDI-Projekt“ warnte er vor der Gefahr der „Schaffung einer neuen Maginot-Linie des 21. Jahrhunderts, die durch vergleichsweise einfachere und nachweislich billigere Gegenmaßnahmen unterlaufen werden dürfte“.

Die Rede hat Befremden ausgelöst, weil sie den Bemühungen des Kreml, Washington und seine Verbündeten schon in der Anfangsphase der Genfer Abrüstungsverhandlungen auseinanderzudividieren, offenbar entgegenkommt. Sie befremdet, weil der Außenminister sich in Gegensatz zu der Haltung seiner Premierministerin brachte: denn Frau Thatcher hatte sich in ihrer Ansprache vor dem amerikanischen Kongreß demonstrativ hinter Reagans Weltraum-Konzept gestellt und auch bei ihrer Unterredung mit Parteichef Gorbatschow anläßlich der Beisetzung Konstantin Tschernenkos in Moskau in dieser Frage Einigkeit im westlichen Bündnis bekundet.

Die Rede, die Sir Geoffrey vor dem „Royal United Services Institute“, einem Institut der Streitkräfte für Verteidigungsstudien in Whitehall, in Anwesenheit von elf Botschaftern und Hochkommissaren hielt, wurde in London als Indiz dafür gewertet, daß das Weltraum-Verteidigungs-Projekt im britischen Kabinett nach wie vor auf erhebliche Skepsis stößt. Wörtlich sagte Howe: „Wir müssen uns davor hüten, daß politische Entscheidungen vom Vormarsch der Technologie vorgegeben werden und besonders von übereilten Versuchen, die Richtung dieses Vormarsches vorauszusagen.“

Er ließ die Befürchtung anklingen, daß die Begeisterung der Reagan-Administration für ein Raketen-Abwehrsystem im Weltraum die Chance für eine Einigung mit den Sowjets in Genf in Frage stellen könnte. Politische Entscheidungen über eine Rüstungskontrolle dürften nicht von einem Verteidigungskonzept beeinflußt werden, „das sich letzten Endes als trügerisch“ erweisen könnte.

Howe betonte, England habe 40 Jahre lang an einer Politik der Abschreckung des Gegners festgehalten. Die strategische Verteidigungsinitiative sei gegenwärtig ein rein theoretisches Konzept, ihre Realisierung noch ein bis zwei Jahrzehnte entfernt. „Haben wir eine Atempause von fünf, zehn oder 15 Jahren, bevor wir uns strategischen Fragen zuwenden müssen? Ich meine, nein. ...Die Erforschung neuer Waffensysteme und das Studium ihrer strategischen Implikationen müssen Hand in Hand gehen. Sonst kann die Forschung eine nicht mehr zu bremsende Eigendynamik gewinnen.“

Die britische Regierung hat sich zwar für den Beginn des Forschungsprogramms für Weltraumwaffen ausgesprochen, jedoch gleichzeitig Vorbehalte gegenüber deren Stationierung angemeldet. Sir Geoffrey hat diese Vorbehalte jetzt in bisher nicht gehörtem Klartext formuliert. In Washington war zunächst nur von „Verstimmung“ die Rede. Die „Times“ jedoch schrieb, Howes Rede habe möglicherweise „dem Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses an einer kritischen Wegmarke neu aufgenommener Ost-West-Verhandlungen unschätzbaren Schaden zugefügt“.

(SAD)

Knapper Erfolg für Reagan im Streit um MX-Raketen?

Abstimmung im Senat auch Signal für Popularität

FRITZ WIRTH, Washington

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Kanada, wo das Problem des „sauren Regens“ das Hauptthema war, gerät Präsident Reagan im Kongreß in die Traufe der Argumente um das umstrittenste amerikanische Rüstungsprojekt des letzten Jahrzehnts, die MX-Rakete. Am Dienstag und Donnerstag wird im Senat über die Bereitstellung von 1,5 Milliarden Dollar zur Produktion von weiteren 21 MX-Raketen abgestimmt, und die Berechnungen des voraussichtlichen Ausgangs dieser Abstimmung sind so knapp ausgefallen, daß Reagan sich veranlaßt sah, am Dienstag persönlich zum Kapitol zu fahren, um seine Überredungskunst, seinen persönlichen Charme und seine Autorität einzusetzen, um die letzten entscheidenden Stimmen zu gewinnen.

Nach jüngsten Berechnungen sind 46 Senatoren entschlossen, gegen die MX zu stimmen und 46 dafür, während acht sich noch nicht endgültig festgelegt haben, unter ihnen fünf Republikaner. Die heutige Abstimmung wird nötig, weil der Kongreß die 1,5 Milliarden Dollar für den Bau der 21 Raketen im letzten Jahr eingefroren hatte. Das Stimmenverhältnis zugunsten dieser Rakete hat sich im Senat in den letzten Jahren ständig verringert.

Ronald Reagan hat in den vergangenen Wochen zusammen mit Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz eine überaus anstrengende und aufwendige Kampagne für die MX geführt. Sein wirksamstes Argument war der Hinweis darauf, daß ein Votum des Kongresses gegen die Rakete die falschen Signale an die Sowjetunion schicken würde und vor allem die amerikanische Verhandlungsposition bei den nuklearen Abrüstungsverhandlungen in Genf schwächen würde. Außerdem steht nach Reagans intensivem persönlichen Einsatz für dieses Raketensystem beträchtliches politisches Prestige für ihn auf dem Spiel. Die Abstimmung der Senatoren ist darüber hinaus auch für die in der nächsten Woche folgende Abstimmung im Repräsentantenhaus bedeutsam. Sollte sich der Senat für die MX aussprechen, dürfte die Abstimmung im Repräsentantenhaus nur noch eine Formsache sein.

Sämtliche Kongreßmitglieder sind in den letzten Tagen von Außenstehenden unter beträchtlichen Druck gesetzt worden. Die 285 katholischen Bischöfe der USA haben sie am Wochenende in einem Schreiben aufgefordert, gegen die MX zu stimmen, weil dieses Waffensystem angeblich „im nuklearen Rüstungsrennen einen destabilisierenden Effekt“ habe. Sie machen nach Ansicht der Bischöfe „das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA noch gefährlicher“. Außerdem gebe es im sozialen Bereich bessere Verwendungsmöglichkeiten für diese Gelder.

Einen wesentlich direkteren und wirksameren Einfluß auf das Abstimmungsverhalten der Senatoren hat die Tatsache, daß viele von ihnen sich nächsten Jahr zur Wiederwahl stellen müssen. Die MX-Gegner unter ihnen haben in den letzten Tagen mehr oder minder deutliche Hinweise hören können, daß im Falle einer negativen Entscheidung zur MX auch das Interesse des Weißen Hauses sehr gering sein werde, ihnen im Wahlkampf wirksame Hilfe zuteil werden zu lassen. Kenner des Kongresses sagen einen knappen Abstimmungssieg für Ronald Reagan voraus.

UNO setzt Berichterstatter zur Verhütung der Folter ein

Polen-Resolution abgewiesen / Mandat Ermacoras erneuert

Zü/KNA Genf

Die UNO-Menschenrechtskommission will moralischen Druck auf Staaten ausüben, in denen gefoltert wird. Aus diesem Grund hat sie auf ihrer jüngsten Sitzung beschlossen, einen „Berichterstatter zur Verhütung der Folter“ einzusetzen. Er wird künftig in seinen Berichten an die Genfer Kommission minutiös die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in den entsprechenden Staaten auflisten.

Der Versuch Washingtons, die Situation der Menschenrechte in Polen, die „weit davon entfernt ist, sich zu bessern“, durch eine Polen-Resolution anzuprangern, hat indessen in dem Plenum keine Mehrheit gefunden. Schon im vergangenen Jahr hatte der Ostblock die Verabschiedung einer derartigen UNO-Entschließung verhindert.

Demgegenüber konnten die Sowjets und ihre Satelliten nicht verhindern, daß das Mandat des Afghanistan-Berichterstatters, Felix Ermacora, verlängert wurde. Die Kommission forderte Afghanistan sogar dazu auf, mit Ermacora zusammenzuarbeiten. Im vergangenen Jahr hatte die Kabuler Regierung dem Österreicher die Einreise in bestimmte Gebiete, in denen er Menschenrechtsverletzungen durch die sowjetischen Soldaten vermutete, verweigert.

Neu ist der Auftrag an die Unterkommission für Menschenrechte, einen Text über „Freizügigkeit“ zu verfassen. Der „DDR“-Delegationsleiter in Genf, Klenner, hatte zuvor versucht, diese Entschließung mit dem Hinweis, „die Förderung der Reisetätigkeit gefährdet den Frieden“, zu verhindern.

Ohne die Ostblockländer direkt zu nennen, kritisierte der Heilige Stuhl vor der Kommission die Verletzung der Religionsfreiheit „in vielen Staaten“. Unter anderem nannte der Leiter der Beobachterdelegation des Vatikans in Genf, Giuseppe Bertello, die Behinderung von Studenten aufgrund ihrer religiösen Einstellung und die Unterdrückung von religiösen Gemeinschaften durch die Behörden im Ostblock.

„Moskauer Vorbedingungen wären abwegig“

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hält es nach Angaben aus seiner Umgebung für abwegig, daß die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen von einem Wohlverhalten der Bundesregierung in Sicherheitsfragen abhängig gemacht werden könnte. Eine solche Vorbedingung war – nach einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Tass – von dem neuen sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau aufgestellt worden.

Gorbatschow hatte erklärt, die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau hänge wesentlich davon ab, welche Politik die Bundesregierung „in Angelegenheiten verfolgt, die an die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ihrer Alliierten rühren“. Der Bundesaußenminister drehte diese Reihenfolge in einem gestern veröffentlichten „Namensartikel“ zum West-Ost-Verhältnis mit der Feststellung um, die deutsch-sowjetischen Beziehungen könnten „positive Wirkungen auch für die Sicherheitsfragen haben“.

Generell warnte Genscher davor, in der gegenwärtig zu beobachtenden neuen Phase des West-Ost-Verhältnisses und bei den damit verbundenen multilateralen und bilateralen Chancen „die zentrale Bedeutung der langfristig angelegten Beziehungen zur Sowjetunion außer acht zu lassen“.

In Bezug auf das amerikanische Forschungsprogramm für eine Weltraumverteidigung (SDI) nannte Genscher zwei wesentliche Interessen der Europäer:

1. Solange es keine bessere Strategie zur Verhinderung des Krieges gebe, müsse die „Strategie der flexiblen Antwort“ (das heißt, der atomaren Abschreckung) unverändert gültig bleiben.
2. Die Prüfung neuer Möglichkeiten zur Festigung der strategischen Stabilität müsse im Hinblick auf Europa auch Wege zum Abbau des konventionellen Ungleichgewichts einschließen. Dafür seien die Wiener MBFR-Verhandlungen und die Stockholmer KVAE-Konferenz wichtig.

Exilpolen kritisieren Glemp

JGG. Köln

Mit herber Kritik hat die Europa-Ausgabe der Londoner „Tydzien Polski“ (das größte exilpolnische Wochenblatt) die England-Reise des polnischen Primas Glemp begleitet. Die Hoffnungen, daß damit „das Exil dem Glauben, der Nation und dem Polentum nähergebracht“ wurden, „diese Erwartungen wurden leider nicht erfüllt“, schrieb das Blatt in einem Leitartikel.

Nicht ein einziges Wort habe Glemp über die große Volksbewegung „Solidarität“ verloren, heißt es weiter. Auf einer „streng kontrollierten“ Pressekonferenz habe der Kardinal mit seiner Bemerkung überrascht, daß die Armut in Polen auf das Konto der US-Sanktionen geht. Gab es denn da keine anderen Ursachen? Der Primas habe zwar den Thorner Prozeß gegen die Mörder von Kaplan Popieluszko erwähnt, was jedoch „leider nichts an der Tatsache ändert, daß seine Vertreter längere Zeit mit den Behörden darüber verhandelten, wie man Kaplan Jerzy loswerden könnte und per Stipendium nach Rom fortschicken sollte“.

Die ganze Reise sei ungenügend vorbereitet gewesen. Aus den Reden des Primas hätte man den Eindruck gewinnen können, als ob alles in der Heimat normal verlaufen würde. Der ganze Besuch bei den Polen-Zentren sei „in großer Eile“ absolviert worden, der Besuch überhaupt sei eine „vertane Chance“ gewesen, der einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen habe, und aus dem Polen, aber auch der Primas selbst, „konkrete Schlüsse ziehen“ sollten.

Die Wochenzeitung weist darauf hin, daß Reisen des Primas durch Polens Zentren in USA und Kanada aus „politischen Gründen, unter anderem wegen des Widerstandes der dortigen Emigration“ bisher verschoben werden mußten, die England-Reise also das Entrée dafür sein sollte.

„Außergesetzliche Verbannung“

KNA, Köln

Dem seit zweieinhalb Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden polnischen Theologie-Professor Frantisek Blachnicki ist nach eigenen Angaben von der polnischen Botschaft in Köln die Verlängerung seines Passes ohne Begründung abgelehnt worden. Der dem Franziskaner-Orden angehörende Theologe war Begründer der kirchlichen Jugendbewegung „Licht und Leben“ in Polen. Mit der Entscheidung der Botschaft verliert sein Paß die Gültigkeit. Er hat keine Möglichkeit mehr, nach Polen zurückzukehren. Blachnicki bezeichnete die Maßnahme der Botschaft als „eine Verbannung auf außergesetzlichem Wege“. Er sei nun gezwungen, in der Bundesrepublik Deutschland Asyl zu beantragen.

Böser Webfehler

I. G. – Das in erster Linie zur Herbeiführung unternehmensübergreifender Strukturverbesserung gedachte System der deutschen Stahlhilfe wendet sich gegen das einzige noch verbliebene Vorhaben dieser Art. Diese bittere Zwischenbilanz aus der stockenden Krupp/Klöckner-Stahlfusion zieht der Klöckner-Werke-Chef Gienow mit Mischung aus Bedauern und Verständnis. Das Bedauern gilt dem Blick auf die derzeit noch blockierten Chancen, mit stattlichem Kapitaleinschuß aus Australien und hohen Rationalisierungsvorteilen aus Standortkonzentrationen für deutsches Stahlpotential Erhebliches an Stärkung internationaler Wettbewerbsfähigkeit gewinnen zu können.

Das Verständnis gilt dem Blokkierer. Man könne doch nicht erwarten, daß ein Bundesland wie Niedersachsen, das mit der von Krupp/Klöckner geplanten Schließung der Georgsmarienhütte bei Osnabrück „den ganzen Nachteil" aus der Fusion hat, dafür auch noch zugunsten anderer Länder zahlt. Weil es nicht zahlen will, stockt die Fusion.

Die Regel, daß staatliche Strukturhilfe für die Stahlgenesung jeweils zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel vom betroffenen Bundesland zu zahlen ist, entpuppt sich hier als böser Webfehler des gut gemeinten Hilfesystems. Heilen kann ihn vermutlich nur die Bundeskasse. Wenn nicht, dann ist die Branche mit dem Scheitern dieses Fusionsprojekts um eine wesentliche Chance der Strukturbesserung ärmer.

Ungewöhnlich

HH – Es ist ganz und gar ungewöhnlich, daß sich Staatssekretär Schlecht – ein Liberaler durch und durch – zu einer Wissenschaftsschelte hinreißen läßt. Der Vorgang ist es aber auch und rechtfertigt seinen Brief nicht nur, sondern fordert ihn geradezu heraus. Dabei hatte der Auftraggeber des Gutachtens, der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus, alles so fein eingefädelt. Und die Studie war „wie bestellt": Endlich die – vermeintlich – unanfechtbare wissenschaftliche Untermauerung der vom Verband gepflegten Subventionsmentalität. Die Resonanz blieb nicht aus, frei nach dem Sprichwort: Wes das Herz (des Verbands) voll ist, des fließt der Pressespiegel über. Wer wollte da – erst recht vor dem 12. Mai (Wahltag in Nordrhein-Westfalen) und mit Blick auf die Verlängerung des Hüttenvertrags – an Kohlesubventionen rütteln? Schlecht hat Professor Hans Karl Schneider eine Kopie seines Briefes geschickt. Dieser ist nicht nur Energieexperte und neuer Vorsitzender der Fünf Weisen, sondern auch Chef des RWI-Verwaltungsrats ...

KONJUNKTUR / Kieler Institut für Weltwirtschaft kritisiert Tarifpartner

Lohnpolitik behindert in erster Linie eine Besserung der Arbeitsmarktlage

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Lohnpolitik behindert nach Ansicht des Kieler Instituts für Weltwirtschaft in erster Linie eine Besserung der Arbeitsmarktlage. Im Gegensatz zur Bundesregierung erwartet das Institut in diesem Jahr keinen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Da es auch die Investitionsdynamik schwächer einschätzt als zum Beispiel der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), rechnet es für 1985 nur mit einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um zwei und um 2,5 bis drei Prozent im nächsten Jahr.

Im zweiten Halbjahr 1984 ist die Produktion in der Bundesrepublik nach der Analyse des Instituts zügig ausgeweitet worden. Das reale Sozialprodukt lag Ende vergangenen Jahres rund drei Prozent über dem Vorjahresniveau. Anfang 1985 seien jedoch vielfach Zweifel an der Fortsetzung dieser Entwicklung aufgekommen. Dazu habe vor allem der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen beigetragen, der nur zum Teil mit dem Wintereinbruch erklärt werden könne. Auch die erneuten Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung und die Ungewißheit über die Abgasregelung für Automobile hätten Konsumenten und Investoren verunsichert.

Die höheren Unternehmensgewinne basierten vor allem auf Exporterfolgen. Da weiterhin Unsicherheit darüber bestehe, ob die Aufwertung des Dollars von Bestand sein wird, zögerten die Unternehmen vielfach, in neue Exportkapazitäten zu investieren. Zudem bewirke der Tarifvertrag über die Arbeitszeitverkürzung einen erheblichen Kostendruck, da die Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Wochenarbeitszeit nicht so genutzt würden, daß ein nennenswerter kostensenkender Effekt eintritt. „Die Anreize, die Produktionskapazitäten im Inland zu erweitern, dürften daher sehr gering sein", heißt es.

Investitionen würden vor allem arbeitssparender Natur sein. Wenn es dadurch gelinge, den Anstieg der Lohn- und Stückkosten zu drücken, so sei dies ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung inländischer Betriebsstätten. „Ein Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungslage ist es aber nicht, noch weniger ein Indiz für ein allgemein günstiges Investitionsklima", meint das Institut. Durch die jüngsten Erhöhungen der Beitragssätze der Rentenversicherung und des Wohngeldes sowie der Ankündigung neuer Transferzahlungen und Arbeitsplatzgarantien (Erziehungsgeld) seien Leistungsbereitschaft, Unternehmerinitiative und Risikofreude tendenziell eher geschwächt worden. Die Reform der Lohn- und Einkommensteuer gehe zwar in die richtige Richtung, bleibe jedoch hinter den Erwartungen zurück.

Die Besserung der Arbeitsmarktlage sei vor allem durch die Lohnpolitik behindert worden. Es wäre notwendig, den Einsatz von Arbeit im Verhältnis zum Kapital zu verbilligen. Davon könne nach den Lohnabschlüssen 1984 nicht die Rede sein.

Die Ausgaben der Inländer würden 1985 nur mäßig steigen. Nur der Export werde die Entwicklung 1985 eindeutig begünstigen. Das reale Sozialprodukt dürfte 1985 um rund zwei Prozent steigen, rund die Hälfte davon gehe auf das Konto der Ausfuhren. Aufgrund der erwarteten leichten Lockerung der Geldpolitik, der steuerlichen Entlastung und des Inkrafttretens von großzügigeren steuerlichen Regelungen für den Wohnungsbau sei 1986 mit einer Zunahme des Sozialprodukts von 2,5 bis drei Prozent zu rechnen. 1985 werde daher die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt noch einmal steigen, 1986 aber stagnieren.

Für die Industrieländer insgesamt zeichnet sich nach Ansicht des Instituts eine konjunkturelle Expansion von jeweils drei Prozent in diesem und im nächsten Jahr ab. Nur in den USA dürfte die Zahl der Arbeitslosen leicht zurückgehen. Der Bonner Wirtschaftsgipfel Anfang Mai stehe daher im Zeichen schwächerer Konjunktur. „Sicherlich trägt die amerikanische Finanzpolitik zu den hohen Zinsen bei, allerdings nicht so sehr über die Haushaltsdefizite selbst, als vielmehr durch die steuerpolitischen Bedingungen, die die Renditen von Investitionen so stark begünstigen und deshalb auch ausländisches Finanzkapital anziehen", schreibt das Institut.

SCHLECHT ZUM RWI-GUTACHTEN

Erwerbslosigkeit ist kein Argument für Subventionen

HEINZ HECK, Bonn

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, hat sich mit seiner unverhohlenen Befürwortung der in der Bundesrepublik gezahlten Milliardensubventionen für die Steinkohle massive Kritik des Bonner Wirtschafts-Staatssekretärs Otto Schlecht eingehandelt. Das RWI hatte, wie berichtet, im Auftrag des Gesamtverbands des deutschen Steinkohlenbergbaus, Essen, ein Gutachten „Zur volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Steinkohlenbergbaus" erstellt.

Eine der Kernthesen galt der volkswirtschaftlichen Beurteilung von Subventionen. Solange keine Vollbeschäftigung erreicht sei, „konkurrieren subventionierte Arbeitsplätze nicht gegen wirtschaftlich gesunde Arbeitsplätze, sondern gegen ‚Arbeitsplätze mit einer Produktivität von Null' (Arbeitslosigkeit)". Bei chronischer Massenarbeitslosigkeit seien Subventionen „nicht nur aus sozial- oder regionalpolitischen Motiven, sondern auch unter ökonomischen Kriterien vertretbar". Sie korrigierten „in einer marktkonformen, das heißt die Preisstrukturen kaum verändernden Weise" und seien wegen dieser Eigenschaften „unter ordnungspolitischem Gesichtswinkel die am wenigsten kritikwürdige Form der staatlichen Intervention".

Hier setzt Schlechts Kritik in einem Schreiben an das RWI-Direktorium ein. „Die eigentliche Problematik" sieht er darin, daß sich damit praktisch alle Arten von Subventionen rechtfertigen ließen, solange keine Vollbeschäftigung herrscht. Er wendet ein, „daß unter ökonomischen Kriterien Subventionen – vor allem branchenkonservierende – in erheblichem Maße struktur- und wettbewerbsverzerrend sind und den an sich unter marktwirtschaftlichen Gegebenheiten ständig notwendigen gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozeß stark behindern. Die künstliche Kostenentlastung eines Gutes bedeutet unvermeidlich eine wettbewerbliche Benachteiligung anderer hiermit konkurrierender Güter mit entsprechenden Wirkungen auf die Preis- und Marktstrukturen."

Ressourcen, also auch Investitionskapital, würden in nicht optimale Verwendungsarten gelenkt; rentable Investitionen mit höherem Wirkungsgrad fielen entsprechend geringer aus. Die Schlußfolgerungen des Gutachtens ließen auch „völlig außer acht", daß ein anderer Einsatz öffentlicher Mittel der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze besser dienen könnte, wenn auch vielleicht nicht in dieser Branche.

Das Gutachten könnte auch so verstanden werden, daß die negativen Auswirkungen einer falschen Tarifpolitik auf die Arbeitsplätze „aus der Staatskasse ausgeglichen werden". Schlecht hält die Position auch nicht mit anderen Institutsäußerungen (zum Beispiel Strukturbericht 1983) für „vereinbar".

Handwerk im Umbruch

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der unverkennbare gesamtwirtschaftliche Aufschwung – vor allem von der guten Exportentwicklung getragen – wirkt sich nur auf einen Teil des deutschen Handwerks positiv aus. Zulieferer der Industrie profitieren am meisten von den wirtschaftlichen Erfolgen des vergangenen Jahres. Maschinenbauer, Werkzeugmacher, Dreher und Feinmechaniker berichten über eine gute Auftrags- und Beschäftigungslage. Günstig beurteilt auch das Nahrungsmittelhandwerk seine Situation. Im Wettbewerb mit den Großvertriebsformen des Handels konnte dieser Zweig seine Position sogar verbessern. Allerdings war er bislang ohnehin nahezu konjunkturunabhängig.

Noch zufrieden zeigen sich auch die Nähmaschinen-, Zweirad- und Büromaschinenmechaniker. Ihre Kollegen aus dem Kraftfahrzeug-Handwerk, die durchweg auch im Neu- und Gebrauchtwagenhandel aktiv sind, machen indes schon trübe Gesichter. Die Diskussion über den Katalysator hat zu einer erheblichen Kaufzurückhaltung geführt.

Einen richtig notleidenden Anblick bieten jedoch die Handwerkszweige, die direkt und indirekt vom Baugewerbe abhängen; angefangen bei den Maurern und Zimmerern bis hin zu Installateuren, Malern und Fliesenlegern. Der Wohnungsbau ist inzwischen fast ganz zum Erliegen gekommen; und die öffentlichen Hände leiden unter Sparmaßnahmen, was sich auch im Straßenbau niederschlägt.

Kein Wunder also, daß im Baugewerbe große Krisenstimmung herrscht. Durch die Jagd nach Aufträgen um jeden Preis kann es leicht passieren, daß mit Verlust gearbeitet wird. Im Wettbewerb mit den sich häufenden Schwarzmarktangeboten unterliegen viele Unternehmen trotzdem noch. Denn der Punkt ist, daß die Lohnnebenkosten in dieser Branche inzwischen bei rund 80 Prozent liegen. Von den jährlich zu bezahlenden 2080 Arbeitsstunden werden nur noch 1450 produktiv geleistet.

So verwundert es nicht, daß sich die Insolvenzen in diesen Handwerkszweigen häufen. Ein Hoffnungsschimmer zeichnet sich jedoch ab: Möglicherweise schrumpft sich die Branche gesund. Denn nach Meinung der Handwerkskammern ist der Bausektor immer noch um etwa 25 bis 30 Prozent überbesetzt. Das Baugewerbe gibt ein Beispiel dafür ab, wie sich die Anforderungen im Handwerk ändern und zu einem Strukturwandel führen. In Zukunft wird weniger gebaut. Das Hauptgewicht liegt vielmehr auf der Erhaltung vorhandener Bausubstanzen. Man wird pfleglicher mit dem umgehen müssen, was noch vorhanden ist, und das nicht nur bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen. Schon jetzt stehen im Bundesgebiet rund 2000 ausgebildete, qualifizierte „Restaurateure" zur Verfügung; ein völlig neuer handwerklicher Berufszweig, ausgebildet in Lehrgängen nach polnischem Vorbild. Polnische Fachkräfte mußten seinerzeit noch den Prinzipalmarkt in Münster wieder aufbauen, in Zukunft stehen für solche Aufgaben auch deutsche Spezialisten zur Verfügung.

Überhaupt ändert sich einiges im Ausbildungsgang des Handwerks. Er bleibt nicht mehr nur auf den traditionellen Dreiklang von Lehrling, Geselle und Meister beschränkt. In Berlin gibt es bereits den Betriebsassistenten im Handwerk – betriebswirtschaftlich ausgebildete Fachkräfte, deren Ausbildung vom Senat gefördert wird. Schon mehr als 150 feste Arbeitsplätze konnten vermittelt werden.

Im Bundesgebiet entstanden unter Federführung der Handwerkskammer Stuttgart insgesamt 22 sogenannte Akademien des Handwerks. Vier Semester mit Vorlesungen jeweils an den Samstagen dauert hier die Ausbildung zum Betriebswirt im Handwerk. Zum Stoffplan gehören Recht, Volks- und Betriebswirtschaft sowie Personalwesen, den Umgang mit Computern und sonstigen modernen Medien eingeschlossen.

Das Handwerk befindet sich also im Umbruch. Es wird aber seine Strukturprobleme weitgehend aus eigener Kraft lösen – genau wie im vorigen Jahrhundert, als es nicht vor dem Ansturm der neuentstandenen Industrie kapitulierte. So wird das Handwerk auch in Zukunft ein integrierter Bestandteil der Gesamtwirtschaft bleiben, sich seiner Bedeutung, aber auch seiner Verpflichtung bewußt. Die in jüngster Zeit trotz aller internen Sorgen zusätzlich zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze machen das mehr als deutlich.

AUF EIN WORT



„Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat beim Thema „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionskapital" offensichtlich immer noch Berührungsängste. Er läuft damit Gefahr, sich von vielen seiner Mitglieder zu entfremden, vor allem von den jungen Aufsteigern aus den Bereichen der neuen Technologien. Das gilt aber auch für die Arbeitgeber-Seite, die sich hier noch sehr schwer tut."

Michael Lezius, Geschäftsführer der AGP-Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e. V., Kassel. FOTO: DIE WELT

In der EG weniger Stahlarbeitsplätze

dpa/VWD, Brüssel

Der Schrumpfungsprozeß des Arbeitsangebots in der europäischen Stahlindustrie hat sich 1984 fortgesetzt. Nach Angaben der EG-Kommission waren Ende 1984 in der Stahlindustrie der EG (ohne Griechenland) noch 446 300 Arbeitnehmer beschäftigt, 32 900 weniger als 1983. Fünf Jahre zuvor zählte die Stahlindustrie noch 670 200 Beschäftigte. Die stärksten Verluste werden für die Bundesrepublik gemeldet, wo die Zahl der Stahlkocher um 11 500 auf 152 200 sank.

EG-SÜDERWEITERUNG

Schwerpunkte lagen wieder bei bilateralen Gesprächen

WILHELM HADLER, Brüssel

Nur mühsam vorangekommen sind gestern die Beitrittsverhandlungen zwischen der EG und den iberischen Ländern. Da es der Gemeinschaft noch nicht gelungen war, sich in einigen Schlüsselbereichen zu gemeinsamen Positionen zusammenzuraufen, lag der Schwerpunkt der Gespräche wieder bei bilateralen Kontakten zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten und Sondierungen mit den Spaniern und Portugiesen.

Schon am Sonntag hatte die italienische Präsidentschaft nach dem „Beichtstuhlverfahren" die Kompromißbereitschaft der einzelnen Regierungen auszuloten versucht. Dabei zeigte sich, daß einige Delegationen – offenbar aus taktischen Gründen – ihre Forderungsliste gegenüber den bisherigen Verhandlungsstandort vergrößert hatten. So gut wie keine Bewegung gab es vor allem in der Frage des Zugangs spanischer Fischer zu den Fanggründen der EG. Hier erwiesen sich vor allem die Dänen, Iren und Briten als hartnäckige Verfechter nationaler Interessen.

Dagegen ließ Bundesaußenminister Genscher erkennen, daß die Regierung in Bonn beim Problem der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und beim Kindergeld noch Verhandlungsspielraum besitze. Er richtete einen Appell an die EG-Partner, ihrerseits Kompromißbereitschaft zu zeigen, da der bevorstehende EG-Gipfel allenfalls noch ein oder zwei übriggebliebene Beitrittsthemen regeln könne.

Spaniens Außenminister Fernando Moran strahlte Optimismus aus: Bei gutem Willen könnten alle noch offenen Probleme gelöst werden.

SPARER-SCHUTZGEMEINSCHAFT

Schützenhilfe für Bonns reservierte Haltung zum Ecu

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die jüngsten Pläne zur verstärkten Währungsintegration in der EG sind nach Ansicht der „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer" untauglich. Daher unterstützt die Organisation, die von den Verbänden des Kreditgewerbes getragen wird, die reservierte Haltung von Bundesregierung und Bundesbank. Es gehe bei den Plänen nicht um die eine oder andere Milliarde, sondern um Fragen von ordnungspolitischem Rang.

Daher sollte die Bundesregierung ihren Standpunkt den Partnern unmißverständlich darlegen und keine Erwartungen wecken, indem sie Zugeständnisse von der Erfüllung bestimmter Forderungen wie der Liberalisierung des Kapitalverkehrs oder einer Verringerung der Lira-Bandbreite abhängig mache. Sofern überhaupt Raum für Zugeständnisse bestehe, ende er nicht erst bei der Übertragung der geldpolitischen Verantwortung an eine europäische Notenbank, sondern bereits dort, wo die stabilitätspolitische Handlungsfähigkeit der Bundesbank gefährdet oder auch nur eingeschränkt wird.

Ziel der jüngsten Bestrebungen, die auch von dem neuen Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, nachdrücklich unterstützt werden, ist es, die monetären Rahmenbedingungen zu verbessern und so von dieser Seite die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu vergrößern. Die eigentlichen Ursachen der desolaten Verfassung der EG liegen nach Ansicht der Sparer-Schutzgemeinschaft nicht im Mangel an Zahlungsbilanzkrediten oder gar im Fehlen einer europäischen Währung und einer europäischen Notenbank. Hauptursachen seien vielmehr der Mangel an wirtschaftlicher Dynamik und an stabilitätspolitischer Disziplin.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kommunen nahmen mehr Steuern ein

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Kommunen haben im vergangenen Jahr 6,2 Prozent mehr Steuern eingenommen als 1983. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden, stiegen die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände (einschließlich des kommunalen Bereichs der Stadtstaaten) um 3,3 Mrd. auf 57,1 Mrd. DM. Mit jeweils 24 Mrd. waren die beiden größten Einnahmeposten der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und die den Gemeinden nach Abzug der an Bund und Länder abgeführten Gewerbesteuerumlage verbliebene Gewerbesteuer. Sie machten zusammen fast 85 Prozent aller kommunalen Steuereinnahmen aus.

Treffen der Opec

Genf (dpa/VWD) – Der Ordnungsausschuß der Organisation Erdölexportierender Länder (Opec) unter Vorsitz des saudiarabischen Ölministers Scheich Ahmed Saki Jamani soll nach Informationen aus Diplomatenkreisen heute in Genf zu Gesprächen zusammenkommen. Im Mittelpunkt der Gespräche wird nach Auskunft von Beobachtern die Entscheidung Großbritanniens, die staatliche Ölgesellschaft (BNOC) aufzulösen, stehen und deren Auswirkung auf die Preisstruktur der OPEC. Unklarheit herrschte gestern darüber, ob eventuell auch der Preisüberwachungsausschuß anwesend sein wird.

Dollar gibt nach

Frankfurt (dpa/VWD) – Der US-Dollar verlor zum Wochenbeginn gut zweieinhalb Pfennig. Der amtliche Mittelkurs wurde gestern in Frankfurt mit 3,3756 DM nach 3,4015 DM am Freitag ohne offizielle Mitwirkung der Deutschen Bundesbank festgestellt.

Export trägt Autogeschäft

Frankfurt (adh) - Knapp zwei Drittel der Produktion der deutschen Automobilindustrie an Pkw und Kombiwagen gingen im Februar in das Ausland: Insgesamt 240 800 der 375 000 produzierten Automobile waren für ausländische Kunden bestimmt. Damit lag die Pkw/Kombiproduktion pro Arbeitstag um vier Prozent höher als im Februar 1984, der Export war sogar 19 Prozent höher als vor Jahresfrist. Saisonbereinigt, so merkt der Verband der Automobilindustrie an, liege das Februar-Ergebnis aber niedriger als in den vorangegangenen vier Monaten.

Schlechte Lage am Bau

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Zukunftsperspektiven für die Bauwirtschaft verschlechtern sich zunehmend und werfen einen dunklen Schatten auf die Konjunktur in der Bundesrepublik. Zu dieser Lageeinschätzung kommt die Berliner Handels- und Frankfurter Bank. Die negativen Perspektiven für die Bauwirtschaft kommen insbesondere in der Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe zum Ausdruck. Nach einer kräftigen Zunahme 1983 um fast zehn Prozent seien sie 1984 um 5,8 Prozent zurückgegangen.

BGH zu Pfändungen

Karlsruhe (rtr) – Geschäftsbanken, die Kontoüberziehungen eines Kunden nur dulden, können nicht gezwungen werden, Pfändungen hinzunehmen, die ihrerseits zu einer Überziehung des Kontos führen würden. Nach dieser gestern bekanntgegebenen Grundsatzentscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) besteht ein Anspruch auf Auszahlung eines Kontokorrentkredites nur dann, wenn die Bank ihrem Kunden vertraglich eine Kreditlinie eingeräumt hat (AZ: IX 9 ZR 65/84).

Rücklagen gestärkt

Frankfurt (adh) – Voll in die Rücklagen stellen will die Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, den im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) erzielten Jahresüberschuß von 17 Mill. DM. Bereits das Vorjahresergebnis in Höhe von 25 Mill. DM war zur Stärkung des Unternehmens verwandt worden, das sich für das Geschäftsjahr 1984/85 die Rückkehr zur „Dividendennormalität" vorgenommen hat. Die MG hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Konzernumsatz von 10,3 Mrd. DM erzielt.

AUSSENWIRTSCHAFT

Wieder Gespräch mit Polen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Zum erstenmal in den achtziger Jahren tagt in dieser Woche wieder die deutsch-polnische Gemischte Wirtschaftskommission, die turnusmäßig jährlich zusammentreten soll. Wegen der Ereignisse in Polen fand die letzte Sitzung 1979 in Bonn statt.

Am Donnerstag reist Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann mit einer Delegation, der auch hochrangige Vertreter der deutschen Wirtschaft angehören, zu den zweitägigen Beratungen nach Warschau. Die polnische Delegation wird von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Janusz Obodowski geleitet. Bangemann trifft in Warschau auch zu politischen Gesprächen mit Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski und Außenminister Stefan Olszowski zusammen.

Wichtigster Punkt der Tagesordnung ist die Verlängerung des Kooperationsabkommens aus dem Jahre 1974 um zehn Jahre. Die Vereinbarung wird von von den beiden Vorsitzenden Bangemann und Obodowski unterzeichnet. Die Kooperationsbeziehungen waren in den letzten Jah*ren unterbrochen.*

Beide Seiten sehen in der Normalisierung der Finanzbeziehungen eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Zusammenarbeit wieder belebt werden kann. Nach Abschluß einer Umschuldungsvereinbarung mit *den Banken hat Polen am 15. Januar* dieses Jahres im Pariser Club auch mit den staatlichen Gläubigern eine Umschuldungsvereinbarung für die Fälligkeiten 1982 bis 1984 paraphiert. Dies wird nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums übereinstimmend *als wichtiger Schritt auf* dem Wege der Normalisierung der Finanzbeziehungen bewertet.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich nach den Rückschlägen der vergangenen Jahre 1984 wieder recht positiv ent*wickelt. Das Volumen des Warenaus*tauschs stieg um 19 Prozent auf 5,1 Milliarden Mark und erreichte wieder das Niveau von 1980. Die Einfuhren aus Polen – Kohle, Kupfer, Textilien, Chemikalien und Eisen und Stahl – nahmen um 27 Prozent auf 2,8 Milliarden Mark zu. Die *Exporte nach* Polen – Chemikalien, Maschinen, Textilien – erhöhten sich um elf Prozent auf 2,4 Milliarden Mark.

KLÖCKNER-WERKE / Gienow: Im Stahlbereich des Konzerns kommt „so oder so" der Aufbruch zu neuen Ufern

Niedersachsens Veto blockiert den Fusionsplan

JOACHIM GEHLHOFF, **Duisburg**

Die Tagesordnung zur Hauptversammlung am 29. Mai „wird nachgereicht". Mehr als das kann der Vorstand der Klöckner-Werke AG, Duisburg, zur Stunde noch immer nicht auf die Kardinalfrage antworten, ob die geplante Krupp/Klöckner-Stahlfusion mit Australiens Rohstoffkon*zern CRA als drittem Partner tatsäch*lich und dann rückwirkend zum Jahresanfang Wirklichkeit wird.

Noch hat man, wie der an die äußerste Grenze hinausgeschobene Hauptversammlungstermin zeigt, große Hoffnung. Aber noch keine Klarheit darüber, ob auf politischer Ebene der Widerstand Niedersachsens überwunden werden kann. Die CDU-Regierung dieses Bundeslandes lehnt es kategorisch ab, die von den Fusionspartnern vorgesehene Stillegung von Klöckners Georgsmarienhütte bei Osnabrück (1900 Arbeitsplätze mit 320 Mill. DM Schließungskosten) auch noch mit dem üblichen Länder-Drittel an der öffentlichen Strukturhilfe für die Sanierung der Stahlindustrie zu begleiten.

Gibt es aus diesem Veto keinen Ausweg, dann ist offensichtlich die gesamte Fusion, die aus Produktkonzentrationen auf günstigste Standorte rund 3000 Arbeitsplätze mit 700 Mill. DM Schließungskosten ausmerzen und jährlich „mindestens" 250 Mill. DM Kostenvorteil bringen soll, rettungslos in der Sackgasse.

Denn wenn nicht, von erhoffter größerer Staatshilfe abgesehen, wenigstens nach bisherigem Bonner Stahlhilfeprogramm die Hälfte des neuen „Strukturbesserungsaufwands" von 700 Mill. DM aus öffentlichen Kassen kommt, zieht sich der australische Partner mit seiner angebotenen Eigenkapitaleinlage von 525 Mill. DM gewiß wieder zurück, wird die Anlauflast der Fusion für Krupp/-Klöckner zu groß.

Einen bitteren Vorgeschmack des Niedersachsen-Vetos zeigen die Klöckner-Werke bereits in ihrem jetzt vorgelegten Abschluß 1983/84 (30. 9.). Nach dem bereits zu 85 Prozent im Berichtsjahr realisierten Strukturbesserungs- und Stillegungsaufwand aus bisherigem „Alleingangkonzept" hätte man eigentlich 275 Mill. DM Bund/Länderhilfe als Sonderertrag (die Hälfte des Aufwands für Sozialpläne und Teilwertabschreibungen) einbuchen müssen. Doch 75 Mill. DM davon fielen „vorerst" aus, weil Niedersachsen seinen Drittel-Anteil daran wegen der von Krupp/Klöckner geplanten Stillegung der Georgsmarienhütte blockierte und damit auch die 50 Mill. DM aus der Bonner Kasse auf Eis legte.

Doch ohne Irritation durch das Fusionsgezerre verkündet Konzern-Chef Gienow: Der Aufbruch des Klöckner-Stahlbereichs zu neuen Ufern kommt nun 1984/85 „so oder so". Die AG wird ihren Stahlbereich ausgliedern. In Vorbereitung dazu wurde das immobile Vermögen des Stahlpotentials 1983/84 in zwei offene ndelsgesellschaften mit dem Resultat von 737 Mill. DM Aufwertungs-Buchgewinn ausgegliedert.

Zumal aus diesem „Veräußerungsgewinn" und aus der gezahlten öffentlichen Struktur- und Investitionshilfe schaffte der Konzern den Ausgleich seines Strukturbesserungsprogramms, die Auffüllung der Dekkungslücke von 360 Mill. DM bei den Pensionsrückstellungen und trotz eines Neuverlusts von 148 (245) Mill. DM aus laufenden Geschäft eine erst*mals wieder mit hauchdünnem* Gewinn abschließende Jahresrechnung.

Für 1984/85 sieht's besser aus. Der Stahl habe nun die Verlustzone verlassen; die stahlferne Verarbeitung mit reichlich 2 Mrd. DM Weltumsatz und etwa 83 (52) Mill. DM Gewinn – davon 30 (23) Mill. DM bei Auslandstöchtern thesauriert – befinde sich weiterhin im Aufwärtstrend. Doch im allfälligen „Alleingang", darüber läßt der Vorstand keinen Zweifel, werde die notwendige weitere Verbesserung der Stahlstruktur „schwieriger und noch härter" als bei der Fusion.

Das dürfte dann gewiß auch für die Rückkehr zur Dividendenkraft gelten. Auf einige weitere Hungerjahre müssen sich *die 40 000 Eigentümer* von 469 Mill. DM Aktienkapital (zu gut der Hälfte bei Klöckner-Familiengruppe) ohnehin gefaßt machen.

Klöckner-Konzern	1983/84	±%
Weltumsatz [1]	6728	+ 6,3
Auslandsanteil (%) [1]	46,3	(44,5)
Rohstahl (1000 t) [1]	4271	- 5,3
davon Strangguß	79,0	(63,0)
Walzstahl [1]	4105	+ 5,0
Belegschaft (30.9.)[1]	31 946	- 5,5
Sachinvestitionen [2]	224	- 28,1
Sachabschreibungen [2]	586	+131,0
Zinsaufwandsaldo [2]	253	- 4,1
Jahresergebnis	5	(-140)

[1]Mit Maxhütte. [2]1983/84 ohne Maxhütte.

HANOMAG / Öffentliche Hand soll Zusage halten

Konkurs prägt Ergebnis

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Hanomag Baumaschinen Produktion und Vertrieb GmbH, Hannover, geht davon aus, daß *die öffentliche* Hand zu ihren im April 1984 abgegebenen Absichtserklärungen und Zusicherungen steht und „die Investitionsvorhaben in geeigneter Weise fördern wird". Das erklärte Wolfgang Freimuth, Sprecher der Hanomag-Geschäftsführung, gestern in Hannover. Zur Höhe der ins Auge gefaßten Zuschüsse wollte Freimuth nichts sagen.

Es sei erforderlich, die Produktionsstätte am jetzigen Standort durch Investitionen in Höhe von 25 Mill. DM zu rationalisieren. Ende April müsse Hanomag zudem auf das Angebot der Grundstückseigner reagieren, die das Gelände für 35 Mill. DM verkaufen wollen. Freimuth wies darauf hin, daß die Prüfung von Al*ternativen fortgesetzt* werde.

Im Rumpfgeschäftsjahr 1984 (acht Monate) habe die „neue" Hanomag 711 Baumaschinen abgesetzt. Unter Einbeziehung der Ersatzteile errechne sich ein Umsatz von gut 165 Mill. DM. Den Gewinn vor Steuern bezifferte Freimuth auf 49,7 Mill. DM. Wenngleich der überwiegende Teil des Überschusses auf Übernahmeeffekten beruhe, habe das operative Geschäft doch einen zweistelligen Millionen-Betrag beigesteuert. Freimuth räumte ein, daß „ohne den Konkurs diese Ergebnisse nicht möglich gewesen wären".

Die erfreuliche Geschäftsentwicklung habe sich in den ersten Wochen des neuen Jahres fortgesetzt. Seit En*de 1984 sei die Belegschaft* um 100 auf 850 Mitarbeiter aufgestockt worden. Die Planungen sähen für 1985 den Bau und den Absatz von rund 1500 Einheiten vor. Der Umsatz soll 280 bis 300 Mill. DM erreichen. Derzeit liege der Exportanteil bei 65 Prozent. Hanomag strebe mittelfristig einen inländischen Umsatzanteil von 40 Prozent an.

Die Ergebnisprognosen wollte Freimuth nicht quantifizieren. Vorgesehen sei aber, daß sich das Verhält*nis* „Übernahmeeffekte/Operatives Geschäft" umkehre. Derzeit erreiche Hanomag die Gewinnschwelle. Die finanzielle Situation des Unternehmens werde sich im laufenden Jahr verbessern: Die Eigenmittel, die Ende 1984 bei 11 Mill. DM lagen, sollen bei einer Bilanzsumme von 110 Mill. DM auf rund 35 Mill. DM steigen.

AESCULAP / Der Umsatz ist um elf Prozent gestiegen

Kapazität voll ausgelastet

dpa/VWD, **Tuttlingen**

Die Aesculap-Werke AG, Tuttlingen, Hersteller von medizin-mechanischen Instrumenten und Geräten sowie von Implantaten und Endoprothesen, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. September) ihren Umsatz um 11,4 Prozent auf 183,4 Millionen DM gesteigert. Der Exportanteil hat sich nach Angaben des Unternehmens auf 61,8 (62,9) Prozent verringert. Der Weltumsatz sei vor allem wegen der günstigen Geschäftsentwicklung in den USA und Frankreich, um 13,7 Prozent auf 208,5 Millionen DM gewachsen. Das Betriebsergebnis sei bei voller Kapazitätsauslastung verbessert worden.

Aus dem Bilanzgewinn von 2,8 (2,5) Millionen DM soll eine auf neun (acht) DM je 50-DM-Aktie erhöhte Dividende auf das unveränderte Aktienkapital von 15,4 Millionen DM ausgeschüttet werden. Mehrheitsaktionär ist die B. Braun Melsungen AG, Melsungen/Hessen. In das neue Geschäftsjahr ist Aesculap mit einem Auftragsbestand von etwa 50 Millionen DM gegangen. In den ersten fünf Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1984/85 habe der Auftragseingang um zehn bis 15 Prozent über dem gleichen Vorjahreszeitraum gelegen. Die Belegschaft von 1728 Mitarbeitern werde im laufenden Jahr um etwa 100 Beschäftigte aufgestockt.

Aesculap will gemeinsam mit Carl Zeiss, Oberkochen, an der Universität Ulm eine Stiftung gründen, die sich mit der Laser-Anwendung in der Medizin befassen wird. Der im Herbst 1984 angekündigte Kooperationsvertrag zwischen der Freien Universität Berlin und der in Gründung befindlichen Laser-Medizin-Zentrum GmbH, Berlin, ist jetzt unterzeichnet worden.

ALBINGIA / Schadenverlauf teilweise verbessert

Beitragseinnahmen erhöht

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Albingia Versicherungs-AG, Hamburg, hat in der Gesamtrechnung 1984 ein nahezu unverändertes Bruttoergebnis von 52 Mill. DM erzielt. Aus dem Jahresüberschuß von 18 (i. V. 17) Mill. DM werden 10 Mill. DM der freien Rücklage zugeführt und der verbleibende Bilanzgewinn in Form einer unveränderten Dividende von 16 Prozent ausgeschüttet (HV am 11. Juli).

Wie es in einem Aktionärsbrief heißt, ist in der versicherungstechnischen Rechnung ein Verlust von 3 Mill. DM aufgetreten. Hier wirkt sich aus, daß als Folge des zum Teil deutlich verbesserten Schadenverlaufs ein gegenüber dem Vorjahr doppelt so hoher Betrag von 10 Mill. DM der Schwankungsrückstellung zugeführt worden ist. Im selbstübernommenen Geschäft erzielt die Albingia einen Gewinn von 17 Mill. DM, in dem in Rückdeckung übernommenen Geschäft einen Verlust von 10 Mill. DM.

Vor dem Hintergrund einer verbesserten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und einer nicht mehr ganz so restriktiven Zeichnungspolitik stiegen die Beitragseinnahmen um 7,4 Prozent auf 1,03 Mrd. DM. Während der Schadenverlauf in der allgemeinen Unfall- und Transportversicherung, im Allgemeinen Sachgeschäft und in der Feuerversicherung besser war, entstanden höhere Schäden in der Allgemeinen Unfall- und in der Kraftfahrtversicherung.

Die Albingia Lebensversicherung steigerte das Neugeschäft um 4,7 Prozent und den Überschuß um 13,6 Prozent auf 74 Mill. DM. Der Bilanzgewinn von 1,6 Mill. DM wird in Form von 16 Prozent Dividende ausgeschüttet.

HAMBURGER BANK / Deutliches Plus im Betriebsergebnis

Konsolidierung ist gelungen

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Konsolidierung der Finanzstruktur sowie die Stärkung der Ertragskraft standen im Mittelpunkt der Aktivitäten der Hamburger Bank Volksbank eG im Jahre 1984. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Rolf Lürig ist die Konsolidierungsphase im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen worden. Endgültig bereinigt ist vor allem die Sanierung der 1982 übernommenen Volksbank im Wirtschaftsraum Geestacht, die die Hamburger Bank mit insgesamt 7 bis 8 Mill. DM belastet haben dürfte.

Bei einem nahezu unveränderten Geschäftsvolumen von 1,19 Mrd. DM und einer Bilanzsumme von 1,1 Mrd. DM stieg der Überschuß aus Zinsen und Provisionen um 9,5 Prozent auf 50,5 Mill. DM. Die Zinsspanne, die zum Jahresanfang 3,01 Prozent betragen hatte, lag zum Jahresende bei 3,14 Prozent. Das Teilbetriebsergebnis verbesserte sich um 30,5 Prozent auf 10,7 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 3,5 Mill. DM sollen 2,5 Mill. DM der freien Rücklage zugeführt und der Rest an die Mitglieder ausgeschüttet werden. Die Eigenmittel erreichen jetzt 42,3 Mill. DM oder 3,84 Prozent der Bilanzsumme.

In der Stagnation des Geschäftsvolumens, so betont Lürig, schlage sich die Politik nieder, der inneren Stärkung der Bank den Vorzug vor weiterer Expansion zu geben. Auch für die nähere Zukunft gebe es keine Pläne, etwa durch Fusionen oder Zusammenschlüsse im Raum Hamburg zu expandieren. Zur Geschäftsentwicklung im Jahr 1985 erklärt Lürig, daß sich das Kreditvolumen vor allem wegen der Schwäche im Baugewerbe nur um 1,9 Prozent auf 803 Mill. DM ausgeweitet habe.

Olivetti erzielt einen Rekordgewinn

dpa/VWD, **Mailand**

Der italienische Informatik-Konzern Olivetti SpA in Ivrea hat 1984 seinen Umsatz um 36,2 Prozent auf 2552,5 Mrd. Lire (4,2 Mrd. DM) erhöht, *seinen Reingewinn um 69 Prozent auf* 237,1 Mrd. Lire (388 Mill. DM) gesteigert und ein Rekordergebnis in der Geschichte des Unternehmens erzielt. Zu dem starken Umsatz- und Gewinnwachstum trug nicht zuletzt der kräftig gestiegene Absatz auf dem US-Markt bei, wo Olivetti zusammen mit dem US-Partner AT+T operiert. Investiert wurden in Anlagen 203 Mrd. Lire (332 Mill. DM), 42,2 Prozent mehr als 1983.

Die Investitionen für Forschung und Entwicklung erhöhten sich gleichzeitig um 21,8 Prozent auf 156,8 Mrd. Lire (257 Mill. DM). Ebenfalls kräftig gestiegen ist der konsolidierte Konzernumsatz der Gruppe, der um 22,4 Prozent auf 4573,9 Mrd. Lire (7,5 Mrd. DM) zunahm. Olivetti hat 1984 nach mehreren Jahren erstmals wieder neue Arbeitsplätze geschaffen. Allein in Italien wurden 1272 Personen neu eingestellt.

HOLZMANN / Probleme der Bauwirtschaft spürbar

Aufträge in USA zogen an

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Ein „insgesamt zufriedenstellendes Ergebnis" kündigt der Vorstand der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, des größten deutschen Baukonzerns, den Aktionären in seinem jetzt vorgelegten ersten Überblick über das vergangene Jahr an. Dabei spürte auch Holzmann die schwierigeren Marktbedingungen in der Bauwirtschaft: Das Inlandsergebnis der Muttergesellschaft ist deshalb nur ausgeglichen, heißt es im Aktionärsbrief. Für Überkompensation sorgte freilich einmal mehr das Ausland, es wurden Aufträge „zu besseren Bedingungen" aus den Vorjahren abgewickelt, und auch die US-Gesellschaften leisteten einen positiven Beitrag.

Das rechtzeitige US-Engagement, begonnen mit dem Erwerb von Jones, zahlt sich für Holzmann von Jahr zu Jahr stärker aus: Während das Neugeschäft im Inland nach dem guten Jahr 1983 um rund ein Fünftel kleiner wurde und sich im übrigen Ausland um mehr als ein Drittel reduzierte, zogen die Aufträge in den USA deutlich an. Am Jahresende entfielen 53 Prozent des Auftragsbestandes von insgesamt 7909 (i. V. 8671) Mill. *DM auf die US-Beteiligungen.*

Der gesamte Auftragsbestand aus dem Ausland macht dabei 6158 (6500) Mill. DM aus, 5,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor, während der Auftragsbestand aus dem Inland um 19,3 Pro*zent auf 1751 (2171) Mill. DM* schrumpfte. Daß der Auftragsbestand insgesamt am Jahresende den Vorjahresstand um 8,8 Prozent unterschritt, ist Folge der im zweiten Jahr hintereinander höher als die Neuaufträge ausgefallenen Bauleistung. Mit *8145 (7868) Mill. DM lag* sie im vergangenen Jahr um 3,5 Prozent über dem Stand von 1983. Dabei nahm die Inlandsleistung um 7,5 Prozent auf 2622 (2439) Mill. DM stärker zu als die Auslandsleistung (plus 1,7 Prozent auf 5523 Mill. DM). Die Zahl der Mitarbeiter im Konzern sank um gut sechs Prozent auf 35 650 Beschäftigte, davon 14 650 (14 850) im Inland.

USA / Im Kongreß wächst offenbar die Neigung, Handelsschranken zu errichten

Diskutiert wird eine Einfuhrsteuer

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Wiederholt sich der 15. August 1971, als Präsident Richard Nixon, *vom Kongreß mit den nötigen Vollmachten* ausgestattet, aus heiterem Himmel die amerikanischen Einfuhren mit einem zehnprozentigen Sonderzoll belegte? Diese bange Frage geht in Washington um. Mißt man die Stimmung auf dem Kapitol, dann ist ein solcher Eingriff in den Welthandel nicht mehr auszuschließen.

Der demokratische Abgeordnete John Dingell aus dem Autostaat Michigan, der den Ausschuß für Energie und Handel leitet, ist schon dabei, einen Gesetzesentwurf zu formulie*ren. Die Katze aus dem Sack ließ jetzt* der republikanische Senator John Heinz aus Pennsylvania, als er auf einer Veranstaltung des Institute for International Economics in der US-Hauptstadt erklärte, in diesem Sommer werde „im Kongreß etwas Gro*ßes und Plötzliches passieren, das* nicht aufzuhalten ist". Dabei denken viele an eine Importsteuer.

Die Diskussion ist viel weiter gediehen, als man in Europa glaubt. Immer häufiger genannt wird ein dreijähriger Plan, der Nixons Handelsschranken, die nach vier Monaten wieder beseitigt wurden, noch übertrifft: Der Sonderzoll würde 1986 auf 20 Prozent festgesetzt und dann stufenweise abgebaut, und zwar 1987 auf 15 und 1988 auf sieben Prozent. Ohne das Regelwerk des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), das derartige einseitige Eingriffe verbietet, überhaupt zu erwähnen, wird die Maßnahme als „Problemlöser" gesehen. Verschwinden sollen auf diese „*einfache*" Weise Amerikas *riesigen* Haushalts- und Handelsdefizite, die in diesem Jahr Rekordhöhen von 220 und 140 Mrd. Dollar erreichen.

Der Kongreß, der sich im November 1986 einer Zwischenwahl stellen muß, neigt auch deshalb zu diesem Rezept, weil die Einnahmen des US-Fiskus ohne Steueranhebungen steigen würden. Lawrence Klein, Wirtschaftsprofessor an der berühmten Wharton School in Philadelphia, hat bereits errechnet, daß die Importsteuer dem Bund allein im ersten Jahr 35 bis 59 Mrd. Dollar *bringen* würde. Wie hoch das Einnahmeplus letztlich ist, hängt vom Dollarkurs und möglichen Gegenmaßnahmen der Handelspartner ab.

Wie ernst die Angelegenheit ist, zeigt auch der Auftrag des republika*nischen Vorsitzenden* des Finanzkomitees des Senats, John Danforth, an das Haushaltsbüro des Kongresses, die Auswirkungen eines Sonderzolls genauer auszuleuchten. Die unparteiische Institution will die Studie in Kürze vorlegen. Nach einem Bericht der „Washington Post" bereiten sich die Volkswirte im US-Außenministerium ebenfalls auf den Ernstfall vor, indem sie die Effekte in Modellversuchen messen. Erste Warnungen ausländischer Regierungen sollen schon eingegangen sein.

Senator Heinz schwebt vor, daß ausschließlich die japanischen Warenlieferungen ins Visier genommen werden. Aber das ist auch 1971 diskutiert und, weil zu kompliziert und *diskriminierend, verworfen worden.* Wenn eine Importsteuer eingeführt wird, werden vermutlich wieder alle Einfuhren getroffen, wovon auch Klein bei seiner Kalkulation ausgegangen ist. Im Kongreß sind sogar Stimmen zu hören, die massive Gegenmaßnahmen der Handelspartner bezweifeln.

Es war Japan, das 1971 die Nixon-Reaktion auslöste, weil Amerikas bilaterales Handelsdefizit acht Milliarden Dollar überstieg. Heute ist es beinahe fünfmal so groß, und Tokio sitzt wieder auf der Anklagebank. Der frühere Außenminister Saburo Okita, der einen beratenden Handelsausschuß leitet, verließ in der letzten Woche Washington „mit dem Gefühl, daß die USA einen Krieg vorbereiten". Er hatte sich von einem Mitglied der Reagan-Administration sagen lassen müssen, daß Japan trotz seiner enormen Handelsüberschüsse nichts zur Weltwirtschaft beitrage.

Das Weiße Haus wehrt sich offensichtlich gegen diese Eskalation. Importsteuern werden als kontraproduktiv und inflationär bezeichnet. Harvey Bale vom Büro des US-Handelsbevollmächtigten warnt nachdrücklich vor einem Bumerang-Effekt: Ein Sonderzoll könnte als Unfähigkeit Amerikas interpretiert wer*den, das Haushaltsdefizit* in den Griff zu bekommen. Die Folge wäre ein jäher Dollarsturz.



BAYERISCHE HANDELSBANK / Höhere Dividende

Marktchancen voll genutzt

DANKWARD SEITZ, München

„Besser als erwartet" ist für die Bayerische Handelsbank AG, München, das Jahr 1984 verlaufen, das dem Institut eine beachtliche Geschäftsausweitung mit „erfreulicher Ertragsverbesserung" brachte. Vor allem im 2. Halbjahr konnten nach Angaben des Vorstands alle sich bietenden Marktchancen genutzt werden, als der Kapitalmarktzins in mehreren Schüben deutlich nachgab. Dies führte zu einer Ausweitung des Neugeschäfts um 172,2 Prozent auf 3,83 (1,41) Mrd. DM Darlehenszusagen. Entscheidender Wachstumsträger war dabei diesmal das Kommunalgeschäft mit einem Plus von 327,9 Prozent auf 2,96 Mrd. DM. Aber auch das Hypothekengeschäft brachte trotz anhaltender Schwäche an den Immobilienmärkten noch eine Zunahme um 22,2 Prozent auf 676,3 Mill. DM.

Diese Entwicklung führte zu einem Anstieg der Bilanzsumme um 11,5 Prozent auf 17,9 Mrd. DM, obwohl mit 1,5 (1,0) Mrd. DM ein deutlich höheres Volumen an Tilgungen und Rückzahlungen als im Vorjahr zu bewältigen war. Ohne Tilgungsstreckungen wurden Darlehen über 3,24 Mrd. DM (plus 134,1 Prozent) ausgezahlt, wovon 2,41 Mrd. DM (plus 230 Prozent) auf Kommunal- und 825,4 Mill. DM (plus 26,5 Prozent) auf Hypothekendarlehen entfielen. Der gesamte Darlehensbestand stieg um 11,9 Prozent auf 16,04 Mrd. DM.

Nochmals deutlich verbessern konnte die Bank ihre Ertragslage, zumal nur 4,96 (3,9) Mrd. DM zur Refinanzierung des Neugeschäfts und der Zinsanpassungen an Fremdmitteln aufgenommen werden mußten. Der Zinsüberschuß stieg um 10,8 Prozent auf 99,9 Mill. DM. Das Provisionsergebnis blieb allerdings mit 10,4 (12,2) Mill. DM immer noch negativ. Ihm steht in der Bilanz ein Anstieg des Abgrenzungspostens um 30,3 Mill. DM gegenüber. Die Zinsrückstände im Hypothekengeschäft von 8,29 (6,2) Mill. DM wurden voll wertberichtigt.

Unter dem Strich verbleibt ein Jahresüberschuß von 25,1 Mill. DM (plus 17,7 Prozent), wovon wiederum zwölf Mill. DM vorweg den offenen Rücklagen (267,3 Mill. DM) zugeführt wurden. Aus dem verbleibenden Bilanzgewinn von 13,2 (11,4) Mill. DM schlägt der Vorstand der Hauptversammlung am 26. April vor, eine auf elf (zehn) DM erhöhte Dividende je 50-DM-Aktie auszuschütten und zwei Mill. DM den Rücklagen zuzuweisen. Am Grundkapital des Instituts von unverändert 50 Mill. DM ist die Bayerische Vereinsbank mit über 75 Prozent beteiligt.

SIEMENS / Bau elektronischer Steuerungssysteme geplant

In Berlin wird investiert

dpa/VWD, Berlin

Mit Investitionen von rund 80 Mill. DM für die erste Baustufe wird die Siemens AG, Berlin/München, eine Fertigung für elektronische Steuerungssysteme der Automatisierungstechnik errichten. Die Bauarbeiten in Berlin-Siemensstadt sollen schon im Herbst 1985 beginnen; die Inbetriebnahme ist für 1987 vorgesehen. Mit der Produktion von Systemen der Automatisierungstechnik würden annähernd 400 Arbeitsplätze geschaffen, teilte Siemens gestern mit.

Der Aufbau der Fertigung elektronischer Steuerungssysteme ist das zweite bedeutende Projekt, das Siemens im laufenden Jahr in Berlin beginnt. Bereits im Sommer 1985 wird mit dem Bau einer neuen High-Tech-Fabrik für Komponenten der Lichtwellenleitertechnik begonnen. Das Investitionsvolumen für dieses Werk in Berlin-Siemensstadt mit rund 600 Arbeitsplätzen beträgt über 200 Mill. DM. Siemens hat in den letzten fünf Jahren rund 1,2 Mrd. DM in Berlin investiert, 1983/84 waren es 230 Mill. DM. Im laufenden Geschäftsjahr dürfte das Volumen rund 260 Mill. DM erreichen. Weitere 200 Mill. DM werden für Forschung und Entwicklung in Berlin aufgewendet.

Bei der Produktionsautomatisierung sowie bei Geräten und Systemen der Automatisierungstechnik gehört Siemens mit einem Jahresumsatz von vier Mrd. DM zu den weltweit führenden Anbietern. Kräftig wächst der Markt für elektrotechnische Erzeugnisse der Produktionstechnik; hier konnte Siemens 1983/84 (30. September) den Auftragseingang um 60 Prozent steigern. Mit einer kräftigen Ausweitung des Geschäftsvolumens ist weiterhin zu rechnen.

SALZGITTER / Pieper: Alten Ballast in erheblichem Maße abgeworfen – Entwicklung verläuft nach Plan

Ertragslage wird sich entscheidend verbessern

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Gesundung hat der bundeseigene Salzgitter-Konzern im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) einen weiteren großen Schritt getan. Der Erfolg der Anstrengungen allerdings dürfte erst im Jahresabschluß 1984/85 sichtbar werden. Vorstandschef Ernst Pieper rechnet mit einem positiven operativen Ergebnis und mit einem Bilanzverlust, der deutlich unter der 100-Mill.-DM-Marke liegen wird. Das Unternehmen habe nunmehr „das Tal der Tränen verlassen". Die vor zwei Jahren beschlossene Umstrukturierung in wichtigen Konzernbereichen greife und dürfte planmäßig 1986 abgeschlossen sein.

Für 1983/84 weist Salzgitter im Konzern noch einen Jahresfehlbetrag von 422 (712) Mill. DM aus. Vom AG-Ergebnis in Höhe von minus 450 (630) Mill. DM entfallen nach den Worten Piepers 290 Mill. DM auf Beteiligungsabschreibungen, 45 Mill. DM auf Anlagen-Sonderabschreibungen. Das operative Ergebnis, das im Vorjahr noch mit 220 Mill. DM negativ war, trug im Berichtsjahr nur noch mit 60 Mill. DM zum Verlust bei. Einschließlich der 140 Mill. DM Verlustvortrag aus dem Vorjahr ergibt sich im Konzern ein Fehlbetrag von 562 Mill. DM, der im wesentlichen durch Kapitalzuführungen des Bundes in hhe von 510 Mill. DM ausgeglichen wird. Pieper und Finanzchef Dieter Brunke rechnen auch im laufenden Jahr mit Zuwendungen das Alleinaktionärs, wollten sich zur Höhe aber nicht äußern.

Zu den Verlustbringern im Berichtsjahr gehörten wieder die Stahlwerke Peine-Salzgitter AG (P+S) mit 144 (161) Mill. DM, die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG mit 129 (160) Mill. DM und der Bereich der Weiterverarbeitung mit der Salzgitter Maschinen- und Anlagen AG und der Peiner Schrauben AG. Der P+S-Fehlbetrag ist nach der Kündigung des Ergebnisabführungsvertrags von der Salzgitter AG im Berichtsjahr unberücksichtigt geblieben.

Nach den Worten Piepers ist die Umstrukturierung der Hütte noch nicht abgeschlossen. Er rechne aber damit, daß P+S unter Einbeziehung der Töchter im laufenden Jahr die Verlustzone verlassen wird. Diese Prognose gelte unter der Voraussetzung, daß die Rohstahlproduktion von 3,5 Mill. Tonnen wieder erreicht wird und die Erlösverbesserungen sich stabilisieren. Sorgen bereitet nach wie vor der in Peine angesiedelte Profilbereich. Mit dem weiteren Abbau der Beschäftigtenzahl um gut die Hälfte auf rund 1000 Mitarbeiter sollte indes eine Ergebnisverbesserung einhergehen.

Weiterhin ungünstig sind die Aussichten der Werft. Pieper hofft dennoch auf eine günstigere Ertragslage. Große Hoffnungen setzt der Konzern in die Firmen HDW-Elektronik GmbH und Hagenuk GmbH, die in den Bereichen Funknachrichten-, Fernsprech-, Meß- und Regeltechnik tätig sind und überaus erfolgreich arbeiten. Auch Kooperationsüberlegungen mit anderen Firmen spielten eine Rolle.

Der Konzernumsatz erhöhte sich im Berichtsjahr um knapp zwei Prozent auf 11,6 Mrd. DM. Der Anstieg ist vor allem auf Mehrerlöse im Schiffbau, Stahlhandel, Rohstoffhandel und in der Stahlerzeugung zurückzuführen. Dem stehen geringere Umsätze im Großanlagenbau, in der Förder- und Systemtechnik sowie in der Bautechnik gegenüber. Der Exportanteil verharrte 1983/84 bei 40 Prozent.

Kräftig zurückgegangen, nämlich um 10,8 Prozent auf 45 920 (51 491) Personen, ist die Belegschaft. Diese Zahl wird sich im Konzern weiter um rund 5000 verringern. Den Cash-flow beziffert Pieper auf 418 (307) Mill. DM. Die Finanz- und Liquiditätslage sei geordnet. Pieper: „Wir haben die Bilanz schlanker gemacht und in erheblichem Umfang Ballast abgeworfen." Dies werde deutlich an dem auf 8,7 (7,6) Prozent erhöhten Anteil der Eigenmittel am Gesamtkapital.

Salzgitter-Gruppe	1983/84	±%
Gesamtumsatz (Mill.DM)	11 593	+ 2
dav. Fremdumsatz	9427	- 0,5
Exportanteil (%)	40	(40)
Belegschaft (30.9.)	45 920	- 10,8
Sachinvestitionen	292	+ 11,3
Abschreibungen	491	+ 9,8
Bilanzsumme	7953	- 3,2
Eigenkapital	692	+ 10,1
in % d. Bilanzsumme	8,7	(7,6)
Jahresergebnis	-422	(-712)
Bilanzverlust	80	(140)

Daimler-Benz: Stärker in Spanien

nl. Stuttgart/Tokio

Daimler-Benz verstärkt in Spanien seine Aktivitäten. In diesem Zusammenhang wird das von der Mercedes-Benz Espana S. A., Madrid, gebaute Programm leichter Transporter mit Nutzlasten von 850 kg bis 1800 kg modernisiert und wegen des EG-Beitritts Spaniens den europäischen Vorschriften angepaßt. Neu entwickelt und ab Ende 1987 produziert wird ein kleineres Fahrzeug (bis zu 800 kg), in das Konstruktionsmerkmale von Mitsubishi miteinfließen werden.

Mitsubishi, so teilte ein Sprecher des japanischen Automobil-Unternehmens gestern in Tokio mit, erhofft sich von der Vereinbarung einen besseren Zugang auf dem europäischen Markt. Der kleine Diesel-getriebene Lastwagen soll im Werk Vitoria zunächst in einer Stückzahl von 10 000 Einheiten montiert und vor allem in Frankreich und Italien verkauft werden. Das Werk Vitoria wird seine angepeilte Produktionskapazität von rund 29 000 Einheiten ab 1989 voll nutzen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

HV mit Überraschungen

Hamburg (JB.) – Die außerordentliche HV der Hochseefischerei Nordstern AG, Bremerhaven, hat sich gegen die Pläne des Hauptaktionärs Dirk Ahlers (80 Prozent Anteil) durchgesetzt und abweichende Kapitalmaßnahmen beschlossen. Danach soll das Grundkapital im Verhältnis von zehn zu eins herabgesetzt und anschließend zu pari wieder auf 1 Mill. DM aufgestockt werden. Ahlers, der gleichzeitig AR-Vorsitzender ist, hatte einen Kapitalschnitt von jetzt 6 Mill. DM auf 100 000 DM und eine Wiederaufstockung auf 0,5 Mill. DM vorgesehen. Abweichend von früheren Plänen sollen ferner die beiden Frischfischfänger nicht verkauft, sondern zunächst aufgelegt werden. Der Frostfischfänger „Mond", für den Beschäftigungschancen für 1985 gesehen werden, soll in eigener Regie weiterbetrieben werden.

Erich Becker wird 65

Frankfurt (dpa/VWD) – Seinen 65. Geburtstag feiert morgen der Vorstandsvorsitzende der Frankfurter Flughafen AG (FAG), Erich Becker. Becker steht seit 1971 an der Spitze des größten deutschen Verkehrsflughafens und wird sein Amt mindestens noch bis Ende 1988 ausüben. Seine Geschäftspolitik war mit verantwortlich dafür, daß Rhein-Main trotz Milliarden-Investitionen keine Steuermittel in Anspruch nehmen mußte, sondern sich aus Erträgen selbst finanzierte und seit 1983 wieder Gewinne erwirtschaftet.

„Ungebremster Zuwachs"

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Alfred Teves GmbH, Frankfurt, Hersteller von Pkw-Scheibenbremsen, verzeichnete für 1984 einen Umsatzzuwachs von 5,9 Prozent auf 1,86 Mrd. DM. Das Auslandsgeschäft konnte um 11,4 Prozent auf 721 Mill. DM gesteigert werden. Teves, Tochter des ITT-Konzerns, beschäftigt weltweit fast 12 000 Mitarbeiter in neun Ländern. Die Investitionen stiegen auf 108 (101) Mill. DM.

Beteiligung abgegeben

Frankfurt (VWD) – Die Agab AG für Anlagen und Beteiligungen, Frankfurt, ist nicht mehr an der Hamburger Getreide-Lagerhaus AG (HGL), Hamburg, beteiligt, geht aus der Pflichtveröffentlichung hervor. Der Anteil von 26,3 Prozent am HGL-Grundkapital von 8,5 Mill. DM wurde in mehreren Teilpaketen verkauft. Die Agab befindet sich im Besitz der DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank und der Landwirtschaftlichen Rentenbank. An der HGL ist weiter die Getreideheber GmbH, Hamburg, mit rund 60 Prozent beteiligt.

EVA mit Gewinnrückgang

Düsseldorf (VWD) – Bei der Eisenbahn-Verkehrsmittel AG (EVA), Düsseldorf, ist der Umsatz im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) auf 36 (39) Mill. DM zurückgegangen. Wie die Gesellschaft, die Spezialwaggons an die Industrie vermietet, im Geschäftsbericht erklärt, sank der an die EVA GmbH abgeführte Gewinn auf 2,5 (3,1) Mill. DM. Die freien Aktionäre erhalten auch in diesem Jahr wieder eine Ausgleichszahlung von 10 DM pro 50-DM-Aktie.

ADS-ANKER

Eigenkapital wurde aufgestockt

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Die 1976 mit einem Anfangskapital von nur einer Mill. DM gegründete ADS Anker GmbH, Berlin/Bielefeld, hat ihre Position auf dem europäischen Kassenmarkt wesentlich ausbauen können. Finanzielle Rückendeckung gab dabei die British Tire & Rubber, London, die das deutsche Unternehmen Ende 1983 übernahm und in ihren Mischkonzern eingliederte, der 1984 einen Gesamtumsatz von fast 3,5 Mrd. Pfund erzielte. ADS Anker konnte sein Eigenkapital inzwischen auf 35 Mill. DM erhöhen, beschäftigt einschließlich der eigenen europäischen Vertriebsgesellschaft 1472 Mitarbeiter und plant weitere Personalaufstockungen.

Der Umsatz 1984 stieg bei „nahezu zufriedenstellenden" Erträgen um 13,3 Prozent auf 202 Mill. DM, rund ein Drittel davon Erlöse aus dem Servicebereich. Rund 53 Prozent des Gesamtumsatzes entfielen auf den Export. Insgesamt installierte das Unternehmen im Vorjahr in Europa fast 34 000 Kassen und Waagen, davon 14 000 in der Bundesrepublik. Der stückmäßige Marktanteil liegt hier zwischen 22 und 25 Prozent. Der Marktanteil in Europa liegt bei 12 Prozent, Hauptzielrichtungen in Zukunft sollen der britische und der französische Markt sein.

Die Produktpalette von ADS Anker ist inzwischen weit nach oben ausgebaut worden, komplette Warenwirtschaftssysteme mit Hard- und Software-Schnittstellen zu allen maßgebenden Computerherstellern eingeschlossen. Für 1985 wird ein Gruppenumsatz von 227 Mill. DM angepeilt. Gesteigert werden soll auch der Exportanteil. Investitionen in Höhe von 14 (12) Mill. DM sollen dafür die Voraussetzungen schaffen.

NAMEN

Thomas Uckert, Pressesprecher der Esso AG, Hamburg, wird am 20. März 60 Jahre alt.

Dr. **Jürgen Schippkühler** ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Harpener AG, Dortmund, bestellt worden.

Dr. **Gerhard Schultz**, langjähriger Verkaufsdirektor und Fachbereichsleiter des Resopal-Werkes, Groß-Umstadt, vollendet am 20. März sein 75. Lebenjahr.

Aktien ohne klare Linie

Vorsichtige Meinungskäufe bei den Maschinenbaupapieren

DW. – Der Aktienmarkt litt unter Ordermangel. Die inländische Kundschaft war aber anlagefreudig genug, um größere Rückschläge zu verhindern. Dabei zeigten Anregungen einiger Kreditinstitute, sich um die Papiere des deutschen Maschinenbaus zu kümmern, Erfolge. Das Hauptinteresse galt jedoch neben den durch die Dividendenerhöhung in den Vordergrund gerückten Veba-Aktien den Titeln der Großchemie, bei denen erwartet wird, daß die bevorstehenden Bilanzsitzungen ihnen neuen Auftrieb geben werden.

Trotz aller Auseinandersetzungen über das Katalysatorauto hat sich das Interesse für Autoaktien neu belebt. Audi/NSU-Aktien, in letzter Zeit oftmals spekulativ beeinflußt, kamen sogar auf 500 DM (plus 15). Das Interesse für Conti-Gummi schlug sich in einer weiteren Kurssteigerung von rund fünf DM nieder. Auch Lufthansa-Vorzugsaktien tendierten wegen der günstigen Ertragslage des Unternehmens nochmals fester. Unter Druck gerieten dagegen Klöckner-Aktien. Dazu trugen Veröffentlichungen über Schwierigkeiten bei, die einer Vereinigung der Stahlinteressen mit Krupp entgegenstehen sollen. Bankaktien lagen gut behauptet, von einem negativen Einfluß, wie er hätte von der neuerlichen Schließungswelle im US-Bank- und Sparkassengewerbe ausgehen können, war keine Rede. Das Bezugsrecht für die jungen Aktien der Dresdner Bank wurde auf 3,40 (plus 0,20) DM angehoben.

Frankfurt: Cassella erhöhten sich um 15 DM auf 610, Chemieverwaltung zogen um 7 DM auf 359 DM an, Flachglas 229,8 verbesserten sich um 4,80 DM und Mercedes schlossen mit einem Plus von 41,40 DM ab.

Düsseldorf: Aseag sanken um 6 DM auf 490 DM, Dt. Texaco verminderten sich um 4 DM und Heinrich gaben um 5 DM auf 405 DM nach. Conc. Chemie zogen um 5 DM auf 270 DM an und Rheag verbesserten sich um 9 DM.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 7,50 DM auf 508 DM zurückgenommen werden. Mit jeweils 0,50 DM lagen HEW bei 93 DM und NWK-Vz. bei 168 DM gut behauptet. Bremer Vulkan setzten mit 79 DM ein und gaben danach auf 77,50 DM um 1 DM nach.

Berlin: Detewe verbesserten sich um 4 DM, Tempelhofer Feld um 2 DM und Berthold um 1,50 DM. Orenstein und Schering büßten je 4 DM und Herlitz St. und Lehmann je 3 DM ein.

München: Atienne Aigner befestigten sich um 4 DM auf 254 DM. Audi AG schlossen mit einem Plus von 20 DM ab und Dywidag erhöhten sich um 2 DM. Agrob St. fielen um 5 DM und Deckel AG gaben um 2 DM nach.

Stuttgart: Weiter nach oben tendierten Daimler um 5 DM auf 693 DM und Mercedes um 6 DM auf 603 DM, während Porsche um 20 DM nachgaben.

Hinweis: E (bei Auslandsaktien) Eröffnungskurse. Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 178,0 (177,5)
WELT-Umsatzindex: 3950 (5140)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Kurswert in 1000 DM

Inland

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelter Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Tokio

[illegible]

Mailand

[illegible]

London

[illegible]

Wien

[illegible]

Kopenhagen

Den Danske Bank	285	285
Jyske Bank	560	555
Kopenh. Handelsbk.	294	293
Novo Industri	309	312
Privatbanken	234	247
Ostasiat. Komp.	162	167
Dan. Sukkerfabr.	540	540
For. Bryggerier St.	885	870
Kgl. Porc. Fabr.	230	230

Zürich

[illegible]

Brüssel

Gevaert	3325	3395
Kredietbank	8620	–
Petrofina	7030	7050
Soc. Gen. d. Belg	2025	2025
Sofina	7750	7890
Solvay	4400	4420
UCB	5390	5380
Index	–	2305,23

Madrid

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Singapur

Kl. Kepong	2,68	2,68
Mal. Banking	6,20	6,25
Nat. Iron	3,32	3,44
OCBC	9,5	9,55
Sime Darby	1,95	1,96
Singapur Land	2,82	2,83
Un. Overs. Bank	4,46	4,46

Paris

[illegible]

Sydney

North Broken Hill	2,25	2,25
Oakbridge	0,78	0,78
Peko Wallsend	3,95	3,98
Poseidon	2,95	3,00
Thomas Nat. Tr.	1,85	1,87
Waltons Bond	0,35	0,36
Western Mining	3,57	3,57
Woodside Petr.	0,85	0,84
Index	–	794,5

Optionshandel

Frankfurt: 18. 03. 85
2428 Optionen = 126 800 (126 700) Aktien,
davon 287 Verkaufsoptionen = 17 650

Kaufoptionen: AEG 4-100/12, 7-110/8,2, BASF 4-150,65/50, 4-180/50, 4-189,565/21, 4-190/20,5, 4-199,65/13, 4-200/14,5, 4-210/7, 4-220/1,9, 7-150,65/54,1, Bayer 4-170/52, 4-190/32, 4-200/22, 4-210/18, 4-230/6, 7-180/45, BBC 7-220/14, Bekula 4-90/2, 10-95/4,1, Commerzbk. 4-160/8,2, 4-170/3, 7-170/9, Conti 4-120/21,5, 4-130/12, 4-140/4,6, 7-120/27, Daimler 4-640/49, 7-720/17,5, 10-700/40, Dt. Babcock St. 7-170/10, 10-190/5,4, Deutsche Bk. 4-350/75,5, 4-356,75/70, 4-360/66,5, 4-380/46,5, 4-390/37, 4-400/27, 4-410/17,5, 4-420/8, 7-410/33, Dresdner Bk. 7-200/6, 10-200/12,6, 10-220/4,4, Hoechst 4-180/35, 4-190/25,5, 4-200/16, 4-210/9, 4-220/2, 7-180/40, Hoesch 4-100/17, 4-110/6,7, 4-120/2, 7-100/20,2, Karstadt 7-220/10, Kaufhof 7-220/13, 10-220/15, Klöckner 4-80/2,8, 4-85/1,9, 7-75/11, Lufthansa Vz. 7-180/23, 7-200/15, Mercedes 7-600/20, Metallges. 7-250/28, Mannesmann 4-140/19,8, 4-150/10, 4-160/3,8, 7-160/9, Preussag 4-270/13, 7-270/17, RWE St. 7-160/2,5, 10-160/6, 10-170/3,6, RWE Vz. 10-150/9,5, Schering 4-440/27, Kali + Salz 4-260/5, 7-270/10, Siemens 4-443,3/119, 4-453,3/113,25, 4-473,3/89, 4-570/13,5, 4-580/9, 4-590/5,5, 4-600/2,4, 7-503,3/75,5, Thyssen 4-80/25, 4-85/20,5, 4-90/15,5, 4-95/10,6, 4-100/5,6, 4-110/2, 7-80/29,8, Varta 7-180/13, 7-190/7,4, Veba 4-170/18, 4-180/9, 4-190/4, 7-170/25, VEW 7-130/2, VW 4-200/5, 7-200/15,4, Alcan 7-100/4,6, 10-100/7,5, Chrysler 4-120/1,5, 7-100/18, IBM 7-480/8, Norsk Hydro 7-40/3, 10-35/7,5, 10-40/4,4, Philips 7-55/5, 7-60/2,5, 10-55/7, 10-60/4,2, Sony 7-60/6,3, Xerox 4-150/20. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-110/2, 7-100/1,5, BASF 7-200/2,4, 7-210/5, 10-200/3,5, Bayer 4-210/0,80, 7-200/2, Bay. Hypo 7-320/7,1, 10-310/2,5, BMW 4-380/1,1, 7-350/1, 7-380/6, 10-350/4,5, Commerzbk. 4-170/4, 7-180/1,4, Conti 7-130/2,5, 10-130/4,5, Daimler 7-630/3, Deutsche Bk. 7-400/3,4, Dresdner Bk. 7-190/5,9, 10-190/9, Harpener 7-310/1,7, 10-310/3,3, Hoechst 7-200/1,5, Hoesch 7-110/2,1, 10-110/4, Karstadt 4-220/8, 10-200/2,2, 10-220/14,6, Kaufhof 7-210/3, Klöckner 7-75/2,1, Lufthansa St. 4-190/2, 7-180/1, 7-190/4,5, 10-190/5,6, Lufthansa Vz. 7-190/3,35, 10-190/7,5, Metallges. 7-250/5, Mannesmann 7-1250/1,1, 10-160/5, Schering 10-440/6, Kali + Salz 4-260/3,65, Siemens 7-520/2, 7-530/5, 7-540/7,5, 10-520/4,1, 10-530/7, 10-540/13,3, Thyssen 7-100/2,5, 10-95/1,3, 10-100/3,5, Veba 4-180/2,3, VW 4-200/3,4, 7-180/1, Alcan 10-90/3,6, Chrysler 4-110/2, 7-110/2,6, IBM 10-400/68, 10-430/15, Norsk Hydro 10-35/2, 10-40/3,55, Philips 10-50/1,1, 10-55/2,4, 10-60/6,1, Royal Dutch 7-170/1,6, 10-170/2,4, Sony 7-60/2,5, 10-55/1, Unilever 7-300/4,1, 10-280/2,4, 10-300/9,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 18. 3. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9	5⅞–6⅛	5⅝–5⅞
3 Monate	9⅛–9⅜	6⅛–6⅜	5¾–6
6 Monate	9¾–10	6⅜–6⅝	5¾–6
12 Monate	10¾–11	6¾–7	5¾–6

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM)

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1595,00	2000,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1535,45
5 US-Dollar (Liberty)	515,00	701,10
1 £ Sovereign alt	227,75	282,44
1 £ Sovereign Elizabeth II.	226,25	280,73
20 belgische Franken	175,50	228,57
10 Rubel Tscherwonez	238,75	299,54
2 südafrikanische Rand	223,25	276,17
Krüger Rand, neu	1009,25	1190,45
Maple Leaf	1009,25	1190,45
Platin Noble Man	861,00	1021,44
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	244,75	307,52
20 schweiz. Franken „Vreneli"	177,25	230,57
20 franz. Franken „Napoléon"	177,25	230,57
100 österr. Kronen (Neuprägung)	931,80	1125,75
20 österr. Kronen (Neuprägung)	185,25	233,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,50	127,11
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	433,50	528,39
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

18. 3. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.-Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,3716	3,3796	3,3508	3,33	3,42
London¹)	3,683	3,697	3,599	3,60	3,75
Dublin¹)	3,108	3,122	3,057	3,07	3,13
Montreal³)	2,4330	2,4410	2,4055	2,38	2,48
Amsterd.	88,295	88,515	88,125	87,50	89,50
Zurich	117,280	117,480	117,42	116,00	119,00
Brüssel	4,966	4,986	4,921	4,84	5,05
Paris	32,660	32,830	32,325	31,75	33,50
Kopenh.	27,910	28,030	27,64	27,00	27,75
Oslo	34,990	35,110	34,52	34,00	35,75
Stockh.**)	35,180	35,340	34,63	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,579	1,589	1,551	1,55	1,66
Wien	14,210	14,250	14,206	14,13	14,35
Madrid**)	1,801	1,811	1,774	1,76	1,88
Lissabon**)	1,795	1,815	1,898	1,43	2,25
Tokio	1,2950	1,2980	–	1,24	1,30
Helsinki	48,340	48,540	47,565	47,50	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,333	2,387	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,323	2,342	–	2,28	2,39
Johannesbg.*)	1,6585	1,6785	–	1,36	1,61

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die am Freitag veröffentlichten Konjunkturdaten, speziell der Rückgang der Industrieproduktionen sowie die Schwierigkeiten im Sparkassensektor des amerikanischen Bundesstaates Ohaio, blieben am 18. 3. nicht ohne Auswirkung auf den US-Dollar. Er bewegte sich in Europa in einem engen Kursband von 3,3770–3,3890 und fiel am Nachmittag auf 3,3620 zurück. Die amtliche Notiz lautete 3,3756, die Bundesbank blieb dem Markt fern. Die Eskalation im Konflikt Iran/Irak vermochte im Gegensatz zu sonstigen vergleichbaren Situationen dem US-Dollar keine Käufer zuzuführen. Meinung ergab sich dagegen aus diesem Grund für das englische Pfund, das um 8,5 Promille auf 3,69 zulegte. Der japanische Yen fiel um 5,8 Promille auf 1,2968. Die italienische Lira notierte erneut historisch tief 1,584. US-Dollar in: Frankfurt 3,3756; Amsterdam 3,8180; Brüssel 67,8575; Paris 10,3100; Mailand 2130,50; Wien 2373,00; Zürich 2,8758; Ir. Pfund/Dollar 3,115; Pfund/Dollar 1,0931; Pfund/DM 3,680.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 15. März: In D-Mark 2,22423 (Parität 2,24184); in Dollar 0,654243 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 15. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 20,50; Verkauf 23,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Dollar-Zinssätze gaben im Vergleich zum Freitag am 18. 3. um ¼ Prozentpunkt nach, was sich auf die Depots Dollar/DM entscheidend auswirkte.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,82/0,72	2,67/2,57	5,67/5,47
Pfund/Dollar	0,51/0,49	1,07/1,03	1,30/1,25
Pfund/DM	3,10/1,90	7,20/5,80	11,00/9,60
FF/DM	22/6	48/32	87/71

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18. 3.: Tagesgeld 5,85–5,95 Prozent; Monatsgeld 6,10–6,25 Prozent; Dreimonatsgeld 6,30–6,45 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,57.

Renten etwas freundlicher

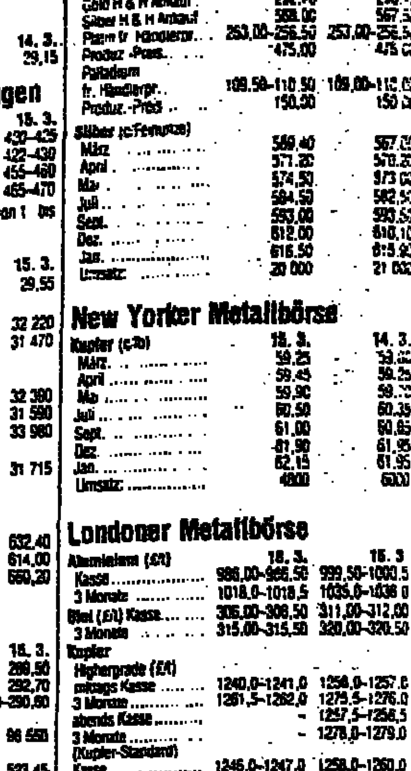
Der Verzicht des Zentralbankrates auf eine Leitzinsanhebung hat Hoffnungen wach werden lassen, daß das Schlimmste für den Rentenmarkt jetzt überwunden ist. Diese Meinung wurde am Wochenende durch den leicht rückläufigen Dollarkurs untermauert. Öffentliche Anleihen tendierten überwiegend etwas freundlicher, wenngleich von einer stürmischen Nachfrage noch keine Rede sein kann. Die jüngste KFW-Anleihe findet bei Großanlegern Interesse. Kaum Veränderungen am Pfandbriefmarkt, aber Versuche, einen gewissen Druck auf die Renditen auszuüben.

M	7 dgl. Pf 20	97,5G	97,5G
B	5 Bed.Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
B	7 dgl. Pf 31	100	100
B	6 dgl. Pf 54	98,25	98,25G
B	6½ dgl. Pf 57	99,5G	99,5G
B	8 dgl. Pf 51	–	100G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118bG	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	89,75G	89,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	95,75G	95,75G
Hn	6 dgl. KS 29	82,5G	82,5G
Hn	7 dgl. KS 30	99,5G	99,5G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	120,5G	120,5G
D	5 dgl. Pf 54	116G	116G
D	6 dgl. Pf 109	85,5G	85,5G
D	6½ dgl. Pf 123	91,5G	91,5G
D	6½ dgl. Pf 141	93G	93G

D	5 RW Bodencr.Pf C	126G	126G
D	5½ dgl. K	107G	107G
D	4 dgl. Pf 18	105G	105G
D	6 dgl. Pf 28	95,5G	95,5G
D	6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
D	5½ dgl. KO 3+E	126G	126G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	71,5G	71,5G
S	7 dgl. Pf 125	98G	98G
S	7 dgl. Pf 128	90G	90G
S	8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
S	6 dgl. KS 77	80,5G	80,5G
S	8½ dgl. KS 118	–	–
Br	5 St.Kr.Ol-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G

Industrieanleihen

F	6 Badenwk. 78	97,6	97,6
F	8 Chem. Hüls 71	100,15T	100,15
F	7¾ Conti Gummi 71	100,35G	100,35G
F	5¾ HEW 62	99,45G	99,45G
F	7½ dgl. 71	100G	100G
F	4½ Harpen 59	2378T	2350T
F	7½ Hoesch 71	100G	100G
F	7¾ Karstadt 71	100,25G	100,25G
F	7½ Kaufhof 71	100,5T	100,5T
F	7¾ dgl. 71	100,4G	100,4G
F	7¾ dgl. 76	100,5bB	100,5bG
F	7½ Klöckner W. 71	100,15G	100,15G
F	8 dgl. 72	99,9	100
F	6 NWK 61	99,2G	99,2G



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit überwiegend höheren Notierungen schlossen Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	15. 3	14. 3.
März	355,75	351,25
Mai	344,25	341,00
Juli	331,50	329,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	15. 3.	14. 3.
St. Lawrence 1 CW	258,14	257,79
Amber Durum	240,69	241,09

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	130,00	129,80
Mai	133,10	133,20
Juli	137,00	137,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	140,20	139,80
Mai	135,70	135,00
Juli	132,60	132,20

Hafer Chicago (c/bush)	15. 3.	14. 3.
März	178,50	178,00
Mai	171,50	172,00
Juli	166,75	167,75

Mais Chicago (c/bush)		
März	272,00	272,75
Mai	273,75	274,25
Juli	275,25	275,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 3.	14. 3.
März	134,90	134,50
Mai	135,80	135,20
Juli	132,60	132,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
Terminkontr. März	140,80	140,30
Mai	142,60	142,10
Juli	143,10	143,00

Kakao New York ($/t)	15. 3.	14. 3.
Terminkontr. März	2139	2175
Mai	2175	2165
Juli	2075	2075
Umsatz	2089	1970

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,85	3,95
Mai	4,09	4,11
Juli	4,24	4,28
Sept.	4,42	4,44
Okt	4,85	4,87
Umsatz	6505	8620

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	15. 3.	14. 3.
	3,79	3,88

Kaffee London (£/t) Robusta-	15. 3.	14. 3.
Kontrakt März	2378	2376–2378
Mai	2431–2433	2431–2434
Juli	2472–2473	2473–2477
Umsatz	1482	1552

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2097–2099	2101–2102
Mai	2089–2091	2094–2096
Juli	2066–2067	2066–2070
Umsatz	3423	5036

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	111,60–111,80	111,40–111,60
Aug.	117,20–117,40	117,20–117,40
Okt.	122,00–122,40	123,00–123,20
Umsatz	1227	1286

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 3.	14. 3.
schw. Sarawak spez.	540,00	540,00
weißer Sarawak	720,00	720,00
weißer Muntok	730,00	730,00

Orangensaft New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
März	163,60	163,25
Mai	166,60	166,20
Juni	167,60	167,80
Sept.	166,80	166,00
Nov.	165,00	165,00
Umsatz	300	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
Südstaaten fob Werk	38,00	38,50

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	31,00	29,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	31,30	30,80
Mai	29,85	29,00
Juli	28,15	28,00
Aug.	27,40	27,30
Sept.	26,85	26,60
Okt.	25,80	25,75
Dez.	25,22	25,00

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	29,00	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	24,50	24,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,50	19,25

Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,00
fancy	19,75	19,75
bleichfähig	18,25	18,25
yellow max. 10% fr. F.	17,75	17,75

Schweine Chicago (c/lb)		
April	45,15	45,90
Juni	49,85	50,40
Juli	51,40	51,70

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	72,30	72,10
Mai	72,80	72,00
Juli	72,80	72,60

Häute Chicago (c/lb)	15. 3.	14. 3.
Ochsen unb. schwere River Northern	44,50	44,50
Kühe unb. schwere River Northern	39,00	39,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	584,00	582,00
Mai	591,00	589,50
Juli	601,00	599,00
Aug.	602,50	599,25
Sept.	595,50	595,50
Nov.	596,00	597,50
Jan.	608,00	608,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	127,30	128,00
Mai	131,70	132,50
Juli	137,50	138,50
Aug.	140,30	141,20
Sept.	142,50	143,00
Okt.	145,00	146,00
Dez.	150,00	151,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	15. 3.	14. 3.
März	354,00	354,00
Mai	357,50	360,30
Juli	365,50	366,70

Kokosöl New York (c/lb)	15. 3.	14. 3.
Westküste fob Werk	–	–

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	18. 3.	15. 3.
jegl. Herk. cif	950,00	950,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	630,00	630,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	645,00	665,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	259,00	260,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	900,00	910,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	288,00	289,75

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	18. 3.	15. 3.
März	65,85	66,86
Mai	65,35	65,35
Juli	65,08	65,20
Okt.	65,98	65,30
Dez.	66,30	66,58
März	66,40	66,80

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1:	41,75	41,75

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 3.	15. 3.
März	482–505	482–900
Mai	506–508	506–509
Aug.	530–532	530–532
Umsatz	46	87

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 3.	15. 3.
März	53,80	53,90
Mai	53,90	53,90
Juli	53,90	53,90
Aug.	54,00	54,00
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 3.	15. 3.
Mai	598,0–600,0	598,0–600,0
Juli	628,0–628,8	625,0–627,0
Dez.	628,00	626,00
Umsatz	186	95

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 3.	15. 3.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	670,00	670,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 3.	15. 3.
März	12 759	12 789
April	12 729	12 686

Kautschuk London (p/kg)	15. 3.	14. 3.
Nr. 1 RSS loco	69,50–72,80	69,50–73,00
April	71,00–74,50	71,50–75,00
Mai	72,00–73,50	72,50–76,00
Juni	73,00–76,50	73,50–77,00
		Tendenz: ruhig

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	18. 3.	15. 3.
April	187,00–187,50	188,00–187,90
Mai	190,25–192,50	193,00–193,50
Nr. 2 RSS April	185,50–188,50	188,50–188,50
Nr. 3 RSS April	182,00–183,00	188,00–189,00
Nr. 4 RSS April	175,50–178,50	178,00–178,00
		Tendenz: ruhig

Jute London (£/lgt)	14. 3.	13. 3.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18. 3.	15. 3.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	364,52–364,71	368,80–368,98
drittfolg. Monat	376,36–376,54	382,18–382,36
Blei: Basis London		
laufend. Monat	113,13–113,31	114,01–114,20
drittfolg. Monat	116,46–116,64	116,76–116,95
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1741,29–1743,14	1739,52–1741,35
drittfolg. Monat	1756,08–1757,92	1757,85–1761,51
Zink: Basis London		
laufend. Monat	301,31–303,15	307,58–308,31
drittfolg. Monat	292,62–292,80	297,86–298,05
Produz.-Preis	312,61	315,01
Reinzinn 99,9%	4226–4268	4204–4246

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18. 3.	15. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	466,19–469,34	468,15–471,27
Blei in Kabeln	120,75–121,75	121,75–122,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	18. 3.	15. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	439–448	441–449
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	481–483	482–483
MS 63	478–484	479–485

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	15. 3.	14. 3.
(Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	18. 3.	15. 3.
Leg. 225	420–428	432–425
Leg. 226	422–430	422–430
Leg. 231	455–460	455–460
Leg. 233	465–470	465–470

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	18. 3.	15. 3.
Platin (DM je g)	29,908	29,55
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 390	32 220
Rücknahmepr.	31 640	31 470
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 570	32 380
Rücknahmepr.	31 770	31 590
verarbeitet	34 170	33 980
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 920	31 715
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	635,90	632,40
Rücknahmepr.	617,40	614,00
verarbeitet	663,90	660,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	18. 3.	15. 3.
10.30	293,70	289,50
15.00	298,85	292,70
Zürich mittags	294,00–294,50	290,10–290,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 050	96 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	521,00	523,45
3 Monate	538,00	540,45
6 Monate	552,50	556,10
12 Monate	583,50	587,25

Platin (£-Feinunze) London	15. 3.	14. 3.
fr. Markt	229,15	228,50
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	101,65	109,75

New Yorker Preise	15. 3.	14. 3
Gold H & H Ankauf	292,70	290,75
Silber H & H Ankauf	568,00	567,50
Platin fr. Händlerpr.	253,00–256,50	253,00–256,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	109,50–110,50	109,00–110,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
März	569,40	567,00
April	571,20	570,20
Mai	574,50	573,00
Juli	584,50	582,50
Sept.	593,00	590,50
Dez.	612,00	610,10
Jan.	616,50	615,90
Umsatz	20 000	21 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	15. 3.	14. 3.
März	59,25	59,00
April	59,45	59,25
Mai	59,90	59,70
Juli	60,50	60,35
Sept.	61,00	60,85
Dez.	61,90	61,95
Jan.	62,15	61,95
Umsatz	4800	6000

Londoner Metallbörse

	18. 3.	15. 3
Aluminium (£/t) Kasse	986,00–986,50	999,50–1000,5
3 Monate	1018,0–1018,5	1035,0–1036,0
Blei (£/t) Kasse	306,00–306,50	311,00–312,00
3 Monate	315,00–315,50	320,00–320,50
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1240,0–1241,0	1256,0–1257,0
3 Monate	1261,5–1262,0	1275,5–1276,0
abends Kasse	–	1257,5–1258,5
3 Monate	–	1278,0–1279,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1246,0–1247,0	1258,0–1260,0
3 Monate	1264,0–1265,0	1278,0–1280,0
Zink (£/t) Kasse	815,00–820,00	833,00–835,00
3 Monate	791,50–792,00	805,50–806,00
Zinn (£/t) Kasse	10 085–10 095	10 165–10 166
3 Monate	10 095–10 100	10 176–10 178
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–76

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Karpfen im Hechtteich

A.W. – Ausgerechnet der Druckerstreik deckte ein gnädiges Tuch darüber, d. h. kaum eine Zeitung konnte seinerzeit berichten über die Kieler Tagung des gewerkschaftseigenen Schriftstellerverbandes VS zum Thema „Feindbilder" im Sommer 1984. Es handelte sich um eine der üblichen „Freundschaftsveranstaltungen", mit hymnischem Sowjetlob und ungehemmtem Antiamerikanismus, dargeboten von den üblichen Rednern, von Bernt Engelmann und Erich Kuby bis zum eigens aus Moskau angereisten Sowjet-Propagandisten Sergej Michalkow und zum „DDR"-Schriftstellerpräsidenten Kant.

Eine kleine Störung der Eintracht hatte es gegeben, als das VS-Mitglied Erich Loest einen Beitrag ablieferte, der quer zur Masse der übrigen lag, nämlich auch gegenüber dem Osten Kritik übte. Immerhin, man hatte Loest ausreden lassen, und als später Engelmann, Hans Peter Bleuel und Eckart Spoo darangingen, die Kieler Reden als Buch erscheinen zu lassen (im Gerhard-Steidl-Verlag, Göttingen), ging Loest ohne weiteres davon aus, daß auch seine Intervention aufgenommen werden würde, zumal er das Manuskript ausdrücklich bei Bleuel abgeliefert hatte und dieser ihm daraufhin einen Verlagsprospekt zusandte, in dem Loests Name sogar im Untertitel prangte.

Aber Loest denkt und Bleuel lenkt. Jetzt ist das Buch erschienen, aber was nicht darin enthalten ist, ist die Rede von Erich Loest. Auch aus dem Untertitel ist der Name getilgt. Sein VS-Vorstandskollege Bleuel hat ihn offensichtlich regelrecht geleimt – und das bei einem Unternehmen, daß sich angeblich den „Abbau von Feindbildern" zum Ziel gesetzt hat.

Aber mit dem „Abbau" hatte es, wie gesagt, schon in Kiel nicht so recht geklappt. Man baute das „Feindbild Sowjetunion" ab und dafür das „Raketen-Feindbild USA" auf. Und dabei ist dann eben auch Loest unversehens auf die Feindseite geraten.

Oder wollte man sich nur einen Spaß mit ihm machen? Schließlich ist der Steidl-Verlag der Verlag des Politgraphikers Klaus Staeck, der für derlei Späße immer gut ist, besonders wenn es sich um solche Karpfen im Hechtteich handelt, wie Loest vielleicht einer ist.

Rodeos in Texas und die Hauptrolle in 400 Hollywood-Filmen – Die Saga von Tom Mix, dem Leinwand-König der Cowboys

Von einem, der nie sein Pferd gewechselt hat

Mit 15 Jahren war er der jüngste Cowboy von Texas, mit knapp 30 wurde er einer der berühmtesten Filmhelden der Kinogeschichte. Als er am 12. Oktober 1940 bei einem Autounfall umkam, trauerte ganz Amerika um ihn. Nur in Deutschland, wo er eine riesige Fangemeinde besaß, erschien kaum ein Wort in der Zeitung. Der Grund: Er hatte ein Jahr zuvor eine Einladung Hitlers ausgeschlagen, bei seiner großen Europa-Tournee auch in Deutschland aufzutreten. Der „Völkische Beobachter" notierte zwiespältig: „Nun ist er in die ewigen Jagdgründe übergewechselt ... Erwartet ihn dort der ‚Schnelle Pfeil' oder der ‚Brüllende Stier' mit der Friedenspfeife? Oder tönt ihm dort das Kriegsgeheul des Roten Mannes entgegen, weil er in dem Cowboy des Films einen Spott auf die Savanne erblickte ... Tom Mix blieb auch im Sterben seiner Rolle als strahlender Jüngling treu. Nur, daß er – leider schon – sechzig Jahre alt war ..."

Eine Zeitlang sah es so aus, als würden die neuen Cowboys des Tonfilms, John Wayne oder James Stewart, die Erinnerung an Tom Mix verdrängen. Doch am 40. Todestag des „Königs der Cowboys" wurde mit Unterstützung des Gouverneurs von Pennsylvania und der Geburtsstadt von Mix, DuBois, das erste „National Tom Mix Festival" ins Leben gerufen. Rodeos und alte Tom-Mix-Filme standen im Mittelpunkt der dreitägigen Feiern. Stummfilme vor allem, denn mit dem Tonfilm konnte sich Mix nie so recht befreunden. Als sein erster Tonfilm „Destry Rides Again" („Tom rechnet ab") in den Kinos anlief, fragte Mix seinen Regisseur Ben Stoloff: „Sag mal, Ben, wer spricht da eigentlich – ich oder mein Pferd?"

In 400 Filmen hat Mix die Hauptrolle gespielt. Das Ungewöhnliche dabei war, daß der Ex-Cowboy und Rodeo-Star viele seiner eigenen Abenteuer und Erlebnisse als „Cattle-driver", Hilfs-Sheriff, Rodeoreiter und Soldat verarbeitet hat. Natürlich oft dramatisch überhöht und filmgerecht mit Romantik und Happy-End garniert. Sein großes Vorbild war schon in seiner Jugendzeit Buffalo Bill. Zum Zirkus aber, zur großen Rodeo-Show kam er 1905 durch einen anderen Star der Manege, den deutschstämmigen Bill Jenkins, der Mix entdeckte und förderte.

Der junge Tom hatte bereits viele Abenteuer erlebt, Banditen das Handwerk gelegt und sich mit einer schießwütigen Lady namens Rose Herrick duelliert, als er, der Händel müde, 1905 auf der damals größten Ranch in Oklahoma, der „Miller Brothers 101 Real Wild West Ranch", Mitglied einer Cowboy-Brigade wurde. Die sollte nicht etwa Vieh treiben, sondern in Zirkus-Shows ihre Reit- und Schießkünste vorführen. Und das tat Mix ausgiebig. Voller Stolz erzählte er später in Hollywood, daß er dort auch endlich mit Buffalo Bill zusammengetroffen und mit ihm gemeinsam aufgetreten sei.



In Amerika ist die Erinnerung an ihn wachgeblieben: Tom Mix (1880–1940), einen der berühmtesten Westernhelden der Kinogeschichte FOTO: ULLSTEIN BILDERDIENST

Aber das Leben auf der Ranch erwies sich auf Dauer als nicht so harmlos, wie Mix sich das erträumt hatte. Mit Schaudern erinnerte er sich noch Jahre später, wie er zusammen mit zwei Freunden auf Jagd nach Viehdieben ausgeritten und dabei fast erschossen worden sei. Da stand für ihn der Entschluß fest, „sich nicht wie eine Zielscheibe durchlöchern zu lassen". Und so wurde aus dem Cowboy, Gangsterjäger und Zirkusreiter der Filmstar Tom Mix.

Mit einem Telegramm fing alles an. Tom nahm gerade an den Rodeo-Meisterschaften in Wyoming teil, als er eine Nachricht erhielt. „Colonel Selig", hieß es da, „will einige Dokumentarfilme über die 101 Ranch machen und dich dabei haben." Natürlich mit seinem treuen Pferd „Old Blue". Mix nämlich war und blieb Zeit seines Schauspieler-Lebens der Auffassung, daß man die Pferde im Film nicht wechseln dürfe wie die Kostüme. Also hatte er seine eigenen Ställe und Weiden in den Studios. Noch heute werden bei Touren über das Gelände der Twentieth Century Fox Studios in Los Angeles jene Gebäude gezeigt, in denen Toms Pferde standen.

Mit Tom Mix, der ein vorzüglicher Akrobat und Artist war und alle Stunts selbst ausführte, kam ein frischer Wind in dem Film. Der alte Western der Broncho-Billy- und William-S.-Hart-Zeit war vorbei. Mix verband Zirkus, Rodeo und Western zu einer neuartigen Form. Er beherrschte nicht nur allerlei Tricks, auch seine Pferde vermochten die Zuschauer durch geradezu akrobatische Geschicklichkeit zu verwirren. Und Tom Mix verlegte als erster Star des Western den Film in landschaftlich reizvolle Gegenden wie das Monument Valley oder den Grand Canyon.

Während des Ersten Weltkrieges unterbrach Mix seine Karriere. Er wurde Soldat. Doch 1918 stand und ritt er wieder vor den Kameras, nun in den Fox-Studios. Eine Filmzeitschrift bemerkte damals: „Tom schuftet wie ein Pferd. Er arbeitet so schnell, daß die Autoren ihre liebe Not haben, mit den Drehbüchern Schritt zu halten." 1921 gehörte Tom Mix neben Charlie Chaplin, Douglas Fairbanks sen., Mary Pickford und Glora Swanson zu Hollywoods Superstars. Er verdiente wöchentlich 17 000 Dollar, konnte sich eine Villa für 250 000 Dollar leisten und eine Ranch in Arizona kaufen. Zwischen Hollywood und Santa Monica entstand „Mixville", eine Ranch mit Stallungen für 70 Pferde.

Aber Tom Mix war nicht nur der Leinwand-König der Cowboys. Er reiste alle paar Jahre durch die Welt und trat als Rodeoreiter im Zirkus auf. „Das ist eine gute Gelegenheit, um mich persönlich um meine Fans zu kümmern", meinte Mix, der in den 20er Jahren auch mehrfach nach Berlin kam und dann im lengendären Hotel Adlon abstieg. Als er mit dem Triumphzug des Tonfilms wie viele Stars wegen „ungeeigneter Stimme" Probleme bekam, zog er sich erst einmal vom Film zurück und trat als Topstar in „Sells Floto Circus" auf. Er wollte nur noch im Zirkus auftreten. „Ich begann meine Laufbahn auf dem Sägemehl-Trail", erklärte er 1933, „und der Zirkus ist mir in Fleisch und Blut übergegangen. Ich möchte mich jetzt nur noch meiner ersten Liebe widmen."

Aber er sollte noch ein letztes Mal zu seiner zweiten Liebe zurückkehren. 1938 drehte er „Der Wunderreiter" mit 15 Folgen, der 1946 in Deutschland in zwei Teilen lief: „Der Feuervogel" und „Die Vergeltung". Um sich und aller Welt zu beweisen, daß er nach wie vor der „König der Cowboys" sei, ging er 1939 erneut auf Zirkus-Tournee um den Globus. Nur Berlin mied er und erklärte Hitler angeblich am Telephon: „Ich komme eines Tages wieder zu meinen deutschen Fans, Herr Hitler, aber nur über Ihre Leiche."

Am 12. Oktober 1940 verunglückte Mix 18 Meilen von Florence in Arizona tödlich. Er trug, wie Kurt Klotzbach in seinen Erinnerungen an „Tom Mix, König der Cowboys" (Titania-Verlag, 298 Seiten, 16,80 Mark) schildert, seinen cremefarbenen Westernanzug und seinen Cowboy-Hut. Eine New Yorker Zeitung schrieb: „Tom Mix ist tot – eine Nation trauert um ihr Filmidol." Es wundert deshalb nicht, daß Mix, diese Verkörperung des amerikanischen Traums von Freiheit, Pioniergeist und Abenteuerlust gepaart mit Fortune und Geschäftssinn, mit militärischen Ehren beigesetzt wurde – neben Jean Harlow und Douglas Fairbanks sen.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

JOURNAL

Streik in der Scala: Keine „Zauberflöte"

AP, Mailand

Durch den Streik von Musikern des Orchesters der Mailänder Scala ist die Premiere der Neuinszenierung der „Zauberflöte" am Sonntag zum zweiten Mal ausgefallen. Am Freitag war die Aufführung der Mozart-Oper, die an der Scala seit 30 Jahren nicht mehr zu sehen war, wegen des Arbeitskonflikts zunächst auf Sonntag verschoben worden. Die Streikaktion geht nach Informationen aus dem Opernhaus von Orchestermitgliedern aus, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind und auf diese Weise ihre Forderungen für bessere Einzelverträge durchsetzen wollen.

Aufbruch ins Industriezeitalter

C.W. Augsburg

Die Lebensverhältnisse und die Arbeitswelt zwischen 1750 und 1850 will die Ausstellung „Aufbruch ins Industriezeitalter" anschaulich darstellen. Sie wird im Rahmen der Veranstaltungen zum 2000jährigen Bestehen der Stadt Augsburg am 26. April in der Kunsthalle eröffnet. Gemeinsam mit einer weiteren Ausstellung, „Leben und Arbeiten im Industriezeitalter, die vom 10. Mai an im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zu sehen sein wird, soll die Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns von 1750 bis zur Gegenwart aufgearbeitet werden. Begleitet wird die Ausstellung von einem dreibändigen wissenschaftlichen Katalog.

Drei Fugen und vier Duette von Bach

DW. Bad Wörrishofen

Als kleine Besonderheit zum Bachjahr hat der Musikverlag H.L. Grahl in Frankfurt am Main „Drei Fugen und vier Duette aus dem dritten Teil der Clavier-Übung" von Johann Sebastian Bach in einer Form herausgebracht, wie das zur Bachzeit üblich war. Die Noten sind mit der Hand gestochen, Notenschlüssel und Musikzeichen entsprechen denen des 17. Jahrhunderts. Das Heft kostet 9,80 Mark.

Shakespeare-Kongreß 1986 in Berlin

dpa, Berlin

Der 3. Internationale Shakespeare-Kongreß findet vom 1. bis 6. April 1986 in Berlin statt. Das Thema des Kongresses, zu dem etwa 600 Teilnehmer erwartet werden, lautet diesmal „Images of Shakespeare". Veranstaltet wird die Tagung von der Dachorganisation aller in den einzelnen Ländern bestehenden nationalen Shakespeare-Gesellschaften, der International Shakespeare Association mit Sitz in Stratford-upon-Avon.

Morrissey dreht Beethoven-Film

Reg. Wien

„Beethovens Neffe" wird der llm heißen, den augenblicklich Paul Morrissey („Flesh", „Trash") nach einem Drehbuch von Matthieu Carrière in Wien dreht. Grundlage des Films, der nach dem Willen des Regisseurs keine „Amadeus"-Assoziationen hervorrufen soll, ist der Roman „Beethoven und sein Neffe" von Luigi Magnani, in dem die eigenartige Leidenschaft des Komponisten für seinen Neffen Karl nachgezeichnet wird. Den Beethoven verkörpert Theater- und Fernsehschauspieler Wolfgang Reichmann, den Neffen Dietmar Prinz (ein Medizinstudent, den Morrissey auf der Straße in Wien kennengelernt hat).

Spanischer Verlag stiftet Literaturpreise

dpa, München/Barcelona

Der Spanier Angel Garcia Roldan wurde mit seinem Roman „Las Cortes de Coguaya" (Die Herren von Coguaya) erster Preisträger der vom spanischen Verlag Plaza y Janea vergebenen Literaturauszeichnung. Den zweiten Preis erhielt der Spanier German Sanchez Espeso für den Roman „En las Alas de las Mariposas" (Auf den Flügeln der Schmetterlinge). Diese Preise (rund 90 000 Mark) stiftete der Verlag zu seinem 25jährigen Bestehen.

Retrospektive des Werks von Maria Lassnig

DW. Düsseldorf

Nach dem Start in Wien ist die erste große Retrospektive der österreichischen Malerin Maria Lassnig (65) nun im Kunstmuseum Düsseldorf zu sehen. Nach surrealistischen und informellen Anfängen in den 50er Jahren hat die Künstlerin über den Umweg der „Strichbilder" zu einer neuen Gegenständlichkeit zurückgefunden. Dabei spielt ein Thema – bis auf den heutigen Tag – eine dominierende Rolle: das Selbstporträt. Körperhafte Figuration, Symbolsprache und expressive Farben, schon in den 60er Jahren vorgebildet, haben einen wesentlichen Einfluß auf die junge Generation der österreichischen Neuen Wilden ausgeübt. (Bis 21. April, danach: Nürnberg und Klagenfurt; Kat. 35 Mark).

Bremen: R. Hoffmanns neues Tanzstück „Föhn"

Eigelb in den Haaren

Ein Akt der Befreiung. Wie von einem angsteinflößenden Alptraum erlöst, rettet sich Nora ins Freie. Das Puppenhaus aus Papier, das ihr wie ein Gefängnis schien, wird von der lärmenden Wirklichkeit in den Hintergrund gedrängt. Ein letzter Ruck. Nicht einmal das Kostüm aus einem schmutzig-rosafarbenen Tüll kann sie mehr halten. Leben beherrscht auf einmal die Bühne im Bremer Concordia, die Johannes Schütz diesmal in ein grelles Billardgrün getaucht hat. Das Spiel kann beginnen. Wie bei einem Tanzturnier formieren sich die elegant gewandeten Paare zur Parade.

Aber Reinhild Hoffmann bleibt in ihrem neuen Tanzstück „Föhn" nicht bei der Aufblendung gesellschaftlichen Glamours stehen. Ihre Protagonistin Hannele Järvinen nimmt den roten Faden wieder auf, der zurück ins Haus ihrer Träume, Halluzinationen, Ängste führt. Mit schlafwandlerischer Sicherheit balanciert sie auf dem schmalen Grat zwischen Fiktion und Realität. Schließlich verheddert, verwickelt sie sich gar in diesem Band der Illusionen. Sie wird zur schönen Gefangenen ihrer Vorstellung, sie stürzt, verschnürt wie ein Geschenk, das sie den anderen macht, auf einem Pappkarton, den ihr der Mann mit der Billardqueue durch das Fenster ihres Traumhauses reicht.

Neugierig öffnet sie das Paket. Doch die Büchse der Pandora enthält nicht die Übel dieser Welt. Es sind Seidenstrümpfe, die sie nach und nach aus der Schachtel zieht: Utensilien einer Verführung, die neue Abhängigkeiten schafft. Denn die Strümpfe führen, miteinander verknotet, geradewegs wie eine Fangleine zum Fenster, hinter dem, unbeweglich und geheimnisvoll wie auf dem „Herbst"-Bild René Magrittes, die Männer stehen.

An Magritte erinnert das neueste Tanztheater der Reinhild Hoffmann immer wieder. Gleich ihm stellt sie das nämlich, was man für gewöhnlich als Wirklichkeit akzeptiert, in Frage. Die Bewußtseinsebenen verwischen sich. Nie ist man sich als Zuschauer sicher, ob das Gesehene nun Wahrheit oder nur Wunsch ist. Das gefesselte Mädchen beispielsweise windet sich, wie es scheint, lustvoll und lüstern zugleich unter den Füßen der Männer. Aber auf einmal verkehrt sich dieser Akt der Verführung in sein Gegenteil. Unter den Tritten und Klammergriffen der Partner wirkt die Frau auf einmal wie vergewaltigt.

Oder in einer anderen Szene. Da stellen sich die Männer, von den Frauen dazu getrieben, zur Eierlauf-Konkurrenz. Immer und immer wieder rennen sie bis zur Rampe. Knallend fallen die Kunsteier zu Boden. Plötzlich platzt ein echtes Ei aufs Parkett. Eine Tänzerin fällt aus ihrer Rolle und beginnt hemmungslos zu lachen. Sie erleidet dafür strafende Gewalt der anderen. Ja, ihre Erniedrigung wird zuletzt so forciert, daß sie freiwillig die letzten Spuren ihres Fauxpas tilgt, indem sie mit ihren Haaren das Eigelb verwischt.

Reinhild Hoffmann läßt das Publikum absichtsvoll im unklaren. In ihrem Stück beschreibt sie im Grunde Ausnahmezustände, Alpträume, Aggressionen, Abhängigkeiten, Ängste. Sie reiht ihre Musiktitel (Stücke von Christine Kubisch, Bachs Toccata in der opulenten Orchesterbearbeitung Stokowskis, Schnebels „Atemzüge", Schlager und Musicalnummern) ebenso assoziativ wie ihre Tanzepisoden. Eine Szene entwickelt sich aus der anderen. Aber die scheinbare Zufälligkeit ist kein Zufall, mag auch der Abend nach eineinhalb Stunden etwas abrupt enden.

HARTMUT REGITZ

Duisburg: „Dänische Skulptur im 20. Jahrhundert"

Die Wikinger grüßen

An der Wand lehnen drei Holzbretter, auf denen lauter – mehr oder weniger benutzte – Taschentücher befestigt sind. Daneben die Signaturen ihrer Spender. Ist das „Dänische Skulptur im 20. Jahrhundert", wie der Ausstellungstitel des Duisburger Lehmbruck-Museums verkündet? Internationalistische Aktionskunst von zweifelhafter Delikatesse – muß man dazu regionale Ausschnitte in Augenschein nehmen? Natürlich nicht; denn dieses Werk hat kein Däne angeregt, sondern der Hamburger Arthur Köpcke, der allerdings seit 1953 in Dänemark lebt.

Köpcke steht in gewisser Weise jedoch für eine Grundtendenz dänischer Gegenwarts-Plastik: für das Schielen nach „draußen", zu den großen Kunstzentren und -richtungen, wie das bei kleineren Ländern an der Peripherie nicht ungewöhnlich ist. Nun wäre es freilich ungerecht, wollte man die 57 Werke von 14 Künstlern in der Duisburger Ausstellung alle über den Leisten der Epigonalität schlagen. Renate Heidt, die für die Auswahl und Präsentation verantwortlich ist, hat den Anfang der 30er Jahre – die Zeit, da die dänische Skulptur Anschluß an moderne Entwicklungen suchte – und das Jahr 1984 als Eckdaten für die Ausstellung gewählt.

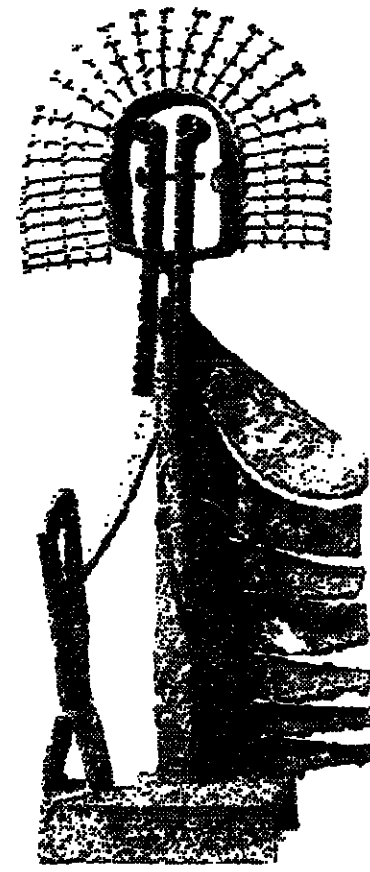
Das hat Sinn. Um 1930 fanden zum Beispiel Konstruktivismus und Surrealismus Eingang in die dänische Skulptur. Und seither ist der Beziehungsstrom nach außen nicht mehr abgerissen. Aber die Dänen, jedenfalls jene, die in Duisburg zu sehen sind, haben die gängigen Richtungen nicht unbedingt nachgeahmt, sondern sie in Beziehung gesetzt zum eigenen Erlebnisklima, zu eigenen historischen Voraussetzungen.

Das war vielleicht am ausgeprägtesten bei der „Väter"-Generation. Wenn Eidar Bille nach 1930 etwa konstruktive Momente übernahm, dann vermenschlichte er sie nicht nur, sondern gab ihnen auch eine archaische Würde; mit Runenzeichen versehen, stehen seine Figuren wie Denkmäler im Raum. Oder Sonja Ferlov Mancoba: surreale Masken, afrikanischer Provenienz, aber in ihrer Expressivität gebändigt zu spröder Unnahbarkeit. Ihre Gesichter formen sich aus gegeneinander gestellten Rechtecken, die dann doch wieder an die Runen-Steinplastiken der Wikinger erinnern.

Selbst Robert Jacobsen, der den Gegensatz von geformtem Volumen und ungegliedertem Raum aufgibt, dafür flächige Metalle raumschaffend gegeneinanderstellt, bildet letztlich doch wieder primitive Gestalten und Zeichen aus den technischen Details. Henry Heerup, einer der Begründer der modernen dänischen Plastik, läßt einerseits aus Naturgestein menschliche Merkzeichen wachsen, andererseits in seinen Assemblagen aus Müllstücken die Bekundung fügen, hier habe sich intelligibler Formwille gegen die Leere gestemmt. Asger Jorn, als Maler bekannter, spielt da eher mit dem Zufall: Das Material formt sich plötzlich zu Menschen, Tierköpfen, Kreuzen. Aber auch bei ihm: Merkzeichen, Signaturen.

Das kippt bei den Jüngeren wie Kirsten Ortwed, Poul Gernes oder Bjœrn Nogard, um ins bewußt Banalisierende: häßlich bemalte Kunstharz-Stelen (Ortwed), monumentale Rundlinge aus alten Kleidungsstücken (Gernes) oder übereinandergetürmte Male, Säulen und Kronen (Nogard). Die verneinende Geste eines international gebrochenen Bewußtseins richtet sich nicht ins Beziehungslose, sondern gegen die Urväter. Die Wikinger lassen schön grüßen. (Bis 14. April, ab 5. Mai in Flensburg; Katalog 25 Mark)

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



„Tobacco": Eisenplastik (1954) des Dänen Robert Jacobsen FOTO: KATALOG

Wird der Louvre vor der Verschandelung gerettet?

Gymnastik mit Kometen

Die Front derer, die gegen die „Verschandelung" des Louvre angehen, des gewiß majestätischsten, wenn auch unorganisiertesten unter Frankreichs großen Museen, wird breiter und tiefer. Als Verschandelung empfinden sie das Projekt „Grand Louvre" des sozialistischen Kulturministers Jack Lang, der dem Museum einen neuen zentralen Eingang im Innenhof des ehemaligen Königsschlosses, „Cours Napoléon" genannt, verpassen will samt einer riesigen, gläsernen Pyramide darüber.

Gegenprojekte namhafter Architekten aus dem In- und Ausland, Bürgerinitiativen wie „SOS-Paris" und Proteste aus allen fünf Erdteilen gesellen sich zu einem „Verein für die Erneuerung des Louvre", den jetzt der frühere Kulturminister von Giscard d'Estaing, Michel Guy, zusammen mit Archäologen, Architekten und Konservatoren anderer Museen des Landes ins Leben gerufen hat. Man gewinnt allmählich den Eindruck, daß Jack Lang und sein chinesischer Architekt M. I. M. Pei, Erbauer der „National Gallery" in Washington, auf verlorenem Posten kämpfen.

Das „Unternehmen Neuer Eingang" ist übrigens nur ein Teil des „Unternehmens Grand Louvre". Der berühmte Bau soll bis Ende 1987 von jahrhundertealtem Staub gereinigt und in ein modernes, den großen nationalen und internationalen Publikumsströmen leichter zugängliches, gut überschaubares Ensemble verwandelt werden – und dagegen hat auch niemand etwas einzuwenden. Schon Giscard, ein Besessener der städtebaulichen Verwandlung der Hauptstadt, konzipierte die Idee.

Präsident Mitterrand griff den Plan sofort nach seiner Wahl im Mai 1981 auf, so als wolle er sich mit ihm ein Denkmal setzen. Dieser Verdacht ist es denn auch, der die Gegner des Projekts hoffen läßt, der ganze Spuk werde frühestens nach den Parlamentswahlen von 1986 ein Ende haben, dann nämlich, wenn der Staatschef gezwungen sein könnte, einen Bürgerlichen zum Premierminister einer mehr konservativen Regierung zu machen. Chirac, der Bürgermeister der französischen Hauptstadt, hatte dem Projekt übrigens schon sein Plazet gegeben, war aber nach den massiven Protesten wieder umgeschwenkt.

Jack Lang seinerseits ist nach wie vor mit Feuereifer dabei. Schon Ende 1981 hatte er aus mehreren Vorlagen die des Chinesen Pei herausgefischt und die Zustimmung des Staatschefs dazu eingeholt. Heute wirft man den beiden vor, nie die Öffentlichkeit befragt, geschweige denn die gemeinhin übliche Zeit für eine korrekte Ausschreibung eingehalten zu haben.

Auch wisse man erst heute – über drei Jahre nach der Annahme des Projekts im Elysee-Palast –, was das Ganze kosten solle, nämlich runde zwei Milliarden Franc. Eine Riesensumme. Ein glatter Skandal sei schließlich die Tatsache, daß von diesem Betrag nur knapp zwei Prozent, nämlich 38 Millionen, wirklich zur Verbesserung der museologischen Infrastruktur des Louvre ausgegeben werden sollen, der große Rest aber „zur Errichtung eines zweifelhaften Denkmals" („Le Figaro").

Der Hauptwiderstand indes richtet sich gegen die Gigantonomie, mit der man hier zu Werke gehen will, gegen die 30 Meter hohe Pyramide aus spiegelfreiem, weißem Glas, welche den Haupteingang nach oben abschirmen, dem Sonnenlicht breiten Eintritt gewähren und der „neo-klassizistischen Fassade des 19. Jahrhunderts einen kecken Kontrapunkt aufsetzen" soll (Projektleiter Emile Biasini).

Die weltberühmte lineare Perspektive Carrousel-Obelisk-Arc-de-Triomphe, welche sich einem Betrachter mit dem Rücken zum Louvre bisher im Cours Napoléon bot, würde im Zuge des Pyramidenbaus durch eine 1,20 Meter hohe, vier Hektar große Terrasse, die die unterirdischen Empfangsanlagen und Parkplätze für 100 Busse und 600 Personenwagen enthalten soll, abrupt unterbrochen werden. Auch dagegen formiert sich Zorn, wie auch gegen den Firlefanz mit Snackbars, Postkartenständen, Musikboxen, der den Besucher im neun Meter tiefen unterirdischen Carré künftig empfängt, wenn er die 400 Meter von seinem Auto bis zum Eingang des Museums durchlaufen hat.

„Die Pyramide ist eine orientalische Form, sie verträgt sich nicht mit der abendländischen Formtradition des Westens", sagt ein Ägypter. „Die Faulen werden in den Souvenirläden hängen bleiben und gar nicht erst ins eigentliche Museum geraten", warnt Marc Ambroise-Rendu, der Kritiker des „Monde". Und ein alter Herr aus Riga in der UdSSR schrieb an die Zeitung „Connaissance des Arts" den resignierenden Satz: „Dem Schweif des Kometen des leidigen internationalen Modernismus ist es geglückt, den Louvre endlich zu streifen. Muß einem der großartigsten Monumente der europäischen Zivilisation wirklich ein Symbol der Angstkultur unseres 20. Jahrhunderts eingepflanzt werden?"

AUGUST GRAF KAGENECK

KULTURNOTIZEN

Alte Chinesische Malerei soll erstmalig in einer großen Ausstellung im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst vom 23. März bis zum 19. Mai gezeigt werden.

Internationaler New Jazz wird zum 14. Mal auf einem Festival in Moers vom 24. bis 27. Mai vorgestellt.

Fred Münzmeier aus Hamburg gewann den Wettbewerb für das „Manifest des Jahres" von der „Kinder- und Jugendbuch-Messe", die vom 28. 3.–31. 3. in Bologna stattfindet.

Das 7. Göttinger Filmfest findet vom 2. bis 5. Mai statt. Schwerpunkt in diesem Jahr: „Der Stummfilm und die Musik".

Daniel Barenboim, seit 195 musikalischer Direktor des Orchesters von Paris, bleibt bis August 1989 in seinem Amt.

„Zeugen der fossilen Tierwelt" heißt eine Ausstellung im Geologisch-Paläontologischen Museum der Universität Münster (bis 31. August).

Herbert Wiesner, Müchener Literaturkritiker, ist zum Leiter des Literaturhauses Berlin gewählt worden, das 1986 seine Arbeit beginnen soll.

Warum wurde der nette Junge zum Mörder?

DIRK HENTSCHEL, **Flensburg**

Einen solchen Fall hat es vom Motiv her in der Kriminalgeschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben. Weil er glaubte, sich mit der unheimlichen Infektionskrankheit Aids infiziert und seine ganze Familie angesteckt zu haben, hat der Medizinstudent Frank H. (26) in seinem Elternhaus in Flensburg ein grauenvolles Blutbad angerichtet. Mit einem 600 Gramm schweren stumpfen Hammer (Fäustel) tötete er durch mehrere Schläge seine Mutter Hildegard (51) und seinen Bruder Dirk (21). Der Vater Karl H. (54) erlitt schwere Kopfverletzungen.

Die entsetzliche Familientragödie wurde am letzten Donnerstagmorgen bekannt. Vergeblich hatte der Student nach der Tat durch Tabletten und zahlreiche Messerstiche versucht, sich das Leben zu nehmen. Mit den Worten: „Bei uns ist etwas Schreckliches passiert, schicken Sie sofort einen Notarztwagen und auch die Mordkommission", hatte er selbst bei der Feuerwehr angerufen.

Aids-Erkrankung nur eine Schutzbehauptung?

Nach seiner Festnahme und Unterbringung im Landeskrankenhaus Neustadt (Lübecker Bucht) gab der „völlig verwirrte und unter Schock stehende" Student, der in den Semesterferien seine Eltern besucht hatte, in einer ersten Vernehmung zu Protokoll, daß er befürchtete, an Aids erkrankt zu sein. „Ich hatte große Angst, daß ich auch meine Familie bereits angesteckt habe. Dieses Gefühl konnte ich nicht länger ertragen. Deshalb habe ich es getan."

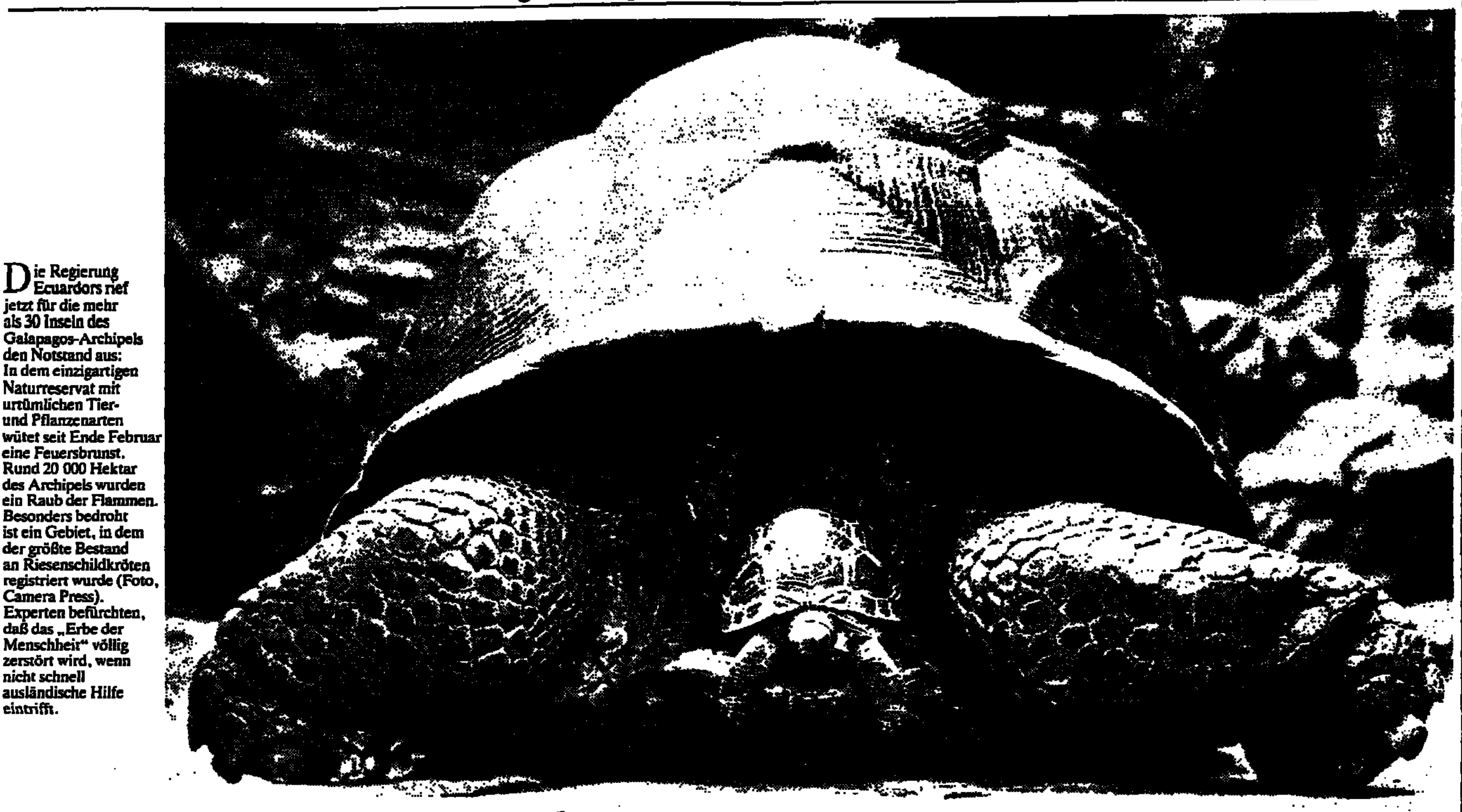
Ob Frank H. tatsächlich Aids-infiziert ist oder ob er unter psychopathischen Wahnvorstellungen litt und das Motiv nur als Schutzbehauptung wählte, muß nun durch medizinische Untersuchungen festgestellt werden. „Konkret haben wir dazu vier Tage nach der Tat überhaupt noch keine wesentlichen Erkenntnisse und Hinweise gewinnen können. Die Ermittlungen sind ohnehin äußerst schwierig, weil Frank H. keinerlei Aussagen mehr gemacht hat und im Landeskrankenhaus mit keinem Menschen spricht", sagte ein Sprecher der Flensburger Mordkommission. Dafür wurde inzwischen „zweifelsfrei und absolut gesichert" ermittelt, daß der Student keinerlei Kontakte zu Homosexuellen hatte, die besonders Aidsgefährdet sind. Die Kripo: „Er hat eine feste Freundin, die wir in den nächsten Tagen vernehmen werden. Danach erhoffen wir uns mehr Aufschluß über seine Persönlichkeit, Neigungen, Interessen und sein Umfeld zu gewinnen."

Drama im gepflegten Reihenhaus nebenan

Frank H. studierte im vierten Semester Medizin an der Freien Universität in Berlin. Er galt als fleißig, intelligent und zuverlässig. Eine Nachbarin, die die ganze Familie gut kannte: „Er war ein richtig netter, freundlicher und immer höflicher großer Junge. Das Verhältnis zu seinen Eltern und seinem Bruder war allerbestens. In dieser Familie war wirklich alles so harmonisch, wie es besser eigentlich gar nicht sein konnte." Nun sind Verwandte, Freunde und Nachbarn bestürzt über die unfaßbare Gewalttat, die sich in dem gepflegten Reihenhaus ereignete. „Da muß sich etwas aufgestaut und entladen haben, von dem keiner etwas geahnt hat."

Dem Vater Karl H., der die Hammerschläge überlebte, geht es nach Auskunft der Polizei „spürbar besser". Doch was müssen das für seelische Qualen sein, die der 54jährige nun durchmacht? Denn für das grausige Geschehen, das seine Familie so jäh zerstörte, wird er wohl nie eine Erklärung finden.

Das Feuer am Ende der Welt bedroht einmaliges Naturparadies der Menschheit / Galapagos-Inseln zum Notstandsgebiet erklärt



Die Regierung Ecuardors rief jetzt für die mehr als 30 Inseln des Galapagos-Archipels den Notstand aus: In dem einzigartigen Naturreservat mit urtümlichen Tier- und Pflanzenarten wütet seit Ende Februar eine Feuersbrunst. Rund 20 000 Hektar des Archipels wurden ein Raub der Flammen. Besonders bedroht ist ein Gebiet, in dem der größte Bestand an Riesenschildkröten registriert wurde (Foto, Camera Press). Experten befürchten, daß das „Erbe der Menschheit" völlig zerstört wird, wenn nicht schnell ausländische Hilfe eintrifft.

Die Verblüffung oder Das Paradies im Pazifik

Ein Paradies, vielleicht das letzte dieser Welt. Ein Paradies, in dem der Mensch nur Zaungast ist und nicht länger als ein paar Stunden auf abgemessenen Wegen wandeln darf. Sechs Dollar kostet der Eintritt zu einem Freiluftmuseum, in dem die Zeit seit Jahrmillionen stehengeblieben zu sein scheint. Vor mehr als 25 Jahren erklärten Ecuador und die Unesco die Galapagos-Inseln zu einem einzigen (und einzigartigen) Natur- und Nationalpark. Ein Paradies, weil der Mensch dafür nur begrenzt Zugang hat?

Zur Zeit hat die Regierung in Quito einen Reisestop für Flugtouristen angeordnet; lediglich zwei Kreuzfahrtschiffe dürfen mit ihren Passagieren noch Inselrundreisen unternehmen. Ein Landgang per Schlauchboot, nicht ohne Strapazen. An Land ist das freie Schalten und Walten verpönt. Jeder Schritt wird vorgeschrieben: der von Holzpflöcken markierte Rundweg darf nicht verlassen werden. Abfälle müssen in die mitgeführten Plastiktüten gefüllt werden.

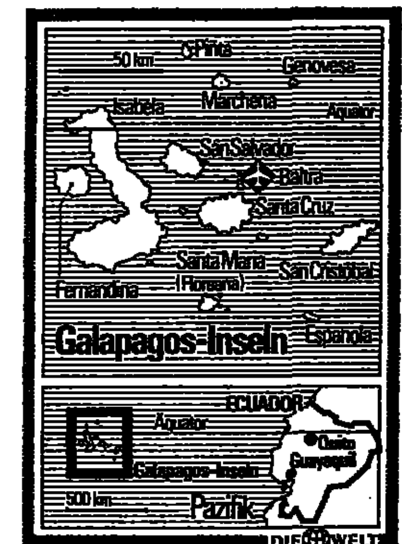
Dafür ist der Eindruck ringsherum überwältigend. Träumt man? Ist eine solche Arglosigkeit der Tiere nicht doch ein Trugschluß? Kann es denn etwas anderes sein? Eine Verdrehung der Werte: keine verängstigte Tierwelt, eher verängstigte Menschen, fast geschockt durch die Zutraulichkeit der Tiere: neugierige Seelöwen-Bullen in ein, zwei Meter Entfernung, Riesenschildkröten, Echsen, Darwin-Finken. Man könnte die Hand danach ausstrecken. Eine Herde, am Strand dösend, nimmt keine Notiz. Jungtiere posieren wie auf Bestellung für die Erinnerungsfotos. Kein Tier, ob flugunfähiger Kormoran oder Leguan, ob Galapagos-Fink oder Fregattvogel, sieht in dem Tagesgast den „Feind". Verblüffend, komisch, unvergeßlich...

Badende Touristen werden von Seelöwen begleitet, zum Mitspielen animiert. Indessen haben Blaufußtölpel, Gabelschwanzmöwen und Braunpelikane die abgelegte Garderobe inspiziert, durcheinandergebracht.

In der Gezeitenzone, buchstäblich hautnah neben dem vorgeschriebenen Weg, liegen Meerechsen in der Sonne, streiten sich um Liegeplätze und Weibchen. Diese Echsen erinnern an bizarre Gestalten der Urzeit-Fauna, tragen weiter zur Verwirrung bei, erinnern nicht – sind ja bizarre Gestalten der Vergangenheit.

Die einzige Plage auf den Inseln sind ehemals ausgesetzte Ziegen und Wildesel. Nur sie werden gejagt. Die ursprüngliche Tierwelt soll erhalten werden. Wenn es denn nach diesem Feuer überhaupt noch möglich ist.

HEINZ KLUGE-LÜBKE



Caroline rief, Karl kam

SAD, **Monte Carlo**

Als eine Reminiszenz an das 18. Jahrhundert, unverkennbar à la Mozart, kann die jüngste Chanel-Kollektion beschrieben werden. Und so bezeichnete sie ihr „Erfinder", der Hamburger Modeschöpfer Karl Lagerfeld: „Sie ist eine moderne Version des 18. Jahrhunderts." Sein Debüt gab er am Wochenende an der palmengesäumten Côte d'Azur. Denn zum ersten Mal in der Geschichte des Hauses Chanel wurde eine Kollektion nicht in Paris gezeigt. Lagerfeld folgte, wie er sagte, dem Ruf von Prinzessin Caroline.

„Schließlich bin ich ihr Untertan", meinte der Modezar, der seit zwei Jahren ein Domizil im Füstentum besitzt. Er zeigte die 105 Modelle während eines Gala-Diners im Sporting-Club, der noch ganz in Rot gehalten war. Kurz zuvor tanzten in ihm die Gäste des „Bal de la Rose".

Etwa 800 erlauchte Namen aus Monaco, Frankreich, Italien und den USA wurden auf der Veranstaltung registriert. Für 200 Mark konnten sie sich bei Pommery Brut, Lachs, roten und schwarzem Kaviar und anderen Köstlichkeiten die neue Kollektion ansehen.

Caroline in schwarzer Taftrobe mit weißem Oberteil und Schleife, das ganze ein Chanel-Modell, erschien in Begleitung von Ehemann Stefano Casiraghi. Der Modezar trug zu seinem Markenzeichen, dem unverkennbaren (Mozart-)Zopf, einen Smoking im Look der 20er Jahre. Fürst Rainier und Prinz Albert von Monaco hatten wegen des Todes von John B. Kelly, dem Bruder von Fürstin Gracia, abgesagt.



Schönheit, Geist und Eleganz: Caroline von Monaco und Karl Lagerfeld FOTO: AFP

LEUTE HEUTE

Chaotisch

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Dreharbeiten chaotisch verlaufen werden, denn der Maestro ändert ständig das Skript. So wird vor der Kamera das gesprochen, was **Federico Fellini** (65) extemporiert. Wie alle Filme des genialen Italieners soll auch der jüngste wieder einiges kosten. Er ist auf 15 Millionen Mark veranschlagt und dreht sich um ein gealtertes Tanzpaar, das sich aus Reklamegründen die Vornamen von **Ginger Rogers** und **Fred Astaire** zugelegt hat. „Ginger und Fred" soll die komisch-melancholische Persiflage heißen, mit der Fellini die pathetische Geschichte von zwei Schauspielern erzählen will. Bei den Dreharbeiten herrscht eine erinnerungsträchtige Stimmung. Denn vor zwanzig Jahren drehte Fellini den letzten Film mit seiner Frau **Guilietta Masina**, die die weibliche Hauptrolle spielen wird. Daß sie überhaupt keine Ähnlichkeit mit Ginger Rogers hat, stört weiter nicht. Erinnerungen werden auch um den zweiten Star des Werks, **Marcello Mastroianni** (60), wach, dessen große Filmkarriere 1959 mit dem Fellini-Film „Dolce Vita" begann. Er muß für den Film allerdings fünf Kilo abnehmen und sich die Haare färben lassen.

„Beträchtliche Unruhe"

Ölinseln im Ekofisk teilweise ohne Versicherungsschutz

SAD, **London**

Die Londoner Versicherer von „Phillips Petroleum" haben auf das Absinken des Meeresbodens (WELT v. 20. 12. 1284) in der Nordsee reagiert und werden sieben der 20 Ölinseln, die das Unternehmen im Ekofisk-Feld (norwegischer Teil der Nordsee) betreibt, künftig nur noch eingeschränkten Versicherungsschutz gewähren. Damit bestätigten drei Monate, nachdem die WELT als erste deutsche Zeitung über das dramatische Absinken des Meeresbodens berichtet hatte, die Londoner Versicherungen den seinerzeit von allen Beteiligten skeptisch aufgenommenen Bericht.

Tests der Klassifikationsgesellschaft „Det Norske Veritas" haben erwiesen, daß der Meeresboden in bestimmten Teilen des Ekofisk-Feldes in den vergangenen zehn Jahren um mehr als zwei Meter abgesunken ist. Es ist das Ausmaß eines an sich nicht ungewöhnlichen Phänomens, das den Fachleuten Kopfzerbrechen bereitet: Ein Absinken um weitere zwei Meter würde manche der Bohr- und Förder-Plattformen strukturell gefährden – die für den Fall eines schweren Sturms „eingebaute" Sicherheitsmarge wäre dann zu gering.

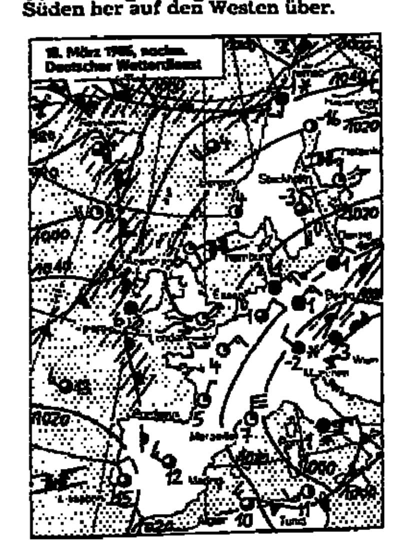
Doch schon jetzt beschlossen die „Phillips"-Versicherer (am Londoner Markt handelnde Assekuranzen aus Skandinavien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten) einstimmig, für die unteren Decks von sieben Ölinseln den bisher gewährten Versicherungsschutz gegen Seeschlag zu entziehen. Sollte also eines dieser Unterdecks in Zukunft von Wellen beschädigt werden, ginge dies ausschließlich zu Lasten von „Phillips".

Die Entscheidung hat unter den Arbeitern der betreffenden Ölinseln „beträchtliche Unruhe" ausgelöst, berichtet das Londoner Schiffahrts- und Versicherungs-Fachblatt „Lloyd's List". Die Ekofisk-Betreiber beruhigen jedoch, daß die Plattformen nach wie vor strukturell sicher seien.

Welche Anforderungen an Stabilität und Sicherheit der gigantischen Ölplattformen zu stellen sind – und zwar unabhängig vom Absinken des Meeresbodens – beweist ein Orkan vom Dezember 1979. Am Nikolaustag jenes Jahres türmte der Sturm eine in diesem Teil der Nordsee für unmöglich gehaltene Riesenwoge von 29 Meter Höhe auf. Obwohl dieser Wasserberg, der voll gegen den Unterteil des 26 Meter über dem Wasserspiegel befindlichen Deckhauses der „Statfjord A" knallte, keinen sichtbaren Schaden anrichtete, bewiesen Feinmessungen jedoch, daß die ganze Plattform noch drei Stunden nach dem Schlag vibrierte.

WETTER: Verbreitet Schneefall

Wetterlage: An der Nordseite des umfangreichen Tiefs über dem östlichen Mitteleuropa wird weiterhin Kaltluft nach Deutschland geführt. Ein Schneefallgebiet greift von Osten und Süden her auf den Westen über.



Vorhersage für Dienstag:
Im Osten und Süden Deutschlands überwiegend stark bewölkt bis bedeckt und verbreitet Schneefall. Im Westen und Norden anfangs wolkig mit Aufheiterungen, im Tagesverlauf auch hier Bewölkungsverdichtung und von Ost nach West fortschreitender Schneefall. Im westlichen Rheinland niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen null bis plus 3, nachts null bis minus 5 Grad

Weitere Aussichten:
Für die Jahreszeit zu kalt

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	1°	Kairo	22°
Bonn	1°	Kopenh.	-2°
Dresden	-1°	Las Palmas	18°
Essen	-1°	London	5°
Frankfurt	0°	Madrid	12°
Hamburg	1°	Mailand	5°
List/Sylt	2°	Mallorca	11°
München	-2°	Moskau	1°
Stuttgart	-2°	Nizza	11°
Algier	10°	Oslo	1°
Amsterdam	4°	Paris	4°
Athen	18°	Prag	0°
Barcelona	12°	Rom	1°
Brüssel	3°	Stockholm	-3°
Budapest	5°	Tel Aviv	24°
Bukarest	6°	Tunis	11°
Helsinki	1°	Wien	3°
Istanbul	14°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 6.25 Uhr, Untergang: 18.35 Uhr; **Mondaufgang:** 6.37 Uhr, Untergang: 17.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Für 50 Kopeken in den Moskauer Modehimmel

R.-M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Weiß, mit Stukkaturen verziert, sind die Säulen auf dem Laufsteg, um die sie sich graziös drehen und wenden. Sie heißen Natascha oder Tanja, tragen modische Ponyfransen oder elegante Hochfrisuren, sind rank und sportiv, zeigen gekonnt ihre Beine, schwenken ihre Hüften und schauen genauso blasiert wie ihre Kolleginnen in Rom und Paris: die Moskauer Mannequins.

Nachmittags um vier Uhr, mitten in der Woche, Frühjahrsmodenschau im Haus der Mode am Kusnezkij Most 14 in Moskau. Draußen schieben sich die Menschen durch knöcheltiefen Pappschnee, rutschen über vereiste Pflaster. Drinnen, im alten Kaufmannspalais, wo bereits zur Zeit der Zaren die Damen der Moskauer Gesellschaft ihre Kleider einkauften, herrscht trockene Heizungsluft. Dichtgedrängt sitzen die Moskowiterinnen. 50 Kopeken (etwa 1,80 Mark) kostet der Eintritt in diesen „Modehimmel". Natürlich bietet diese „Seance", so das russische Wort, nicht gerade das Bild wie auf einem Mode-Treffen in westeuropäischen Metropolen. Die Besucherinnen sind Hausfrauen oder Studentinnen. Bescheidener Mittelstand. Aus den Einkaufsbeuteln kramen sie Papier und Bleistift, zeichnen die Modelle auf, um dann daheim selbst zu Nadel und Faden zu greifen.

Sechzig Modeschöpfer zeigen hier im Allunionshaus ihre Kreationen für die kommende Saison. 90 Prozent der Modelle gehen in Serie. Die Lichter der Kronleuchter flammen auf, eine ältliche Dame greift zum Mikrophon: „Das Wichtigste an der Mode ist das Gefühl des Komforts, der Gemütlichkeit und der Schönheit." Die Mannequins zeigen zuerst Damenmäntel für das Frühjahr in hellen Farben – Grau, Blau, Beige – mit Lederapplikationen. Auch die breite Schultermode ist bis nach Moskau vorgedrungen. Um nicht Enttäuschung im Publikum aufkommen zu lassen – zu sehr kontrastieren die superschlanken Vorführdamen zu den überwiegend starken Figuren im Publikum –, tritt immer wieder eine Vollschlanke auf. „Das Modell für die reifere, üppigere Dame", tönt es taktvoll übers Mikrophon. Die Korpulente trägt Klassisches. Applaus beim brav blauweiß Gepunkteten. Blauweiße Kombinationen scheinen überhaupt der Renner zu werden. Blaue Blusen mit engen, keck geschlitzten Röcken. Dazu tragen die Mannequins freche Canotiers mit flatternden Bändern. Wadenlang lautet auch hier das modische Diktat. „Dadurch werden wir Frauen älter, aber eleganter", beschwichtigt die Ansagerin skeptische Mienen der Zuschauerinnen. „Über sieben Brücken muß du gehn", klingt's jetzt vom Tonband. Kleider, Kostüme und Mäntel rauschen vorbei. Eine bunte Schau, gleichzeitig ein melancholischer Kontrast zu den hausbackenen Pullovern, Röcken und Kleidern im Publikum. Dazwischen zwitschert die Dame am Mikrophon forciert-heiter: „Jede Frau hat bei der Mode immer zwei Verbündete – ihr Gefühl und den Spiegel." – Erzwungene Heiterkeit breitet sich aus.

Die Hitze im Saal wird stärker, die letzten Pelzkappen fallen, ramponierte Frisuren tauchen auf. Neben den klassischen Farben Blau und Weiß wird zartes Rosa, Himmelblau und kräftiges Rot vorgeschlagen. Sommerkleider, Bürokleider, Nachmittagskleider spazieren vorbei. Keine tiefen Ausschnitte, nie ärmellos, nur die hohen Rockschlitze verraten eine Spur von Verruchtheit.

Wichtige Accessoires sind breite Ledergürtel und hautfarbene Strümpfe. Dann taucht sogar ein Dressman auf. Der „Mann im grauen Flanell"; „in" ist darüber hinaus auch der „Zweireiher". Jetzt, im Frühling, trägt der elegante Moskowiter lässig den Trenchcoat. Nur, wer tut das?

Den Abschluß dieser Schau bilden die Brautkleider, „die sich gern zum Abendkleid einfärben lassen". Mal schimmern durchbrochene Blütenapplikationen auf, mal taucht eine lange Knopfleiste im Rücken auf. Die Musik wird feierlich...

Niemand erwartet hier wie in Paris oder Rom, daß jetzt jemand seine Bestellung aufgibt. Das bescheidene Ziel des Modehauses ist vielmehr, „den Geschmack der Frauen zu erziehen" und ihnen durch Verkauf der entsprechenden Schnittmuster die Anfertigung der Modelle zu ermöglichen. Doch auch diese sparsamen Mode-Träume werden schnell unterbrochen. Schon im gegenüberliegenden Stoffgeschäft werden alle modischen Ambitionen von der rauhen sowjetischen Wirklichkeit eingeholt. Zu kaufen gibt es nur kanariengelbe und knallgrüne Synthetiks – Farben, die doch in der kommenden Saison gar nicht modisch sind.

Der Winter macht nochmal Ernst: Bayern im Schnee

dpa, **Hamburg**

Nach dem Kalender ist seine Zeit eigentlich rum, doch zwei Tage vor „Toresschluß" macht er noch einmal Ernst: Der Süden der Bundesrepublik Deutschland steckt wieder mitten im tiefsten Winter. Anhaltende heftige Schneefälle ließen gestern ein riesiges Gebiet, das sich von Ostfrankreich bis nach Österreich erstreckt, unter einer dichten Schneedecke versinken. In Bayern fielen in wenigen Stunden bis zu 30 Zentimeter, in Baden-Württemberg bis zu zehn Zentimeter und in den Alpen sogar 70 Zentimeter Neuschnee. Das „Weiß in Massen" sorgte für chaotische Verkehrsverhältnisse. Drei Tote und zwei Schwerverletzte forderte ein Unglück im Kreis Calw, als ein Schulbus auf schneeglatter Fahrbahn in Schleudern kam und eine zehn Meter tiefe Böschung hinabstürzte. Im Rhein-Main-Gebiet kam es auf vereisten Fahrbahnen zu langen Staus und Unfällen. Auch in Italien schneite es. Der Papst mußte seine eintägige Reise in die Abruzzen absagen. In den bergigen Gegenden der Apennin-Region lag mehr als ein Meter Schnee.

Bundesweiter Probealarm

AP, **Bonn**

Die rund 68 000 Warnsirenen des Zivilschutzes werden heute wieder heulen. Der zentral ausgelöste Probealarm beginnt um 10.05 mit einem gleichbleibenden einminütigen Dauerton, der „Entwarnung". Um 10.09 wird das Signal für das Einschalten von Rundfunkgeräten als auf- und abschwellender Heulton gegeben, um 10.13 folgt dann erneut die „Entwarnung". Anschließend können die Gemeinden zwischen 10.15 und 10.20 Uhr ihre eigenen Sirenen für regional begrenzte Alarme erproben.

Falsch beraten: Zahlen

rtr, **Karlsruhe**

Rechtsanwälte sind nach einer jetzt veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) zur Zahlung von Schadenersatz verpflichtet, wenn sie es versäumen, vor Beratung eines Mandanten den zugrundeliegenden Sachverhalt genau zu klären (AZ: IV ZR 65/83). Zwar könne der Anwalt grundsätzlich auf die Richtigkeit der Information durch seinen Mandanten vertrauen, doch ist er zur korrekten rechtlichen Beurteilung der Information verpflichtet. Dem Urteil liegt ein Fall zugrunde, in dem der Käufer einer Eigentumswohnung durch die fehlerhafte Beratung seines Rechtsanwalts einen Schaden von rund 75 000 Mark hatte.

Navigationssystem für Lkw

dpa/VWD, **Tokio**

Den Weg durch das Labyrinth der meist namenlosen Straßen in japanischen Städten soll jetzt ein Navigationssystem für Lieferwagen bahnen. Auf einem Fernsehschirm kann der Fahrer ablesen, wo er sich befindet. Der japanische Autokonzern Nissan tor Co. hat das System entwickelt und stellt es auf der Technologie-Ausstellung „Expo 85" vor.

Flugzeugabsturz: Vier Tote

AP, **Obernburg**

Vier Menschen kamen am Sonntag abend in der Nähe von Obernburg in Unterfranken ums Leben, als ein zweimotoriges Flugzeug vom Typ „Cessna 414" abstürzte. Die Maschine war in Leeds in England gestartet und befand sich auf dem Weg nach Nürnberg. Die Polizei vermutet, daß sie wegen eines technischen Defekts ins Trudeln kam und eine Starkstromleitung streifte. Die Leichen sind noch nicht identifiziert.

Zwei Frauen erschossen

dpa, **Rüsselsheim/Darmstadt**

Die Leichen von zwei Frauen im Alter von 26 und 29 Jahren aus Rüsselsheim und Darmstadt hat ein Lastwagenfahrer am Sonntag auf einem Autobahnparkplatz in der Nähe von Rüsselsheim gefunden. Beide Frauen waren auf dem Parkplatz mit einer Pistole erschossen worden. Ihre Leichen lagen in einem Pkw, mit dem sie in der Nacht von Rüsselsheim zu einer Diskothek am Rhein-Main-Flughafen fahren wollten.

Auf Eisscholle gefangen

AFP, **Warschau**

Mit dem Schrecken davon kamen 43 polnische Angler, die am Sonntag in der Oder-Mündung auf einer Eisscholle festsaßen. Die Scholle hatte sich plötzlich vom Ufer gelöst und zu begann zu schmelzen. Mehrere Schiffe und Hubschrauber beteiligten sich an der dramatischen Rettungsaktion.

Unterwasser-Rekord

AFP, **Brüssel**

Der 29jährige Brüsseler Feuerwehrmann Michel Kindermans stellte einen Zeitrekord auf: 105 Stunden, 14 Minuten und 39 Sekunden blieb er unter Wasser. Sein Wunsch nach einer Portion Pommesfrites nach dem fünftägigen Experiment wurde allerdings nicht erfüllt. Der Arzt genehmigte ihm nur Pürree.

ZU GUTER LETZT

„Die FDP als Partei der Aufsteiger: Besser Kies in der Tasche als Sand im Getriebe" – Überschrift der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.